



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Mit den Kommunen gegen die Krise

Von Dr. Peter Ramsauer MdB
 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Für 2009 rechnet die Bundesregierung mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 2,25%. Das ist die Kernaussage des Jahreswirtschaftsberichts 2009, den Bundeswirtschaftsminister Michael Glos vorgelegt hat. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat alle Weltregionen erfasst - gleich ob Industrie- oder Schwellenländer. Die führende Exportnation Deutschland stellt das vor die größte Herausforderung seit der Einheit. Die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten haben sich drastisch verschlechtert. Schrumpfende Auftragsbücher und wachsende Kurzarbeit in vielen Betrieben und Branchen machen das deutlich. Auch die Europäische Kommission rechnet in der zweiten Jahreshälfte mit einer Besserung.

Die schwierige Lage drängt zum Handeln - und Bundesregierung und Parlament handeln schnell und besonnen. Den Zusammenbruch der Finanzmärkte hat in enger europäischer und internationaler Abstimmung das Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Oktober 2008 gestoppt.

Mit umfangreichen Bürgschaften sowohl für Interbanken- als auch für gewerbliche Kredite stützen wir die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft. Mit dem „Maßnahmenpaket Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ im November 2008 und nun dem „Pakt für Be-

schäftigung und Stabilität“ setzen wir kräftige Impulse gegen den Abschwung und mildern damit die Folgen der Krise. Wir wollen Betrieben und Arbeits-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Peter Ramsauer. □

Jahrespressekonferenz 2009 des Bayerischen Sozialministeriums:

Die Balance halten

Wirtschafts- und Sozialpolitik im Miteinander
 Aufstockung des Sozialhaushalts auf 2,28 Mrd. Euro

Unter dem Motto „Bayerische Sozialpolitik: Weniger Gegeneinander, mehr Miteinander und Füreinander“ stand die Jahrespressekonferenz 2009 des Bayerischen Sozialministeriums. Dabei gab Ministerin Christine Haderthauer einen Überblick darüber, „wie wir die bayerische Sozialpolitik der Zukunft gestalten wollen, im Jahr 2009 und darüber hinaus“.

„Zu Beginn des neuen Jahres stehen wir angesichts der weltweiten Finanzkrise vor großen Herausforderungen. Gerade jetzt dürfen wir nicht einseitig auf Wirtschaftspolitik setzen. Denn die Wirtschaft kann auf Dauer nur in der Balance mit dem Sozialen gewinnen. Wir brauchen einen breiten gemeinsamen gesellschaftlichen Grundkonsens

darüber, dass wir in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht gegeneinander, sondern nur miteinander vorankommen“, forder-



Christine Haderthauer. □

te Haderthauer und kündigte eine Aufstockung des Sozialhaushalts an: „Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Bayerischen Landtags werden wir 2,28 Mrd. Euro in 2009 und 2,33 Mrd. Euro in 2010 für die Bayerische Sozialpolitik bereitstellen. Damit werden wir wichtige und zukunftsweisende Investitionen wie beispielsweise den Ausbau der Kindertagesbetreuung vorantrei-

ben und die Qualität in diesem wichtigen Bereich weiter verbessern. Der Haushaltsansatz steigt hier von 617,9 Mio. Euro im vergangenen Jahr auf 671,9 Mio. Euro in 2009 und 711 Mio. Euro in 2010.“

Dank an Kommunen

Mit ihrem Dank an die Kommunen, „die schon bislang so schnell und tatkräftig mitgezogen haben“, verband die Ministerin ihren Appell an alle Kommunen, auch in Zukunft dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung höchste Priorität einzuräumen. Im Bereich der Betriebskosten stünden Staatsregierung und Kommunale Spitzenverbände in Verhandlungen. Es gehe um die Verwendung des Festbetrags aus dem Umsatzsteueranteil des Bundes für den Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren ab dem Jahr 2009. Bayern stünden bis 2013 insgesamt rund 275 Mio. Euro zur Verfügung, ab 2014 ca. 114 Mio. Euro jährlich.

Wahlfreiheit für Eltern

Haderthauer zufolge „sind wir uns mit den Kommunalen Spitzenverbänden einig, diese Mittel auch für die bereits bestehenden Plätze zu verwenden“. Gemeinden, die frühzeitig mit dem Ausbau der Plätze für Kleinkinder begonnen haben, sollten schließ-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Meinungsaustausch zwischen S-Finanzgruppe und Gemeindezeitung

Um die Kommunikation zwischen der gesamten Sparkassen-Finanzgruppe und den bayerischen Kommunen sicherzustellen, organisiert der Sparkassenverband alljährlich einen Meinungsaustausch zwischen den Repräsentanten seiner Verbundpartner und der Bayerischen Gemeindezeitung. Im Bild (stehend v. l.): Matthias Priwitzer, Stv. Pressesprecher der BayernLB; Thomas Bundschuh, Stv. Pressesprecher, Versicherungskammer Bayern; Rudolf Huber, Verbandsreferent Werbung, Kommunikation & Sponsoring, SVB; Joachim Klein, Pressesprecher der LBS Landesbausparkasse; Günther Tittel, Leiter Geschäftsbereich Sparkassengeschäft, SVB; Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführer der bayerischen Sparkassenstiftung, SVB; Alois Englmaier, Verbandsreferent Kommunalkunden & Zielgruppenmanagement Firmenkunden, SVB (zugleich Sitzungsleiter); sitzend: Andrea Bastian, Verbandsreferentin Kommunalkunden, SVB; für die Bayerische Gemeindezeitung Anne-Marie von Hassel und Viktoria Bertele sowie Tanja Mönkhoff vom Kommunalen Kompetenz-Center, BayernLB.

Die Bayerische Gemeindezeitung berichtet ausführlich über vielfältige Themen der Kommunalfinanz und dabei insbesondere auch über aktuelle Themen aus der S-Finanzgruppe, etwa über den Bayerischen Sparkassentag, neue Produkte oder über die Inhalte der Sparkassen-Kommunalforen. Die Redaktion der Bayerischen Gemeindezeitung überreichte bei dem Gespräch mit dem Sparkassenverband Bayern sowie den Verbundpartnern eine gut 100-seitige Dokumentation der einschlägigen Presseartikel aus dem Jahr 2008. Foto: Hans Schmid

Theo Zellner zum 60. Geburtstag:

Steter Blick nach vorn

„Region der Zukunft“, „Unternehmerfreundliche Kommune“, „Staatspreis für innovative Verwaltung und eGovernment“, „Gründerfreundliche Kommune“, „Familienfreundliche Urlaubsregion“: Dies sind nur einige Beispiele für Auszeichnungen, die der Landkreis Cham in den vergangenen Jahren bei deutschlandweiten Benchmarkings und Wettbewerben erhalten hat. Wohl kaum eine andere Region in Ostbayern hat in den letzten 15 Jahren ihre Wirtschaftsstruktur, ihre Positionierung und ihre Darstellung nach außen so zum Positiven verändert wie der Landkreis Cham. Maßgebend dafür verantwortlich ist Landrat Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags. Am 1. Februar feiert er seinen 60. Geburtstag.

Geboren in Blaibach, war Zellner nach dem Studium der Betriebswirtschaft und Pädagogik als Volksschullehrer an einer Hauptschule beschäftigt. Diesen



Theo Zellner. □

Beruf gab er schließlich im Jahr 1989 auf Grund seiner politischen Tätigkeiten auf. Grund war seine Wahl zum Ersten Bür-

germeister von Kötzing. 1990 wählte man Zellner zum stellvertretenden Landrat des Landkreises Cham, zwei Jahre später wurde er Mitglied des Bezirkstages der Oberpfalz, jedoch nur bis 2003. 1996 war schließlich einer der Höhepunkte in Zellers politischer Laufbahn. Am 1. Mai 1996 trat er das Amt des Landrates des Landkreises Cham an, (Fortsetzung auf Seite 2)

Neues von **Sabrina**

„Die Ruhe ist für das Werk, was die stille Erde für die Pflanzen ist. Sie gibt Kraft und Fülle und Dauer.“ Mit diesem Satz von Romano Guardini beschreibt die Vorzimmerperle die Prinzipien ihres Chefs, nachdem der die Möglichkeiten des neuen Smartphones emanzipiert beherrscht. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtag beginnt mit Haushaltsberatungen	Seite 2
Jahrespressekonferenz der NürnbergMesse	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Wer kann, soll sich antizyklisch verhalten	3
Bayerngas steigt in Erdgasproduktion ein	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzien	5-7
Kommunaler Bau · Garten- und Landschaftsbau	8/9
Wasser · Abwasser	10/11
Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen	11-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Weichen für die Zukunft gestellt

Landtag beginnt Haushaltsberatungen für 2009 und 2010 - Staatsregierung sieht sich auf gutem Weg - Opposition erachtet Vorlage als unzureichend

Mit dem jetzt im Parlament eingebrachten Doppelhaushalt 2009/2010 wollen Staatsregierung und die fünf Landtagsfraktionen auf die aktuellen Herausforderungen antworten und die Weichen für die Zukunft stellen. Laut Finanzminister Georg Fahrenschon setzt der von der Staatsregierung im Dezember beschlossene Entwurf mit formal 40,6 Mrd. Euro heuer und vorerst 41,7 Mrd. Euro nächstes Jahr den Kurs finanzpolitischer Solidität und Nachhaltigkeit in schwieriger Zeit fort, um Wachstum und Beschäftigung neu anzuregen und zu sichern. Ausdrücklich betonten Minister und alle Fraktionssprecher die Bedeutung der Kommunen.

Während sich die Regierungsfaktionen CSU und FDP zum Entwurf positiv stellten, ohne Änderungen in den Ausschussberatungen auszuschließen, war die Opposition aus SPD, Freien Wählern und Grünen der Meinung, die Vorlage werde den Anforderungen nicht gerecht.

Zukunftsinvestitionen

Die für die Zukunft entscheidenden Investitionen vom Ausbau der Kinderbetreuung über Bildung und Forschung bis zu Struktur- und Wirtschaftsförderung werden, so der Minister, trotz aller Auswirkungen u. a. durch die Krise der BayernLB, zu deren Auffängen bereits zehn

Mrd. Euro vom Landtag bewilligt wurden, ohne Abstriche fortgeführt. Diese Belastung wird in einem gesonderten Kapitel ausgewiesen, so dass der allgemeine Haushalt ohne Neuverschuldung am Kreditmarkt ausgeglichen werden kann. Das gelingt jedoch nur durch Auflösung der in konjunkturell guten Zeiten und durch Verkäufe von Staatsbesitz angesammelten Rücklagen.

Neue Stellen

Für den Schwerpunkt Schule sollen 2.280 zusätzliche Lehrplanstellen bereitgestellt werden. Für die Kinderbetreuung stehen 672 Mio. Euro heuer und 711 Mio. in 2010 im Entwurf. Der

Betreuungsschlüssel wird auf 1:11,5 insbesondere für die Kinder unter drei Jahren angehoben.

An den Hochschulen sollen 38.000 neue Studienplätze und 3.000 neue Stellen bis 2011 geschaffen werden. Dafür sind 237,6 Mio. Euro veranschlagt.

Mittelstandsschirm

Im Schwerpunkt Wirtschaft greift der schon im November beschlossene Mittelstandsschirm. U. a. wird das Kreditprogramm um 2,5 Mio. Euro auf 26,5 Mio. Euro aufgestockt. Auch der Schwerpunkt Innere Sicherheit werde wie seit jeher groß geschrieben, versicherte Fahrenschon. Dem dienen 1.000 neue Polizei- und 229 Justizstellen.

Mit dem neuen Doppelhaushalt „steigen wir auch in das neue Dienstrecht ein“, kündigte der Minister an. Kernelement der Leistungshonorierung bleiben die Beförderungen. Rund 18.000 Stellenhebungen seien vorgesehen.

Klares Signal beim FAG

Ein klares Signal werde beim kommunalen Finanzausgleich gesetzt. Sein Gesamtvolumen steigt entsprechend den Vereinbarungen mit den Spitzenverbänden (GZ 24/18. 12. 2008) um rund 226 Mio. Euro (3,4%) auf 6,8 Mrd. Euro. Fahrenschon sprach von einem Rekordniveau, mit dem die Staatsregierung ihre Kommunalfreundlichkeit eindrucksvoll unter Beweis stelle. Die Schlüsselzuweisungen als Kernelement im FAG steigen heuer (für 2010 noch keine genauen Zahlen) um etwa 143 Mio. Euro auf rund 2,6 Mrd. Euro. Die Investitionsförderung wird mit zusätzlich 118 Mio. Euro gestärkt. Dazu kommen mehr als 250 Mio. Euro für den Schulhausbau. Dies sei besonders für einnahmenschwächere

bäude sollte gefördert werden. Die vorgesehene Mittelbeschränkung auf Lärmschutz an Kommunalstraßen ist zu eng. Auch die Sanierung von Straßen, beispielsweise wegen Frostschäden, sollte gefördert werden.

Nicht akzeptabel ist der geplante Ausschluss kommunaler Maßnahmen, die bereits im Haushaltsplan oder gar im Finanzplan des Jahres 2009 veranschlagt wurden. Gerade solche Investitionen wären geeignet, rasch umgesetzt zu werden, um die örtliche Konjunktur zu beleben. Um „Mitnahmeeffekte“ zu vermeiden, sollten alle Investitionen als „zusätzliche Investitionen“ akzeptiert werden, für die noch keine rechtliche Bindung besteht, etwa durch Ausschreibung, Auftragsvergabe oder einer Förderzusage. □

re Kommunen von Bedeutung.

Absicherung gegen Landesbankkrise

Während die Sprecher der beiden Regierungsfaktionen ihre grundsätzliche Zustimmung erklärten ohne sich auf Einzelheiten festzulegen, kam von der Opposition sofort konkrete Kritik. Die SPD hielt die Investitionen für unzureichend und nicht zielführend verstreut. Die Investitionsquote sinke von 21,6 % im Jahr 1993 heuer auf 13,4 % des Etats und nächstes Jahr auf 12,5%. Diesen Rückgang könnten gerade die Kommunen nicht auffangen, hieß es in einem vom kommunalen Arbeitskreis der Fraktion unter Leitung von Helga Schmitt-Bussinger erstellten Forderungskatalog. Die Staatsregierung regiere weiter mit dem Goldenen Zügel in die Kommunen hinein. Ungesichert sei die Gewerbesteuer. Schul- und bildungspolitische Verbesserungen gingen auf Kosten der Kommunen. Gefordert wird eine Absicherung der Kommunen gegen die Landesbankkrise.

Spielräume verfrühstückt

Die Grünen halten den Etatentwurf angesichts der Zusatzbelastungen durch das neue Bundeskonjunkturpaket für völlig überholt. Durch die zehn Mrd. Euro für den Einstieg des Freistaats bei der Landesbank sei die Behauptung vom schuldenfreien Haushalt erledigt. Alle Spielräume und Rücklagen seien „verfrühstückt“. Für die Freien Wähler hatte Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger eine positive Opposition angekündigt. In diesem Sinne nahm auch Haushaltssprecher und Landrat a.D. Manfred Pointner Stellung.

Alle drei Oppositionsfraktionen meldeten für die Ausschussberatungen gezielte Änderungsanträge an. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid hat eine Koordinierung von Änderungen mit der FDP angekündigt. Der Etat soll auf jeden Fall bis Ende März verabschiedet werden. **rm**

Große Erwartungen

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Die bisherigen Erklärungen der neuen bayerischen Staatsregierung zu ihrem Verhältnis zu den Kommunen mit der ersten Nagelprobe, den Finanzausgleichsverhandlungen 2009, sind verheißungsvoll. Der kommunale Finanzausgleich steigt um 3,4 Prozent, um 225,9 Millionen Euro auf insgesamt 6,833 Milliarden Euro. Erfreulich ist, dass die Schlüsselzuweisungen um 5,8 Prozent ansteigen. Damit wird die freie Verfügungshoheit finanzschwächerer Kommunen gestärkt. Verständlich ist angesichts der allgemeinen Wirtschaftskrise auch die Konzentration auf die Förderung der kommunalen Investitionskraft mit einem Anstieg von 115 Millionen Euro.

Der kommunale Finanzausgleich 2009 beruht auf dem bisherigen Recht. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 28. November 2007 das geltende Finanzausgleichsgesetz für teilweise verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum Ende des Jahres 2009 das FAG unter Berücksichtigung und unter Vorgabe der Grundsätze des Verfassungsgerichtshofs neu zu erlassen. Dem Landtag als bayerischem Gesetzgeber bleibt es darüber hinaus unbenommen, von seinem gesetzgeberischen Ermessen Gebrauch zu machen und auch andere Grundsatzfragen kommunal friedensstiftend zu regeln.

Während der Bayerische Verfassungsgerichtshof vor allem den fehlenden prozeduralen Schutz, also die ungenügende Transparenz der Berechnung der Zuweisungen, als Verstoß gegen das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ansieht, bleiben zusätzlich weitere zentrale Fragen des bayerischen Finanzausgleichs im Zweifel: Wie weit darf die für alle drei Kommunalebene garantierte Selbstverwaltung durch das Umlagerecht der jeweils höheren Kommunalebene eingeschränkt werden? Ist es sinnvoll im Sinne des kommunalen Friedens einen mittlerweile überproportionalen Anteil Schlüsselzuweisungen der Gemeinden durch die Kreis- und Bezirksumlagen wieder zu entziehen? Müsste nicht eine bessere finanzielle Eigenausstattung der Landkreise und Bezirke vorweg im Rahmen des staatlichen Finanzausgleichs erfolgen?

Im Mittelpunkt der Neuregelung wird auch der Artikel 15 FAG stehen, der für die Finanzausstattung der sieben Bezirke eine entscheidende Grundlage für ihre pflichtigen Sozialleistungen als oberörtliche Sozialhilfsträger darstellt. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil festgestellt, dass die in der Regel vom Bundesrecht (Sozialgesetzbuch II) festgelegten Leistungen nicht dem bayerischen Konnexitätsprinzip nach Artikel 83 der Bayerischen Verfassung unterliegt. Über diese Rechtsauffassung könnte man streiten, weil der bayrische Gesetzgeber sowohl den überörtlichen Träger der Sozialhilfe, wie dessen einzelgesetzlich definierte Aufgaben festgelegt hat. Geht man aber von der Rechtsauffassung des Urteils aus, so muss für die durch Bundesgesetz verursachten Ausgabensteigerungen eine dem Konnexitätsprinzip entsprechende Ersatzlösung gefunden werden. Die bloße Verlagerung bundesrechtlich ausgelöster Sozialaufgaben darf nicht zur schleichenden stillen, aber starken, kommunalen Aufgabenbelastung ohne staatliche Refinanzierungspflicht führen.

Artikel 15 FAG ist mittlerweile auch materiell zu einem wichtigen Sozialinstrument unseres bayerischen Sozialstaates geworden. Unsere Wohlfahrtsverbände haben deswegen für die bayerischen Bezirke eine Erhöhung um 110 Millionen Euro des Sozialhilfeausgleichs nach Artikel 15 FAG angemahnt. Mit diesem Betrag soll es den Bezirken ermöglicht werden, den in den letzten Jahren aufgelaufenen Rückstand an Personalkosten auszugleichen und verbesserte menschliche unmittelbare Pflegehilfe in den Heimen zu gewähren. Diese Forderung bleibt für die Verwirklichung eines humanitären bayerischen Sozialstaates vor-dringlich im Raum.

Der Artikel 15 FAG muss auch in sich hinsichtlich der Berechnung der einzelnen Ausgleichsbeträge neu gewichtet werden. Der bisherige Berechnungsfaktor Einwohnerkomponente wird immer mehr ungerecht, weil er nur unzureichend die stark unterschiedlichen demografischen und pflegerischen Situationen zwischen dem ländlichen und dem großstädtischen Bereich ausgleicht. Bloße Einwohnerzahlen sind nur ein ungenügender Sozialparameter für pflegebedürftige alte oder behinderte Menschen, weil auf dem Lande die Familien- und Nachbarschaftspflege ungleich besser funktioniert. Deswegen braucht es einen gerechteren Verteilungsschlüssel entsprechend den pflegerischen Gegebenheiten und unter Beachtung der Sozialhilfedichte.

Das neue bayerische Finanzausgleichsgesetz 2009 muss ein großer Wurf werden, der die neuen Tatsachen zu Grunde legt. Das gilt vor allem für die sozialen Situationen, die auch von den Migrantenzahlen beeinflusst werden. Am Ende dieses Jahres bleibt der Wunsch, dass der Freistaat Bayern bald im neuen Jahr seinen verfassungsrechtlich vorgegebenen Auftrag zur Neuformulierung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes und damit zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung zukunftsrecht erfüllt und zugleich ein neues friedensgeprägtes Verhältnis zwischen allen drei Kommunalebene einläutet. Dies wäre ein deutliches Bekenntnis unseres bayerischen Freistaates zum gestalteten, lebendigen Subsidiaritätsprinzip. □

Gemeindetagspräsident Brandl zum Konjunkturpaket II:

Kommunale Wünsche und Forderungen

Vorfahrt für Investitionen der Städte und Gemeinden

„Damit Bayerns Gemeinden und Städte durch eigene Investitionen mithelfen, den Konjunkturabschwung abzuwehren, muss der Freistaat Bayern die vorhandenen Spielräume ausschöpfen“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zur Umsetzung des Konjunkturpakets II der Bundesregierung in Bayern. „Beschränkungen bei der Mittelverwendung führen andernfalls dazu, dass der beabsichtigte Belebungsseffekt für die örtliche Wirtschaft ausbleibt.“

Im Einzelnen fordert Brandl:

1. Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass eine faire Verteilung der Finanzmittel erfolgt, die dem Grundsatz der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern Rechnung trägt.

2. Kindertagesstätten und Schulen sollten über eine energetische Sanierung hinaus auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden dürfen. Geld sollte auch für neue Ausstattung verwendet werden dürfen.

3. Sanierungsbedarf besteht auch bei anderen kommunalen Einrichtungen wie Rathäusern, Mehrzweckgebäuden, Bürgerhäusern oder Turnhallen. Nicht nur Fassadendämmung, Fensteraustausch oder Heizungserneuerung, sondern auch der allgemeine Substanzerhalt der Ge-

bäude sollte gefördert werden. Die vorgesehene Mittelbeschränkung auf Lärmschutz an Kommunalstraßen ist zu eng. Auch die Sanierung von Straßen, beispielsweise wegen Frostschäden, sollte gefördert werden.

5. Nicht akzeptabel ist der geplante Ausschluss kommunaler Maßnahmen, die bereits im Haushaltsplan oder gar im Finanzplan des Jahres 2009 veranschlagt wurden. Gerade solche Investitionen wären geeignet, rasch umgesetzt zu werden, um die örtliche Konjunktur zu beleben. Um „Mitnahmeeffekte“ zu vermeiden, sollten alle Investitionen als „zusätzliche Investitionen“ akzeptiert werden, für die noch keine rechtliche Bindung besteht, etwa durch Ausschreibung, Auftragsvergabe oder einer Förderzusage. □

Steter Blick ...

(Fortsetzung von Seite 1)

das er bis heute innehat. Am 2. März 2008 wurde er mit 81 Prozent der Wählerstimmen in seinem Amt bestätigt. Seit September 2000 fungiert der Jubilar zudem als Präsident des Bayerischen Landkreistages sowie seit November 2003 als Vizepräsident des Deutschen Landkreistages.

Landrat Zellner hat zusätzlich noch verschiedenste Ehrenämter inne. Seit Oktober 2000 gehört er dem CSU-Landesvorstand an. Weiterhin ist er u. a. Vorsitzender des Aktionskreises „Lebens- und Wirtschaftsraum Landkreis Cham e. V.“, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH seines Landkreises, der Volkshochschule im Landkreis, des BRK-Kreisverbandes, des Kreisverbandes der Obst- und Gartenbauvereine, des Vereins „Gemeinsam für das Leben - Ostbayern e. V.“, des Kreisverbandes der Europa-Union und des Bürgernetzvereins.

Zahlreiche Auszeichnungen

Theo Zellner erhielt während seines politischen Werdeganges zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem die Bürgermedaille der Stadt Bad Kötzing im Jahr 1996, das Bundesverdienstkreuz am Bande (1999), 2002 die Kommunale Verdienstmedaille in Silber und schließlich 2005 den Bayerischen Verdienstorden. 2007 wurde ihm der Preis „Pro Ehrenamt“ des Deutschen Olympischen Sportbundes verliehen.

Bekannt als energischer Vertreter gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land, hat sich Zellner in seinem Amt als

Landkreistagspräsident beispielhaft die Neuregelung des Finanzausgleichs, die der Bayerische Verfassungsgerichtshof verlangt hat, die auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser und die Beschäftigung mit dem besorgniserregenden Rückgang der Zahl der Hausärzte auf dem flachen Land bei gleichzeitigem Alterwerden der Bevölkerung auf die Fahnen geschrieben. „Neben allem müssen wir darauf achten, dass in Bayern eine Wirtschaftspolitik betrieben wird, die Anziehungskraft für den ländlichen Raum entwickelt und nicht nur die Großstädte stärkt“, bemerkt der leidenschaftliche Kommunalpolitiker.

Wachstumsregion

Was „seinen“ Landkreis Cham anbelangt, so ist dieser in vielerlei Hinsicht auf dem richtigen Weg: Nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen - der Landkreis ist zu einer Wachstumsregion mit einem Tiefstand bei den Arbeitslosenquoten und einem Höchststand neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze geworden -, auch die sozialen Rahmenbedingungen können sich sehen lassen. Qualifizierte Tagesmütter, Ausbildungsmessen, Treffpunkt Ehrenamt, Seniorenkontaktstelle, Familienbüro seien beispielhaft genannt.

Vielfalt fördern

Die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt hat mit dem Landkreis seinen größten Förderer. Umwelt, Naturschutz und

erneuerbare Energien erfahren

besondere Unterstützung. Die Krankenhauslandschaft ist umgewandelt in zukunftsfähige Strukturen. Eine effiziente Verwaltung mit modernsten Technologien für schnelle und bürgernahe Entscheidungen ist Grundlage für das Dienstleistungsunternehmen Landratsamt Cham und damit anerkannter Standortvorteil geworden. Vor dem Hintergrund geordneter und umlageniedriger Finanzen bewegen sich zudem die Investitionen für Gesundheit, Bildung, Ausbildung und Infra-

struktur auf höchstem Niveau.

Dass der Landkreis Cham als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum ein großes Potenzial für die Gestaltung der Heimat beinhaltet, mag bei diesen herausragenden Koordinaten nicht verwundern. Und so „werde ich meinen Beitrag leisten, um zu bewahren, was sich bewährt hat und um zu verändern, was an Herausforderungen vorhanden ist“, meint Zellner. Sein Blick nach vorn orientiert sich daran, „unseren Zug am Laufen zu halten und die Dynamik der derzeitigen Entwicklung zu stützen“. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Hümmel
97258 Oberickelsheim
am 3.2.

Landrat Alfred Reisinger
94315 Straubing
am 4.2.

Bürgermeister
Franz Pestenhofer
93189 Reichenbach
am 10.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Völk
86420 Diedorf
am 5.2.

Bürgermeister
Bruno Schmidt
91244 Reichenschwand
am 8.2.

Bürgermeister Johann Pollinger
93155 Hemau
am 11.2.

Bürgermeister Josef Kern
94548 Innernzell
am 16.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Rögner
91238 Engelthal
am 11.2.

Bürgermeister Ludwig Wachs
93077 Bad Abbach
am 16.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Roder
95519 Vorbach
am 4.2.

Bürgermeister
Joachim Federschmidt
91710 Gunzenhausen
am 5.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Maul
91734 Mitteleschenbach
am 16.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahrespressekonferenz der NürnbergMesse:

Ehrgeizige Wachstumsziele

Finanzmarktkrise und Konjunkturabschwung? Weit gefehlt! Davon ist zumindest bei der NürnbergMesse derzeit nicht viel zu spüren: „Wir gehen optimistisch in das Jahr 2009. Unsere internationalen Fachmessen im ersten Halbjahr sind im Plan, zum Teil sogar leicht darüber“, stellte Geschäftsführer Bernd A. Diederichs im Rahmen der Jahrespressekonferenz in der Norisstadt fest.

Insgesamt erwartet der Nürnberger Messechef für das Messejahr 2009 ein Umsatzvolumen von 130 bis 150 Millionen Euro. „Die relativ große Spanne resultiert nicht aus wirtschaftlicher Unsicherheit. Wir planen vielmehr auch 2009 weitere Akquisitionen, die sich entsprechend positiv auf unseren Umsatz auswirken würden.“

Strategiefortschreibung

Entsprechend ehrgeizig sind die Wachstumsziele: „Bis zum Jahr 2020 wollen wir auf der Basis unserer beschlossenen Strategiefortschreibung unseren Umsatz von zuletzt 150 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro verdoppeln und eine der zehn größten Messegesellschaften der Welt werden“, hob Diederichs hervor.

„Hunderttausende von Besuchern und zehntausende von Ausstellern werden jährlich zu Botschaftern Nürnbergs und der Metropolregion“, ergänzte Dr. Markus Söder, bayerischer Umweltminister und neuer Aufsichtsratsvorsitzender der NürnbergMesse. Geht es nach ihm, so soll Nürnberg bis zum Jahr 2020 der fünftgrößte Messe- und Kongressplatz Deutschlands werden.

Platz sieben im Ranking

Seit über zehn Jahren behauptet die Frankenmetropole hartnäckig Platz sieben im Ranking - nach Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, München, Berlin und Köln, deutlich vor Stuttgart, Leipzig und Essen. Ohne Investitionen in Programm und Gelände wird dieses ehrgeizige Wachstumsziel freilich nicht erreichbar sein, weshalb Söder gleichzeitig strategische Investitionen in Höhe von rund 300 Millionen Euro bis 2020 ankündigte. Diese sollen zu gleichen Teilen für den Kauf von Messen und Messeveranstaltungen im In- und Ausland und zum qualitativen Ausbau des Messe- und Kongresszentrums Nürnberg verwendet werden.

Umsatz gut verdoppelt

Die Entwicklung der NürnbergMesse gibt Diederichs und Söder in ihren Zielsetzungen Recht. So konnte die Gesellschaft in den vergangenen zehn Jahren ihren Umsatz von 70 auf aktuell 150 Millionen Euro mehr als verdoppeln. Besonders deutlich fiel das Wachstum im Geschäftsjahr 2008 aus: plus 20 Prozent gegenüber den beiden Vorjahren. Dieses Rekordwach-

tum bescherte dem Unternehmen eine neue Rekordmarke bei seiner Umsatzentwicklung und sorgte gleichzeitig dafür, dass bei den Messekennzahlen im Vergleich zu 2006 eine ganze Reihe von neuen Bestmarken gesetzt wurden: So bei der Zahl der Aussteller (plus 11 % auf 27.286), bei der verkauften Fläche (plus 6 % auf 885.000 qm) und bei den Fachbesuchern (plus 7 % auf 895.000).

Internationalität gestiegen

Besonders freuen sich Diederichs und sein Team, dass die Internationalität bei den Eigenveranstaltungen der NürnbergMesse weiter gestiegen ist. Sie beträgt inzwischen 51 Prozent auf Ausstellerseite. Insgesamt liegt die Internationalität des Messeplatzes bei 37 Prozent; damit gehört Nürnberg zu den sieben internationalsten Messeplätzen Europas.

Globalisierung keine Einbahnstraße

Dabei allein soll es jedoch nicht bleiben. Gleichzeitig will die NürnbergMesse konsequent internationalisieren und ihre Messeveranstaltungen in allen wichtigen Weltwirtschaftsregionen etablieren. „Die Globalisierung ist keine Einbahnstraße“, bemerkte Diederichs. Derzeit ist die NürnbergMesse Group mit zehn Veranstaltungen in Russland, China, Japan sowie Nord- und Südamerika präsent. Dieses Messeportfolio soll auf über 40 Veranstaltungen ausgebaut werden. In diesem Jahr kommen die BioFach India und die Fachmesse AUTOMATION SHANGHAI - IAC, TME + SENSOR hinzu. Letztere wurde im vergangenen Jahr gekauft und wird nun erstmals unter eigener Regie durchgeführt. Gemäß der Strategie der NürnbergMesse soll sich der Auslandsumsatz bis zum Jahr 2020 von zuletzt über acht Millionen Euro auf dann 50 Millionen Euro mehr als versechsfachen. DK

Neubau

Als wichtiges Signal in einer schwierigen Zeit bezeichnete Aufsichtsratsvorsitzender Söder den Neubau des Bereichs Mitte im Messe- und Kongresszentrum Nürnberg, der in wenigen Wochen startet. Bis zum Herbst 2010 entsteht ein völlig neuer Eingangs-, Service- und Kongressbereich. Die spektakuläre Architektur mit einem 8.000 m² großen Lamellendach, das auch

den Vorplatz überspannt sowie ein neues, lichtiges, großzügiges Eingangsgebäude mit 4.400 qm bilden ein adäquates Entree für die internationalen Fachmessen und Kongresse.

„Hier entsteht die neue Visitenkarte der NürnbergMesse“, betonte Diederichs. Der Neubau wurde notwendig, weil der alte Bereich Mitte den wachsenden Anforderungen an Besucherregistrierung, moderne Kongresskapazitäten und ausreichende Gastronomie- und Servicezonen nicht mehr gerecht wird, stammt er doch noch aus der ersten Bauphase des Geländes Anfang der 70er Jahre. Insgesamt wird die NürnbergMesse in den Jahren 2009 und 2010 über 55 Millionen Euro in das Messe- und Kongresszentrum Nürnberg investieren.

Nachhaltigkeitskonferenz

Von diesem Investitionsvolumen werden die Kunden bestehender wie neuer Veranstaltungen profitieren, zeigte sich Diederichs überzeugt. So starten 2009 unter anderem neu in Nürnberg die International Sustainability Conference, eine internationale Nachhaltigkeitskonferenz im Vorfeld der Weltleitmesse BioFach (17.-18. Februar), die iN VIVA, eine Publikumsveranstaltung der NürnbergMesse für das Leben ab 50 (20.-21. März), die European Heat Pump Summit, ein Kongress mit begleitender Lobbyshow zum Thema Wärmepumpen, Technologie und Anwendung (9.-10. September) und die it-sa, eine Gastfachmesse zum Thema IT-Security (13.-15. Oktober). DK

Ausstellungsreihe „Stifterland Bayern“ in Passau:

Ein Stück vom Glück

Mit dem Niederbayerischen Stiftungs-Symposium wird derzeit in Passau die Ausstellungsreihe „Stifterland Bayern“ im Jahr 2009 fortgeführt. Die im März 2008 begonnene Initiative zeigt mit einer Ausstellung, einem Katalog, Symposien und Veranstaltungen in allen sieben Regierungsbezirken des Freistaats die Vielfalt der Stiftungslandschaft und das unverzichtbare gemeinnützige Engagement von Stifterinnen und Stiftern und soll den Gedanken der Philanthropie verfestigen. Nach München, Würzburg, Bayreuth und Regensburg gastiert die Ausstellung von 15. Januar bis 22. Februar in Passau, reist dann nach Augsburg weiter und findet im Sommer 2009 in Nürnberg ihren Abschluss.

„Stifterland Bayern“ ist eine Initiative des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Sie wird von den Hauptförderern Bayerische Forschungsstiftung, Bayerische Landesstiftung und Bayerische S-Finanzgruppe sowie weiteren Stiftungen unterstützt. Insgesamt nehmen fast 200 Stiftungen aus Bayern teil.

Motivieren zum Mitmachen

Es ist das erste Mal in der bayerischen Stiftungsgeschichte, dass sich die Stiftungen in dieser Form und in so großer Zahl der Öffentlichkeit vorstellen. Der Bundesverband will damit das unverzichtbare gemeinnützige Engagement von Stifterinnen und Stiftern den Bürgern kommunizieren und auch dazu motivieren, sich ebenfalls gemeinnützig einzusetzen.

Im Rahmenprogramm der sechswöchigen Station von „Stifterland Bayern“ in Passau geben auch regionale Stiftungen Einblick in ihre Arbeit. So veranstaltet das Lukas Kern Kinderheim der Bürgerlichen Waisenhausstiftung Passau einen Tag der Offenen Tür. Der Studentenchor der Universität Passau unterhält mit Gospel, Pop und Filmmusik das Publikum, der Autor Wladimir Kammerer liest in der Universität. Den Abschluss der Station in Passau bildet ein ökumenischer Gottesdienst in

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2009 ist noch jung. Und wohl kaum bei einem Jahreswechsel wurde soviel prognostiziert und gewarnt wie vor 2009. Sie werden es erahnen: Die Rede ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Medien verkünden sie ununterbrochen. Das Wort Krise wurde in den vergangenen Wochen und Monaten wie kaum ein anderes Wort sehr inflationär verwendet. Auch von einer Rezession ist die Rede.

Bei all den Schreckensszenarien und negativen Meldungen möchte ich jedoch davor warnen, zu pessimistisch in die Zukunft zu sehen.

In den Köpfen der Menschen verfestigen sich

Wer kann, soll sich antizyklisch verhalten

in erster Linie negative Schlagzeilen. Dabei besteht die Gefahr, dass man Krisen bewusst oder unbewusst sogar noch verstärkt. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich möchte an dieser Stelle keinesfalls etwas schönreden. Zweifelsohne befinden wir uns in einer schwierigen Zeit. Aber gerade in Krisenzeiten gilt es, den Mut nicht zu verlieren. Mit Zuversicht und Entschlossenheit lassen sich Krisen bewältigen, nicht mit Angst und Unsicherheit. Schon Jean-Paul Sartre hat gesagt: „Vielleicht gibt es bessere Zeiten, aber diese ist die unsere.“ Es liegt also an uns, das Beste daraus zu machen, uns auf unsere Stärken zu besinnen und nach vorne zu schauen. Wer kann, sollte sich antizyklisch verhalten. Das machen wir auch im Landkreis Mühldorf. 2009 investieren wir in Straßen und Schulen fast doppelt so viel wie im vergangenen Jahr und tragen damit als aktiver Partner der Wirtschaft zur Sicherung von Beschäftigung bei.

Darüber hinaus führt der Landkreis Mühldorf am Inn 2009 in Kooperation mit den Land-



kreisen Altötting und Rottal Inn zum 4. Mal die Bildungsmesse Südostbayern durch. Trotz der Wirtschaftskrise ist das Interesse der ausstellenden und informierenden Betriebe und Institutionen ungebrochen hoch. Das zeigt, dass sich die Betriebe der Bedeutung der Ausbildung bewusst sind und auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten den jungen Menschen in der Region eine Chance bieten. Ich denke, dass ist der richtige Weg! Und das lässt mich auch positiv in die Zukunft blicken.

Ein Aspekt, der durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sicherlich wieder an Bedeutung gewinnt, ist die Regionalität. Die Sparkassen und Raiffeisenbanken beispielsweise erweisen sich als Finanzierer der „Häuslbauer“, des Handwerks und des Mittelstandes als solide, starke und verlässliche Partner. Denn das Geld kommt hier in erster Linie von den Sparern und nicht von den internationalen Finanzmärkten. Mit der Ausrichtung der Geschäfte auf Kundennähe sind die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken dadurch wesentlich krisenresistenter. Auch das stimmt mich optimistisch.

Ein weiterer Punkt, der mir in diesem Zusammenhang sehr am Herzen liegt, ist die Nachhaltigkeit. Bei all den Sorgen im wirtschaftlichen Bereich und den dazu notwendigen Maßnahmen zum Gegensteuern, darf die Bedeutung der Nachhaltigkeit nicht wieder in Vergessenheit geraten.

An unseren Zielen, sich grundsätzlich nicht mehr zu leisten als man sich leisten kann, um unsere hohe Verschuldung in den nächsten Jahren zur Entlastung der künftigen Generationen abzubauen, müssen wir weiterhin arbeiten. Denn auch für die Zukunft gilt: „Ohne Moos nichts los“. Außerdem muss der eingeschlagene Weg im Bereich Klimaschutz und Energieeinsparung fortgesetzt werden. Denn auch dieser Bereich kann ein Jobmotor sein. Unsere Kinder und Kindeskiner werden uns das Engagement einmal danken.

Ihr Georg Huber

Bildung für nachhaltige Entwicklung sein muss.

Die Bildungsarbeit auf Schloss Wiesenfelden beruht auf zwei Säulen: einer regionalen und einer überregionalen. Regional agiert sie als eine vom Freistaat Bayern anerkannte Umweltstation, in der jährlich etwa fünftausend Kinder, Jugendliche und Erwachsene spielerisch, künstlerisch oder auch meditativ an die Natur herangeführt werden. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Sehnsucht Wildnis“, das Menschen die Faszination der Natur erfahren lässt. An „Wilden Sonntagen“ für Familien, bei Projekttagen für Schulklassen, Erlebniswanderungen für Gruppen oder Kindergeburtsstagen wird die Lust am Naturschutz vermittelt. Ideale Voraussetzungen für solche Naturerlebnisangebote bietet ein rund fünf Hektar großes Wildnisgelände mit alten Baumgestalten, Weihern, einem kleinen Bachlauf und zahlreichen Totholzbereichen in unmittelbarer Nähe des Umweltzentrums.

Zukunftswerkstatt

Daneben hat das Umweltzentrum eine überregionale Bedeutung als geistige Zukunftswerkstatt. Als Ort für Symposien über Grundsatzfragen zu Umweltpolitik, Nachhaltigkeit und zukunftsreichen Lebensstilen hat es sich bestens bewährt. Viele bekannte Wissenschaftler, Künstler und Politiker haben hier ihre Visionen vorgetragen.

Wenn es keine Stiftungen gäbe, könnten manche Anliegen der Gesellschaft nicht erfüllt werden, zeigte sich Hubert Weinzierl überzeugt. Als Kuratoriumsvorsitzender der größten deutschen Umweltstiftung weiß er, wovon er spricht. Im Laufe der vergangenen 20 Jahre habe die Stiftung mit über 1,7 Mrd. Euro rund 6000 Projekte gefördert, für die der Staat schlichtweg kein Geld hatte. DK

Bayerischer Musikrat:

Thomas Goppel ist neuer Präsident

Zum neuen Präsidenten des Bayerischen Musikrats ist der frühere Kunstminister Dr. Thomas Goppel gewählt worden. Goppel folgt damit dem Komponisten Wilfried Hiller nach, der das Amt drei Jahre lang innehatte. Als eines seiner wichtigsten Ziele nannte Goppel die Unterstützung der Schulmusik. Kinder aller Altersstufen müssten mit Musik konfrontiert werden, gerade auch in neu entstehenden Ganztagschulen.

Wie der neue Präsident bemerkte, habe er sich bewusst um eine Mehrheit im Musikrat bemüht und strebe nun mit den Mitgliedern im Musikrat „als vielstimmige Gemeinschaft eine Abwechslung in der Harmonie an, die wir fest brauchen“. So will er sich gezielt dafür einsetzen, dass die musischen Fächer im Ganztagesbereich an Schulen und in der Nachmittagsbetreuung den gleichen Stellenwert erhalten wie beispielsweise der Sport. Auch müsse sichergestellt werden, „dass Pläne, die noch unter meiner Führung im Wissenschaftsministerium geboren wurden, nun auch umgesetzt werden“. Um den Bayerischen Musikrat auch in der Öffentlichkeit mehr in das Bewusstsein zu rücken, lädt er jeden ein, sich ein eigenes Bild zu machen. Goppel: „Ich mag Kritik gern, aber qualifiziert, das macht den guten Kritiker aus.“ DK

Durch Zukauf einer norwegischen Firma:

Bayerngas steigt in die Produktion ein

Die Bayerngas GmbH, München, hat sich über ihre 2006 gegründete Tochter Bayerngas Norge AS in die Produktion eingekauft. Dazu wurde für 220 Millionen Dollar von der schwedischen Gesellschaft PA Resources AB das norwegische Unternehmen PA Resources Norge übernommen, das jetzt in Bayerngas Norge Produktion AS umbenannt wurde.

„Durch den Erwerb hat sich unser Explorations- und Produktionsgeschäft verdoppelt“, sagte Bayerngas-Geschäftsführer Marc Hall. Denn durch die Übernahme erhöhen sich die Gas- und Ölreserven der Bayerngas Norge um 6 Milliarden Kubikmeter (cbm) Gasäquivalent (Ölreserven in Gaskapazität umgerechnet) auf rund 14 Milliarden cbm. Diese Menge entspricht dem Absatz von Bayerngas in zwei Jahren bzw. ungefähr 15 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs an Gas.

Kommunal geprägtes Versorgungsunternehmen

Die norwegischen Behörden haben der Transaktion, durch die Bayerngas nach den Worten von Marc Hall seine Position in Norwegen deutlich gestärkt hat, bereits zugestimmt.

Bayerngas ist ein kommunal geprägtes Versorgungsunterneh-

men mit Sitz in München, das den Stadtwerken München, Augsburg, Landshut, Ingolstadt, Regensburg, Ulm/Neuulm und der Tigas-Erdgas in Tirol gehört. 2007 verkaufte die Gas-Beschaffungsplattform Bayerngas 63,2 Milliarden Kilowattstunden Gas an ihre Kunden und erwirtschaftete einen Umsatz von 1,6 Milliarden Euro. Das Unternehmen verfügt über einen eigenen Untertagespeicher und ist mit seinen Beteiligungen bayernets (eigenständige Netzgesellschaft), Bayerngas Norge (Gasfördergesellschaft), actogas (Gas-Handel), novogate (Gasvertrieb & Beratung) und NetConnect Germany national und international tätig.

Gesellschafter

Gesellschafter der Bayerngas Norge, die mit der Bayerngas Danmark ApS noch eine 100-prozentige Tochter in Dänemark

hat, sind mit 53,7 Prozent die Bayerngas, mit 31,3 Prozent die Stadtwerke München, mit 10 Prozent Swissgas und mit 5 Prozent die Tigas-Erdgas Tirol. Aufgabe der Bayerngas Norge ist die Beteiligung an Gasfeldern und Lizenzen zur Aufsuchung auf dem norwegischen Kontinentalschelf sowie in angrenzenden Gewässern. Hall teilte auf Nachfrage mit, dass sich Bayerngas vorerst auf Aktivitäten in der Nordsee beschränken wolle. Langfristig sollen etwa 15 Prozent des Gasbedarfs der Bayerngas gefördert werden.

Zukunftsinvestitionen

Durch die Übernahme der norwegischen Firma hält Bayerngas Norge jetzt eine 30-prozentige Beteiligung am Fund Oselvar, eine 15-prozentige Beteiligung am Fund Draupne sowie eine 10-prozentige Beteiligung am produzierenden Ölfeld Volve. Damit verfügt Bayerngas Norge von sofort an über eine eigene Produktion. Die bisherigen Investitionen in Explorationslizenzen seien Zukunftsinvestitionen gewesen, aus denen von 2010 an

das erste Gas fließen werde. „Mit der Übernahme von Volve haben wir den Produktionsstart vorgezogen“, sagte Hall.

Durch die Anteile an Oselvar und Draupne ist Bayerngas Norge auch über deren Beteiligungen an den Gasfeldern Vega South (25 Prozent), Trym (50 Prozent) und Sigrid/Natalia (30 Prozent) beteiligt. Und über das dänische Unternehmen mit 15 Prozent am Gasfeld Hejre. Arne Westeng, Geschäftsführer der Bayerngas Norge, teilte mit, das Unternehmen wolle auch weiterhin eine aktive und langfristige Rolle auf dem norwegischen Kontinentalschelf spielen.

Partner in Österreich

Bayerngas ist auch als 25-Prozent-Partner der österreichischen Firma RAG am Inn auf Gassuche. Sechs Bohrungen sind vorgese-

hen. Nach drei Bohrungen wurde man noch nicht fündig. „Doch“, so Hall, „wir sind auch an Speicherstrukturen interessiert.“

Ukraine muss sich an den Weltmarkt gewöhnen

Zum Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine meinte Hall auf Fragen der Presse, Russland sei absolut zuverlässig. Der Anteil des russischen Gases werde noch zunehmen. Das Problem sei der Gastransit durch die Ukraine. Das Land, größter Gasimporteur der Welt, müsse sich erst noch an Weltmarktpreise gewöhnen. Vor allem aber fehle es ihm an Weltrechts-Konditionen. Auch die Ostsee-Pipeline, die gebaut werden soll, werde nicht alle Probleme aus Kapazitätsgründen lösen können. Der günstigste Weg bleibe der über die Ukraine. Am besten wäre es, für den Transit eine Gesellschaft zu gründen, an der je zu einem Drittel Russland, die Ukraine und der Westen beteiligt sein sollten. dhg.

Die Balance halten ...

(Fortsetzung von Seite 1) lich nicht benachteiligt werden. Die Ministerin zeigte sich zuversichtlich, „dass die Verhandlungen mit den Kommunalen Spitzenverbänden rasch zu einem für beide Seiten akzeptablen Abschluss führen und diese Mittel entscheidend zu einem qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung beitragen werden“. 2009 sollen die Weichen gestellt werden für eine weitere Verbesserung des Anstellungsschlüssels und der Fachkraftquote.

Anhebung der Einkommensgrenzen

Wichtig sei aber auch, den Eltern Wahlfreiheit zu ermöglichen, ergänzte die Politikerin, „weshalb wir die Anhebung der Einkommensgrenzen beim Landeserziehungsgeld um neun Monate vorziehen“. Konkret bedeutet dies: Bereits für Eltern, deren Kinder nach dem 1. April 2008 geboren wurden, gilt die höhere Einkommensgrenze von 25.000 Euro für Paare und von 22.000 Euro für Alleinerziehende.

Kinderschutzstellen

Erstmals sind im Doppelhaushalt Mittel für den schrittweisen Aufbau von insgesamt 250 koordinierenden Kinderschutzstellen eingeplant. Damit kann laut Haderthauer ein flächendeckendes Netzwerk für potentiell oder akut belastete Familien aufgebaut werden. Erfolg ist auch beim Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen zu verbuchen: Mit den zusätzlich veranschlagten Mitteln können bereits ab dem Schuljahr 2009/2010 insgesamt 350 Stellen in die staatliche Förderung aufgenommen werden.

Mittagessen an Ganztagschulen

Schnellstmöglich soll in Bayern auch das Mittagessen an Ganztagschulen für bedürftige Kinder bezuschusst werden. „Es ist uns bereits gelungen, hierfür im kommenden Doppelhaushalt Gelder einzuplanen, mit denen dieses sozialpolitisch bedeutende Anliegen umgesetzt werden kann. Nun gilt es, mit allen Beteiligten gemeinsam ein Konzept unter Dach und Fach zu bringen, das allen Kindern in Bayern die Teilnahme an Schulspisungen ermöglicht. Auch die Kommunen haben uns bereits signalisiert, sich dieser Aufgabe stellen zu wollen“, hob die Ministerin hervor.

Was den bayerischen Arbeitsmarkt angeht, so sei dieser gut aufgestellt, wenngleich die weltweite Finanzmarktkrise auch

vor Bayern nicht halt mache.

Der Arbeitslosigkeit entgegenwirken

Mit präventiven Maßnahmen will der Freistaat der Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Im Förderzeitraum 2007 bis 2013 stünden mit dem Europäischen Sozialfonds einschließlich der nationalen Kofinanzierung 630 Millionen Euro zur Verfügung, auf 2009 entfielen davon 88 Mio. Euro. Damit soll die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen erhöht werden. Haderthauer zufolge „werden unsere Aktionen zudem die nachhaltige Förderung von Schulabschlüssen, die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Forcierung der beruflichen Weiterbildung und die Integration besonders benachteiligter Jugendlicher umfassen“.

Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

Gut voran geht es bereits mit der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Nach der Lesestudie „IGLU-Studie“ ist laut Ministerin z. B. die Leistung der Schüler an bayerischen Grundschulen deutlich weniger an die soziale Herkunft gekoppelt als im deutschen Durchschnitt. Dies sei auch auf die intensive vorschulische Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund und die differenzierte interkulturelle Arbeit in den Kindertageseinrichtungen zurückzuführen.

Die Einführung so genannter „Vorkurse Deutsch“ stelle eine zentrale Komponente zur Unterstützung der Kinder dar. Dieses Angebot werde ab 2009 in den Kindergärten noch verstärkt.

Frauenförderung

Gefördert werden soll darüber hinaus die Beschäftigung von Frauen, insbesondere in Führungspositionen. Zwar belegt Bayern mit einer Frauenerwerbquote von 66 % gegenüber 63,1 % im Bundesdurchschnitt schon jetzt eine Spitzenposition im Vergleich aller Bundesländer. Jedoch sei dieser Wert „durchaus noch ausbaufähig“.

Unterrepräsentiert in Führungspositionen

Obwohl Frauen im Bereich der Bildung die Männer längst überholt haben und durchschnittlich bessere Schulabschlüsse erreichen, seien sie in Führungspositionen noch immer erheblich unterrepräsentiert und verdienten

rund ein Viertel weniger als Männer. Der Freistaat gehe mit gutem Beispiel voran. Ministerpräsident Horst Seehofer habe in seiner Regierungserklärung vom Dezember deutlich erklärt, dass beim Freistaat mehr Frauen in Führungspositionen kommen sollen. „Daran wollen wir uns messen lassen“, meinte Haderthauer.

Rahmenbedingungen für ein Leben mit Kindern

Im Mittelpunkt bayerischer Familienpolitik stünden die Ziele, verlässliche Rahmenbedingungen für ein Leben mit Kindern zu schaffen, den Eltern Wahlfreiheit insbesondere bei der Einteilung ihrer Familien- und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und ein möglichst günstiges Entwicklungsklima für Kinder und Jugendliche zu schaffen, insbesondere im Hinblick auf Bildung, Integration und Gewaltfreiheit.

Zuständigkeiten zusammenführen

Wie bei der Eingliederungshilfe sollen die Zuständigkeiten auch bei der Hilfe zur Pflege zusammengeführt werden, fuhr die Politikerin fort:

„Hier meint die Staatsregierung, dass dies bei den Landkreisen und kreisfreien Städten erfolgen sollte. Die Kommunalen Spitzenverbände vertreten diesbezüglich unterschiedliche Positionen. Es werden derzeit verschiedene Modelle geprüft, so dass vor der gesetzlichen Änderung noch Gesprächsbedarf besteht. Meine Ziele sind: keine Verschiebepflichten, sondern überschaubare, trennscharfe Zuständigkeiten, möglichst Leistungen aus einer Hand, Vorrang für ambulante Angebote und vor allem: Vorrang für die Wünsche der Betroffenen.“

Zentrale Themen „Alter“ und „Pflege“

Ganz allgemein stärker in den gesellschaftlichen Mittelpunkt treten sollen die zentralen Themen „Alter“ und „Pflege“. Christine Haderthauer will hier gezielt „eine neue Wertebatte“ führen. Zum einen gelte es, die Themen „Alter und Pflegebedürftigkeit“ von ihren Tabus zu befreien.

Mit der Kampagne „ganz jung, ganz alt, ganz ohr.“ soll mehr Aufmerksamkeit für die alten und pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger geweckt werden. „Mit starken Stimmen für die Pflege“, zeigt sich die Ministerin überzeugt, „bringen wir junge, erwachsene und ältere Menschen zusammen und knüpfen ein generationsübergreifendes Beziehungsnetz.“ Dieses Geflecht soll 2009 um die Kirchen erweitert werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Damit sich das Bürgerschaftliche Engagement möglichst gut entfalten kann, bedarf es einer geeigneten Infrastruktur. Eine wichtige Rolle komme dabei Anlauf- und Koordinierungsstellen vor Ort zu, die die vorhandenen Ehrenamtsstrukturen kennen und untereinander vernetzen, Projekte anstoßen sowie Freiwillige gewinnen und vermitteln.

Insbesondere im ländlichen Raum fehle es derzeit vielerorts noch an entsprechenden Einrichtungen. Das Bayerische Sozialministerium beabsichtige daher, den Aufbau derartiger Einrichtungen in den Landkreisen und Städten mit einer Anschubfinanzierung zu fördern.

„Diese wie alle anderen Themen werde ich schnell und beherzt anpacken und sie konsequent, nachhaltigen Lösungen zuführen“, versprach Haderthauer abschließend. DK

Mit den Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1) plätzen Brücken in die Zukunft bauen. Nichts zu tun, wäre nicht zu verantworten.

Deutschland tritt der Krise besser gerüstet entgegen, als das noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen wäre: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gewachsen. Gerade der Mittelstand ist vielfältig und stark. Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer werden weltweit hoch geschätzt. Der hohe Beschäftigungsstand, den wir erreicht haben, hat für Reserven in den sozialen Sicherungssystemen gesorgt. Die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre eröffnen haushaltspolitische Spielräume.

Pakt hart an der Grenze

Die Bundesregierung geht mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ hart an die Grenze des haushaltspolitisch Vertretbaren. Der Bund wird 2009 und 2010 je rund 25 Mrd € einsetzen. Die zusätzliche Verschuldung respektiert den europäischen Stabilitätspakt, soweit jetzt absehbar werden die Kriterien eingehalten. Nichts zu tun, wäre für die öffentlichen Haushalte noch teurer. Denn jeder Prozentpunkt weniger Rezession, jeder erhaltene Arbeitsplatz sichert auch Steuereinnahmen und Sozialbeiträge. Die verabredete Schuldenbremse unterstreicht: Wir verbinden das in der Krise unabweisbar Nötige mit einem klaren Tilgungsplan.

Binnennachfrage erhöhen

Die Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen werden zusammen mit den Steuer- und Abgabensenkungen im Laufe des Jahres die Binnennachfrage wirksam erhöhen. Mit rund 18 Mrd € sollen die Sanierung von Schulen und Hochschulen, Projekte der Verkehrsinfrastruktur und die Versorgung mit Breitbandanschlüssen vorangetrieben werden. Auf ebenfalls rund 18 Mrd € summieren sich die Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer und die Senkung des GKV-Beitrags von 15,5% auf 14,9% in den Jahren 2009 und 2010. Die Entlastung der Bürger setzt ein Zeichen für mehr Vertrauen. Darauf kommt

es an. Denn die Politik kann die Krise nicht alleine meistern. Alle leisten ihren Beitrag: Betriebe und Banken, Unternehmer und Arbeitnehmer, Verbraucher und Anleger. Alle rufen wir auf, gemeinsam anzupacken und um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

Schlüsselrolle der Kommunen

Die Kommunen haben im „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ eine Schlüsselrolle. Die Kommunen tätigen traditionell einen großen Teil der öffentlichen Investitionen. Die Vielzahl der kommunalen Aufträge richtet sich vorwiegend an das Handwerk und den Mittelstand der jeweiligen Region. Sie stärken damit die ansässigen Betriebe und die Binnenkonjunktur. Das ist, worauf es jetzt ankommt. Die Kommunen kennen die Lage vor Ort und wissen besser als jeder andere abzuschätzen, welche Investitionen drängen und welche Betriebe zusätzliche Aufträge am zügigsten erfüllen können. Deshalb werden im Zeitraum 2009 und 2010 den Kommunen von Bund 10 Mrd € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Zusammen mit dem vereinbarten Landesanteil werden in Bayern Investitionen von rund 1,9 Mrd € möglich.

Gerüstet für die Zeit nach der Krise

Unser Ziel ist, dass Bayern und Deutschland nach der Krise stärker und nachhaltiger für den weltweiten Wettbewerb gerüstet sind. Ein Schwerpunkt der zusätzlichen Investitionsmittel für die Kommunen sind deshalb die Bildungseinrichtungen. 65% der Mittel des kommunalen Investitionsprogramms sind für Investitionen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie Forschung vorgesehen, wobei die energetische Sanierung der Gebäude im Mittelpunkt stehen soll. Die restlichen 35% der Mittel des kommunalen Investitionsprogramms können für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, insbesondere – trägerneutral – für Krankenhäuser, für Städtebau, ländliche Infrastruktur und die Lärmsanierung an kommunalen Straßen. Zur beschleunigten Umsetzung der Investitionen wird

das Vergaberecht vereinfacht. Befristet auf zwei Jahre werden die Schwellenwerte für Beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben angehoben - bei Bauleistungen für Beschränkte Ausschreibung 1 Mio €, für Freihändige Vergabe 100.000 €, bei Dienst- und Lieferleistungen für Beschränkte Ausschreibung und Freihändige Vergabe 100.000 €.

Folgekosten vermeiden

Die konkrete Umsetzung der Programme erfolgt durch die Länder. Die Bayerische Staatsregierung wird - so hat das Kabinett bereits beschlossen - mit den kommunalen Spitzenverbänden Gespräche führen und mit dem Bund eine Verwaltungsvereinbarung über die Mittelverwendung schließen. Gefördert werden sollen zusätzliche Maßnahmen, die zuverlässig zwischen 2009 und 2011 realisierbar sind. Sie sollen die Zukunftsfähigkeit des Landes langfristig steigern und keine hohen Folgekosten verursachen. Die Kofinanzierung durch die Kommunen sollen flexibel gehandhabt und auf eine ausgewogene Balance von Stadt und Land geachtet werden. Anfang Februar wird der Ministerrat erneut über die Mittelverwendung beraten, danach sollen die Kommunen und der Landtag offiziell informiert werden. Bereits am 10.02.2009 soll der Ministerrat die konkrete Projektliste beschließen, damit dann schnell die einzelnen Maßnahmen begonnen werden können.

Kurs halten für Soziale Marktwirtschaft

Wenn Unternehmen, die von der großen Krise hart getroffen sind, aus Steuergeldern stabilisiert werden, ist das keine Verstaatlichung. Es geht um Hilfe für möglichst kurze Zeit. Verstaatlichung wäre die dauerhafte Ersetzung unternehmerischer Verantwortung durch Planwirtschaft. Das ist und bleibt ein fataler Irrweg. Politiker sind nicht die besseren Manager, der Staat nicht der bessere Unternehmer. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich mehrfach bewährt: Nach 1948 beim Wiederaufbau, nach 1989 bei der Gestaltung der Einheit. Sie weist auch jetzt den Weg aus der Krise. □

Versicherungskammer Bayern wächst wieder über Markt

Beitragsvolumen stieg um 4,1 Prozent auf 5,89 Mrd. Euro

München. Der Konzern Versicherungskammer Bayern blickt erneut auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Mit einem Wachstum von 4,1 Prozent ist die Versicherungskammer Bayern im Jahr 2008 wesentlich stärker gewachsen als der Gesamtmarkt, der mit voraussichtlich rund 1,6 Prozent über Vorjahresniveau abschließen wird. Besonders erfreulich ist, dass sich sowohl die Personenversicherer, als auch die Kompositsparte deutlich marktüberdurchschnittlich entwickelt haben. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen stieg das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft auf 5,89 Mrd. Euro, der Kapitalanlagenbestand im Konzern auf 34,1 Mrd. Euro.

Das Ergebnis konnte insbesondere aufgrund der hervorragenden Leistung des Vertriebs verbessert werden. Die Versicherungskammer Bayern bietet ihren Kunden mit dem Multikanalvertrieb (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Agenturen, Makler, Geschäftsstellen, Versicherungsdienste, Kooperationen mit AOKen und Internet/ Direktvertrieb) vielfache Zugangswege. Damit können die regionalen und individuellen Bedürfnisse der Kunden berücksichtigt werden.

Der Konzern Versicherungskammer Bayern verfügt über eine sehr starke Kapitalausstattung. Vom Ausgangspunkt der Finanzkrise (Subprime-Verbriefungen) ist der Konzern nicht betroffen. Aufgrund der konservativen Anlagestrategie und eines konsequenten Risikomanagements konnten die Auswirkungen der Finanzmarktkrise bisher gut verkraftet werden. Durch die dynamische Steuerung des Risikobestandes wurde das Aktiengewinn im Laufe des Jahres von 9 auf 1,5 Prozent zurückgefahren. Größere Einzelrisiken (z.B. Lehmann) hatte die Versicherungskammer Bayern nicht im Portfolio.

Krankenversicherung

Die Krankenversicherung konnte ihr Neugeschäft im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr steigern. Insbesondere im Vollversicherungsbereich konnte eine hohe Steigerung der Neubeiträge verzeichnet werden. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 3,4 Prozent (Markt: knapp 3 Prozent) auf 1,81 Mrd. Euro. Insgesamt sind bei den Krankenversicherern (Bayerische Beamtenkrankenkasse, Union Kranken-

BayernLB begibt Anleihe mit Garantie

Die BayernLB hat die Bücher für eine großvolumige Anleihe mit Garantie der Bundesrepublik Deutschland geöffnet. Die Laufzeit beträgt drei Jahre. Das endgültige Emissionsvolumen und der Renditeaufschlag gegenüber Bundesanleihen mit vergleichbarer Laufzeit richtet sich nach der Nachfrage. Angestrebt wird eine Benchmark Anleihe.

Die Garantie des Bundes erfolgt im Rahmen des am 3. Dezember 2008 vereinbarten Garantierahmens über 15 Mrd. Euro mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Die staatsgarantierte Anleihe wird von den Ratingagenturen Fitch Ratings, Moody's und Standard&Poor's mit der Höchstnote, der des Bundes, von AAA/Aaa/AAA bewertet.

Mit der Begebung der Anleihe wird die Liquidität der BayernLB weiter gestärkt. Die Anleihe wird von einem internationalen Bankenkonsortium unter gemeinsamer Federführung von BayernLB, BNP Paribas, DZ BANK, HSBC und UBS auf den Markt gebracht. Als Co-Lead-Manager fungieren Commerzbank, HSH Nordbank, LBBW, NordLB und WestLB.

Details zu der Garantie des Bundes sind auf der Website der SoFFin (www.soffin.de) und auf www.bayernlb.de/ir verfügbar. □

lagebestand erhöhte sich um 7 Prozent auf 7,9 Mrd. Euro.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung hat die Versicherungskammer Bayern deutlich besser abgeschnitten als der Markt. Marktschwankungen, welche sich vor allem durch den Preiskampf in der Kraftfahrtversicherung bemerkbar machen, ist sie aufgrund ihrer Multikanalstrategie und wegen ihres stabilen Produkt-Portfolios weniger stark ausgesetzt als ihre Mitbewerber. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 3,0 Prozent

(Markt: 0,4 Prozent) auf 1,83 Mrd. Euro. Die Combined Ratio (kombinierte Schaden-Kosten-Quote) lag bei 95 Prozent, die Geschäftsjahresschadenquote bei 72,3 Prozent (Vorjahr 76,9 Prozent). Der Kapitalanlagenbestand belief sich wie im Vorjahr auf 4,7 Mrd. Euro.

Lebensversicherung

In der Lebensversicherung verzeichneten die Unternehmen ein sehr gutes Neugeschäft. Die gesamten laufenden Neubeiträge lagen 21 Prozent über dem Vorjahresniveau, die Einmalbeiträge konnten mit einem Zuwachs von 26 Prozent ein deutliches Plus verzeichnen. Besonders stark war die Nachfrage nach kapitalmarktorientierten Produkten. Im Fokus standen dabei die neu eingeführten Produkte wie die fondsgebundene Rentenversicherung „FlexVorsorgePlus“ und die zertifikatgebundene Renten-

versicherung „BayernZertifikatPlus“. Lebens- und Rentenversicherungen sind durch die Sicherheiten und Garantien, die sich aus der breiten Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ergeben, sehr sichere Sparformen und für die Altersvorsorge besonders geeignet.

Größtmögliche Sicherheit

Der Vertragsbestand ist um 1,4 Prozent gewachsen. Insgesamt erzielten die Lebensversicherer des Konzerns Prämieinnahmen in Höhe von 2,25 Mrd. Euro (2,31 Mrd. Euro inkl. Pensionskassen und Pensionsfonds). Dies bedeutet eine Steigerung von rund 5 Prozent und liegt weit über dem Marktschnitt. Die Verwaltungskosten konnten mit 1,9 Prozent auf dem niedrigen Vorjahresniveau gehalten werden. Der Kapitalanlagenbestand erhöhte sich um 2 Prozent auf rund 21 Mrd. Euro.

Die laufende Verzinsung liegt bei der Bayern-Versicherung, dem größten Lebensversicherer des Konzerns, im kommenden Jahr bei 4,15 Prozent (4,4 Prozent). Friedrich Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern betont dazu: „Dies halten wir mit Blick auf die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen für geboten, um den Kunden auch künftig die größtmögliche Sicherheit für ihre Altersvorsorge zu geben“. Die Gesamtverzinsung (inkl. Schlussüberschussanteil der Verträge) liegt im Jahr 2009 nur geringfügig unter dem Vorjahr. Sie beläuft sich beispielsweise bei Rentenversicherungen mit laufender Beitragszahlung und 25jähriger Laufzeit auf 4,9 Prozent (Vorjahr 5,1 Prozent). Gleich geblieben ist die Gesamtverzinsung bei Verträgen mit laufender Rentenzahlung. Hier erhalten die Kunden weiterhin 4,7 Prozent. □



Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und genießt mit E.ON Bayern Kunst und Kultur!

Kunst bereichert unser Leben und beschert uns unvergessliche Stunden. Deshalb unterstützen wir Kulturprojekte und Künstler – für kulturellen Hochgenuss in unserer Region.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e.on | Bayern

Betriebliche Altersvorsorge:

Unzulässige Zillmerung

LAG München-Urteil: Arbeitgeber erfolgreich verklagt

GZ-Interview mit Anton Fogl,

Bereichsleiter ÖD bei Pro Found - betriebliche Vorsorge GmbH & Co. KG

Aufgrund verschiedener Faktoren wie demografische Entwicklung, längere Lebensdauer der Bevölkerung, hohe Arbeitslosigkeit etc. ist für jeden ersichtlich, dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr in der Lage sein wird, die notwendigen Leistungen zur Erhaltung des Rentenniveaus aufzubringen. Die Notwendigkeit für jeden, bereits jetzt ausreichende Maßnahmen zur Sicherung seiner Altersversorgung zu ergreifen, lässt die Bedeutung privater und betrieblicher Altersvorsorge als weitere Säulen der Rentenversicherung in Deutschland weiter wachsen. Insofern dürfte folgender Fall von besonderem Interesse auch für alle Unternehmen sein, die sich in kommunalem Besitz befinden - und selbstverständlich auch für deren Mitarbeiter.

In seinem Urteil vom März 2007 hat das Landesarbeitsgericht München festgestellt, dass bei der betrieblichen Altersversorgung die Abschlusskostenverrechnung in den ersten Beitragsjahren - insbesondere durch Zillmerung (vgl. Kasten) - im Wege der Entgeltumwandlung unzulässig ist. Entsprechende Vereinbarungen sind daher unwirksam. Gleiches gilt selbst für eine Abschlusskostenverrechnung über z. B. die ersten fünf Jahre. Worauf Arbeitgeber und Arbeitnehmer unbedingt zu achten haben, darüber informierte Anton Fogl, Bereichsleiter ÖD bei Pro Found - betriebliche Vorsorge GmbH & Co. KG mit Sitz in München im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

Zillmerung beschreibt die Umlage der Abschlusskosten einer Lebensversicherung auf die ersten Jahre der Beitragszahlung. Die Zillmerung eines Lebensversicherungsvertrags bedeutet, dass die Abschlusskosten (wie z. B. Provisionen) zu Beginn des Vertrags vom „Konto“ des Lebensversicherungsvertrags abgebucht werden. Somit wird das dann vorhandene Sollsaldo mit den Beiträgen des Kunden ausgeglichen. Auf die Zillmerung ist auch zurückzuführen, dass meist erst nach etwa zwei Jahren ein Rückkaufswert in einer Kapitallebensversicherung vorhanden ist.

GZ: Herr Fogl, ihr Aufgabebereich erstreckt sich auf Financial Services im Bereich Business Development, Key Account Management und Sales. Welche Dienste bietet Ihr Unternehmen ganz allgemein an?

Fogl: Die Pro Found ist ein etabliertes Unternehmen aus der Privatwirtschaft, das Unternehmen sowie deren Angestellten objektiv und umfassend rund um das Thema „betriebliche Altersversorgung“ (bAV) berät. Wir bieten ein „Rundum sorglos“-Paket zur betrieblichen Vorsor-

ge. Pro Found arbeitet in einem weit reichenden Partnernetzwerk, das Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte sowie Kontakte zu den relevanten Aufsichtsbehörden umfasst. Dies stellt sicher, dass jeder eine individuelle Lösung erhält, die speziell auf seine Situation zugeschnitten ist.

Abschlusskosten

GZ: Zurück zum LAG-Urteil. Worum ging es in diesem Fall konkret?

Fogl: Eine Arbeitnehmerin hatte unter Verzicht auf einen Teil des ihr zustehenden Lohnes knapp drei Jahre lang über ihren Arbeitgeber Beiträge an eine überbetriebliche Unterstützungskasse einzahlen lassen. 178 Euro flossen in eine zur Rückdeckung abgeschlossene Lebensversicherung. Als das Arbeitsverhältnis vorzeitig endete, waren so insgesamt 6.230 Euro in eine betriebliche Altersversorgung (bAV) umgewandelt worden. Der Rückkaufwert der Versicherung betrug jedoch nur 639 Euro. Fast 90 % des umgewandelten Geldes waren also insbesondere mit Abschlusskosten verrechnet worden. Unter Versicherern gilt dies als üblich.

GZ: Und wo war der Haken?

Fogl: In dem vom LAG München entschiedenen Fall war unklar, ob die Arbeitnehmerin ausreichend auf die Möglichkeit erheblicher Verluste bei einem vorzeitigen Vertragsende hingewiesen worden war. Das erstinstanzliche Gericht hatte dies in angreifbarer Weise unterstellt. Jedenfalls hatte die Mitarbeiterin schon zuvor Lebensversicherungen gekündigt und dabei Verluste hinnehmen müssen. Es fand ein eingehendes Gespräch mit einer Versicherungsmaklerin statt, offen blieb jedoch, ob der Arbeitnehmerin Unterlagen ausgehändigt wurden, die die anfangs geringen Rückkaufswerte enthielten.

Im Prozess vertrat der Arbeitgeber noch rechtsirrig die Ansicht, seine ehemalige Mitarbeiterin könne sich mit ihrer Forde-

rung allenfalls an die Unterstützungskasse oder den Versicherer halten. Das Landesarbeitsgericht ging auf die Frage einer hinreichenden Aufklärung über die Folgen der Zillmerung gar nicht ein, weil diese bei der bAV mit Entgeltumwandlung generell unzulässig sei.



Anton Fogl.

GZ: Wie lautete schließlich das Urteil?

Fogl: Das LAG München verurteilte den Arbeitgeber, die aufgrund der Zillmerung fehlenden rund 90 % des Gehaltes noch einmal - nun direkt an die Mitarbeiterin und nicht an die Unterstützungskasse - zu bezahlen. Zur Haftung kam es, weil der Arbeitgeber seiner Mitarbeiterin eine Entgeltumwandlung geboten hatte, die nicht wie im Betriebsrentengesetz gefordert „wertgleich“ war.

Haftungsrisiko

GZ: Wie hieß die Begründung?

Fogl: Es gab mehrere Gesichtspunkte - bereits einer hätte genügt. Neben dem Verstoß gegen das gesetzliche Gebot der Wertgleichheit und der Verletzung der arbeitsvertraglichen Fürsorgepflicht wurde u. a. mit dem Verbot unangemessener Benachteiligung, dem Verstoß gegen Grundsätze der neueren Rechtsprechung von Bundesgerichtshof und Verfassungsgericht, der Einschränkung der gesetzlichen Flexibilität sowie der Unvereinbarkeit mit der Zielsetzung des Gesetzgebers (Gestaltungsmissbrauch) argumentiert.

GZ: Das Haftungsrisiko für den Arbeitgeber bei gezillmernten Tarifen ist also enorm. Gilt dies auch bei der Durchführung der betrieblichen Altersversorgung über die Zusatzversorgungskassen des öffentlichen und kirchlichen Dienstes?

Fogl: Nein. Hier wird ein ungezillmerter Tarif verwendet. Das bedeutet, dass die eingezahlten Beiträge des/der Versicherten für die spätere Leistung von Anfang an ungeschmälert zur Verfügung stehen. Für die zusätzliche Entgeltumwandlung empfiehlt sich eine Überprüfung der Vertragskonstellation.

GZ: Wer bietet die „gezillmernten Verträge“ eigentlich an?

Fogl: In der Regel sind dies Versicherungsgesellschaften. Die Kosten des Vertrages werden für die gesamte (denkbare) Laufzeit regelmäßig mit den ersten Sparraten der Gehaltsumwandlung verrechnet. Überwiegend verkaufen Agenten oder angebliche Unternehmensberater solche Verträge gegen Provision - gelegentlich auch mit zusätzlichem Honorar. Fakt ist: Die Einrichtung betrieblicher Versorgungswerke einem minder

qualifizierten Verkäufer zu überlassen, der von Provisionen - zu meist eines einzigen Versicherers - lebt, ist gefährlich. Dies wäre gerade so, als würde ein Arbeitgeber seinen Chemiker bitten, die Lohnabrechnungen zu erstellen.

GZ: ... mit fatalen Konsequenzen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ...

Fogl: In der Tat. Einige Arbeitgeber haben für mögliche Schadensersatzansprüche durch ausgeschiedene Mitarbeiter gewisse Rückstellungen in ihren Bilanzen gebildet. Die Verkäufer solcher Verträge zur betrieblichen Altersversorgung wiesen den Arbeitgeber oftmals nicht darauf hin, dass der Gesetzgeber Anfang 2002 die Arbeitgeberhaftung bei fehlender Wertgleichheit ausdrücklich ins Gesetz aufgenommen hatte. Für den Arbeitnehmer stellt sich das Problem, dass sich durch eine Entgeltumwandlung die Ansprüche auf gesetzliche Rente, Krankengeld sowie Arbeitslosengeld reduzieren. Im Alter muss er dafür (in der Regel allein) auf seine Betriebsrente Krankenversicherungsbeiträge und Einkommensteuer bezahlen. Trotzdem ist die betriebliche Altersversorgung bei professioneller Einrichtung und Abwicklung ein gutes Geschäft für den Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewesen.

Vertragskonstellation

GZ: Welche Alternativen hätte es in unserem konkreten Fall für den Arbeitgeber gegeben?

Fogl: Der Arbeitgeber hätte es in der Hand gehabt, den Lohn, für den seine Mitarbeiterin ja auch gearbeitet hat, in eine betriebliche Altersversorgung ohne Provisionen bzw. mit Verteilung der Kosten auf die gesamte Vertragslaufzeit einzubringen. So gibt es Versorgungswerke, bei denen bereits nach einem Jahr weit über 90 % der einbezahlten Beiträge als „Wert“ des angesparten Kapitals vorhanden sind. Jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann sich jährlich und schon im Voraus über den Wert bzw. Rückkaufswert vergewissern und diesen den einbezahlten Beiträgen gegenüber stellen.

GZ: Versicherer argumentieren doch gerne damit, dass es seit 2008 ein neues Versicherungsvertragsgesetz gibt?

Fogl: Das stimmt; auch bei

Die ideale Hausbank

Volksbanken und Raiffeisenbanken wollen Position als Premiumbanken ausbauen

Die Bayern haben genaue Vorstellungen davon, was sie von ihrer Hausbank erwarten. Das ergab eine repräsentative Befragung, die das Marktforschungsinstitut GMS (Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg) im Auftrag des Genossenschaftsverbands Bayern unter 1.008 Personen über 18 Jahren im Freistaat durchgeführt hat.

Für 34 Prozent der Bayern steht an erster Stelle die Beratungsleistung. Dass hier die Qualität stimmt, ist für die Befragten wichtiger als die Themen Kundennähe/Kundenfreundlichkeit oder die von der Bank angebotenen Finanzdienstleistungen. Lediglich 31 Prozent der Befragten gaben nämlich an, dass ihnen daran liege, wenn ihre Bank flexibel, kundenfreundlich und kulant ist. Genauso vielen ist wichtig, dass ihre Hausbank gute Konditionen und attraktive Finanzdienstleistungen bietet oder über ein umfassendes Serviceangebot verfügt. Erst an vierter Stelle rangiert für die Bayern das Themenfeld Sicherheit und Vertrauen. 27 Prozent der Befragten gaben entsprechend an, dass für sie Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit von Bedeutung seien.

Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, zu den Umfrageergebnissen: „Die Vorstellungen der Bayern von einer idealen Hausbank zeigen, dass die Volksbanken und Raiffeisenbanken auf dem richtigen Weg sind, wenn sie konsequent auf umfassende Betreuung und Beratung ihrer Kunden setzen. Wir werden auch 2009 intensiv daran arbeiten, unsere Position als beratungsstarker Premiumanbieter auszubauen.“

Zur Umfrage: Zielgruppe der Befragung war die voll geschäftsfähige, d.h. erwachsene, in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab 18 Jahren in Bayern. Die Zielpersonen wurden auf der Basis einer mehrstufig geschichteten Zufallsstichprobe ausgewählt. Auf jeder der Auswahlstufen (Gemeinde, Haushalt, Zielperson im Haushalt) wurde streng das Zufallsprinzip angewandt, so dass die Stichprobe ein getreues Abbild der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung ab 18 Jahren widerspiegelt. Die Feldarbeiten fanden in der Zeit vom 6.10. bis 10.10.2008 statt. Insgesamt wurden 1.008 Interviews durchgeführt. Mit der Umfrage war die GMS Dr. Jung GmbH für Markt- und Sozialforschung Hamburg beauftragt.

der betrieblichen Altersversorgung wird die dort „abgemilderte“ Zillmerung durch Verteilung von Abschlusskosten im Wege der Entgeltumwandlung angewendet. Die Arbeitgeberhaftung nach dem Betriebsrentengesetz ist abhängig von der Vertragskonstellation und birgt nach wie vor für ein erhebliches Gefahrenpotential in sich.

GZ: Wie lautet ihr persönliches Fazit?

Fogl: Die betriebliche Altersversorgung ist bei professioneller Implementierung und Abwicklung ein hervorragendes Instrumentarium zur Ergänzung der persönlichen Renteneinkünfte. Die Versicherungswirtschaft hat leider noch nicht in vollem Umfang erkannt, dass die be-

triebliche Altersversorgung eine Maßnahme gegen eine drohende Altersarmut der Arbeitnehmer ist und kein weiterer bloßer Vertriebsweg für teilweise unpassende Finanzprodukte. Versicherungsgesellschaften sind für eine Volkswirtschaft von herausragender Bedeutung, aber nicht, wenn sie massenweise Arbeitgeber in eine missliche Haftungssituation bringen. Auf den Punkt gebracht hat es meiner Meinung nach der Münchner Finanz- und Anlageberater, Rechtsanwalt Dr. Johannes Fiala: „Die Verkäufer von bAV-Lösungsmodellen sind für die allermeisten Fehlberatungen selbst nicht versichert. Solchen „Beratern“ fehlt dann das Bewusstsein für ihre Verantwortung.“

DK

Einlagen und Kredite steigen

Naser: Sparkassen-Geschäftsmodell hat sich bewährt
Eigenkapitalrendite nicht alleiniger Maßstab

Die Finanzmarktkrise zeigt, dass sich das Geschäftsmodell der Sparkassen bewährt. Bis vor kurzem habe es bei einigen vermeintlichen Experten als nicht innovativ genug gegolten. Heute dagegen zeige sich, so Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, die regionalwirtschaftliche Ausrichtung der Sparkassen als ein „Hort der Stabilität“. Die Sparkassen gehen gestärkt aus der Finanzkrise hervor.

Die Bilanzsumme der bayerischen Sparkassen erhöhte sich im Jahresverlauf um 4,2 Prozent auf nunmehr 166,7 Milliarden Euro (Stand 31.12.2008). Die Kundeneinlagen konnten um 3,9 Prozent auf 128,3 Milliarden Euro gesteigert werden. Die Kunden-Kreditbestände erhöhten sich um 1,7 Prozent auf nunmehr 99,8 Milliarden Euro.

Marktführer und wichtigster Partner

Sparkassen wollen auch in Zukunft, so Naser, Marktführer und wichtigster Partner der bayerischen Privat- und Firmenkunden in allen Finanzangelegenheiten sein. Dabei sei die Eigenkapitalrendite nicht alleiniger Maßstab zur Ermittlung des geschäftlichen Erfolges. Stattdessen seien neben betriebswirtschaftlichen Kennzahlen vor allem die Kundenreichweite und die Kundenzufriedenheit entscheidende Stellgrößen. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern komme es

verfolgt. Seit ihrer Gründung konzentrieren sich Sparkassen auf private Kunden sowie mittelständische Unternehmen in ihrem regionalen Geschäftsgebiet. Dies entspricht auch ihrem öffentlichen Auftrag: ein kreditwirtschaftliches Angebot für alle Gruppen der Bevölkerung und den Mittelstand in allen Regionen Deutschlands sicher zu stellen. Wenn ein Sparkassendirektor durch sein Geschäftsgebiet fährt, dann sieht er, wo er zwei Drittel seiner Kundeneinlagen investiert hat.

Sicherheit

Sicherheit ist den Bürgern gerade in der Finanzmarktkrise ein großes Anliegen. 54 Prozent aller Menschen in Deutschland fühlen sich bei den Sparkassen „sehr sicher“. Damit liegen die Institute der Umfrage zufolge vor allen anderen kreditwirtschaftlichen Gruppen. Der Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe sichert den Bestand aller Sparkassen und damit in vollem Umfang auch die Einlagen der Kunden. Dieser Schutz gilt für Einlagen privater und gewerblicher Anleger und ohne betragsmäßige Begrenzung.

BLE

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft
Bayern GmbH
Maria-Wimmer-Str. 3, 81739 München
Telefon 089 / 67 40 37, Telefax 089 / 62 71 51 50
Internet: www.ble-bayern.de
eMail: info@ble-bayern.de

BLE als Partner der Städte und Gemeinden bietet komplette Lösungen

- Erschließungsträger
Wohn-, Gewerbe- und Mischgebiete
- Finanzierung kommunaler Maßnahmen
z. B. Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, Schulen und Kindergärten
- Baulandentwicklung

Ihre Ansprechpartner:

Ulrich Killer Gerd Schrenker

Handwerkerpräsident Heinrich Traublinger:

Binnenkonjunktur ankurbeln!

Handwerksgeschäftsklima deutlich abgekühlt

„Im letzten Quartal des vergangenen Jahres präsentierte sich die Konjunktur in München und oberbayerischen Handwerk gespalten. Während sich die Bauwirtschaft noch ziemlich robust zeigte, spürten die übrigen Branchen schon ein deutlich kühleres Geschäftsklima“, erklärte der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Heinrich Traublinger, bei der Vorstellung der neuesten Konjunkturzahlen in München.

Die Umsätze blieben im vierten Quartal 2008 mit knapp 8,6 Milliarden Euro gegenüber dem Schlussquartal 2007 unverändert. Preisbereinigt ergibt sich ein Minus von mindestens zwei Prozent. Dennoch fällt die Gesamtbilanz für 2008 recht positiv aus: Dank der starken ersten Jahreshälfte konnte das Münchner und oberbayerische Handwerk insgesamt ein nominales Umsatzplus von 4,1 Prozent auf 31 Milliarden Euro erzielen. Nach Abzug der Preissteigerungen bleibt immerhin noch eine Zunahme um 1,6 Prozent.

Rückläufige Investitionen und Auftragsreserven

Die Kapazitätsauslastung der Handwerksbetriebe lag im letzten Quartal 2008 wie im Vorjahr bei 75 Prozent. Neue Aufträge gehen jedoch schleppend ein. Seit September schmolzen die Auftragsreserven deutlich ab, nur 56 Prozent der Betriebe konnten eine konstante oder gar steigende Nachfrage verzeichnen. Der Auftragsbestand reicht durchschnittlich für fünf Wochen. Die zähen Auftragseingänge und die Besorgnis über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sorgen dafür, dass das Stimmungsbild der Handwerker gegenüber dem Vorjahr um drei Punkte nach unten fiel. Noch 72 Prozent schätzen ihre Lage als gut oder befriedigend ein.

Wegen der schlechteren Perspektiven haben die Handwerksbetriebe in München und Oberbayern auch weniger investiert. Im Vergleich zum Schlussquartal 2007 sanken die Ausgaben für Investitionen um zwei Prozent auf 226 Millionen Euro. Im Gesamtjahr 2008 wurde im Kammerbezirk mit 842 Millionen Euro

jedoch mehr investiert als im Vorjahr, das Plus beträgt gut zwei Prozent.

70.600 Handwerksbetriebe

Die Zahl der Handwerksbetriebe im Kammerbezirk lag zum Jahresende bei gut 70.600 und damit im Vorjahresvergleich um 1,4 Prozent höher. Die Betriebe beschäftigten im Jahreschnitt 291.000 Personen, was einen Jobzuwachs von einem

Unwägbarkeiten wagte der Kammerpräsident einen Ausblick auf 2009: „Für das Handwerk in München und Oberbayern erwarten wir im Jahresdurchschnitt 288.000 Beschäftigte, rund ein Prozent weniger als im vergangenen Jahr. Der preisbereinigte Umsatz dürfte innerhalb eines Korridors von einem bis drei Prozent nach unten gehen, wobei wir natürlich stark hoffen, dass der Rückgang möglichst gering ausfällt“, so Traublinger.

Als probates Mittel zur Belebung der Binnenkonjunktur führte der Kammerpräsident den Steuerbonus für Handwerkerleistungen an. Traublinger: „Die Lohnkosten müssen nicht gleich unbegrenzt von der Steuer ab-



Großer Bahnhof für Bernd Lenze: Sogar Ministerpräsident Horst Seehofer erschien zur Verabschiedung des langjährigen Hauptgeschäftsführers der Handwerkskammer für München und Oberbayern sowie des Bayerischen Handwerkstags. Mit bewegenden Worten rühmte Handwerkskammerpräsident Heinrich Traublinger, MdL a. D. den Scheidenden in seiner Dankesrede. Lenzes Nachfolger, Dr. Lothar Semper, betonte, dass der ihm überreichte Staffelstab eine besondere Verpflichtung sei, die von Lenze eingeleiteten Veränderungsprozesse zur Positionierung als kompetenter Dienstleister für die Handwerksbetriebe fortzuführen.

Prozent bedeutete. Die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge verringerte sich zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent auf 10.150.

Insgesamt noch 61 von 100 Betrieben glauben an gute oder befriedigende Geschäfte in den nächsten Monaten. Trotz vieler

setzbar sein, wie dies CDU-Bundestagsfraktionsvize Michael Meister für Haushaltshilfen gefordert hat. Wir fordern aber eine Angleichung der maximalen Steuerermäßigung auf 4.000 Euro.“ Als weiteren Beitrag zur Stärkung der Nachfrage nach Handwerksarbeiten nannte der

und damit 470.000 unter dem Vorjahresmonat. Allerdings hat sich die Zahl der überschuldeten Haushalte seit 1990 auf 3,1 Millionen mehr als verdoppelt. Zudem müsse man davon ausgehen, dass im Zuge der aktuellen Rezession auch die Überschuldung der Privathaushalte wieder ansteigen werde. Erfahrungsgemäß steigt mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa zwei Jahren die Zahl der Privatinsolvenzen.

Verantwortungsvolle Kreditvergabe

Laut Schackmann-Fallis wirken die Sparkassen mit ihrer soliden Geschäftspolitik einer Überschuldung entgegen. Sparkassen achten bei ihrer verantwortungsvollen Kreditvergabe darauf, dass Kunden die entstehenden Belastungen auch tragen können. Zudem bringen die Sparkassen mit einer Reihe von kostenlosen Informations- und Schulungsangeboten den Bundesbürgern den verantwortungsvollen Umgang mit Geld nahe. Dazu gehört der Beratungsdienst „Geld und Haushalt“, der jedes Jahr mehr als eine Million Broschüren und andere Angebote abgibt. Die Sparkassen-Finanzgruppe wendet dafür 1,8 Millionen Euro pro Jahr auf.

Onlineportal der Schuldnerberatung: www.meine-schulden.de

Volumen der LfA-Förderkredite 2008 auf Rekordniveau gestiegen:

Erfolgreichstes Jahr in der Geschichte

Freistaat stellt LfA Risikorahmen von 200 Mio. Euro für Mittelstandsschirm zur Verfügung

Die LfA Förderbank Bayern kann 2008 als erfolgreichstes Jahr ihrer Geschichte verzeichnen: Im vergangenen Jahr hat die Förderbank der bayerischen Wirtschaft Kredite in Höhe von über 2,5 Milliarden Euro zugesagt, 30 Prozent mehr als im Vorjahr und zugleich das höchste Zusagevolumen der LfA überhaupt.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Martin Zeil sieht darin eine Bestätigung, dass die LfA Förderbank sehr gut aufgestellt ist: „Der Kredit-Rekord der LfA zeigt, dass das Förderangebot des Freistaats bei den Unternehmen in Bayern hervorragend ankommt. Die Finanzierungshilfen bieten sehr attraktive Konditionen und sind deshalb die richtigen Anreize für Investitionen. Gerade in der derzeit wirtschaftlich sehr herausfordernden Lage ist die LfA mit ihren attraktiven Finanzierungshilfen wichtiger denn je.“

Mittelstandskreditprogramm

Erneut als bedeutendstes Förderprogramm bewährt habe sich das aus Haushaltsmitteln des Wirtschaftsministeriums zinsverbilligte Mittelstandskreditprogramm. Hieraus konnten - einschließlich der günstigen Ergänzungsfinanzierung der LfA - rund 750 Millionen Euro an Förderkrediten für Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Existenzgründern bereit gestellt werden. Das sind 65 Prozent der gesamten Programmkredite der LfA. „Die Unternehmen haben die gute Konjunkturphase im letzten Jahr genutzt, um in ihre Leistungs- und Zukunftsfähigkeit zu investieren. Viele Betriebe haben sich damit eine gute Ausgangsbasis auch für schwierigere Zeiten geschaffen.“

Mit konsequenten Zinssenkungen hat der Freistaat einen wesentlichen Beitrag zur anhaltenden Attraktivität des Mittelstandskreditprogramms geleistet und die Mittelständler des Freistaats bei ihren Investitionen aktiv unterstützt“, so der Wirtschaftsminister weiter.

Diesen erfolgreichen Weg gehe die Staatsregierung auch in der aktuellen Wirtschaftskrise konsequent weiter. Für eine weiterhin gute Kreditversorgung habe der Freistaat daher zu Jahresbeginn den Bayerischen Mittelstandsschirm aufgespannt. Zeil: „Trotz der schwächeren Auftragslage in vielen Branchen und der risikobewussten Haltung der Hausbanken darf es zu keiner Kreditklemme kommen. Die Staatsregierung stellt deshalb der LfA einen Risikorahmen von 200 Millionen Euro zur Verfügung, um mit Bürgschaften der Förderbank auch bei knappen Sicherheiten für positive Kreditentscheidungen der Hausbanken zu sorgen. Zusammen mit den attraktiven Förderkrediten der LfA sind das starke Impulse für eine auch künftig sichere Mittelstandsfinanzierung.“

Breitenwirkung der Globaldarlehen

Der LfA-Vorstandsvorsitzende Michael Schneider verwies auf die Breitenwirkung der von 450 auf 700 Millionen Euro gewachsenen Globaldarlehen: „Die Förderung des klassischen Mittelstands haben wir auch mit unseren Globaldarlehen ausgebaut. Mit diesen ermöglicht die LfA den Hausbanken auch in Zeiten der Finanzmarktkrise eine zinsgünstige Refinanzierung ihres Mittelstandsgeschäfts.“ Schneider betonte: „Der Zinsvorteil wird dabei in einer Vielzahl von maßgeschneiderten Einzelkrediten voll an die Unternehmen weitergegeben.“

Schließung der Bücher schon nach drei Stunden

Münchener Hypothekbank als bester Pfandbriefemittent des Jahres 2008 ausgezeichnet

Die Münchener Hypothekbank eG hat den international renommierten „Covered Bond of the Year 2008“-Award gewonnen. Ausgezeichnet wurde die Bank für ihre Emission eines 3-jährigen öffentlichen Jumbo-Pfandbriefs über 1 Mrd. Euro im August 2008. Die Transaktion war sehr erfolgreich: Schon nach drei Stunden wurden die Bücher geschlossen. Die Orders kamen von 130 Kunden aus 20 Staaten. Über 40 Prozent der Investoren waren ausländische Zentralbanken.

Transparenz, Flexibilität und Professionalität

Die Jury würdigte besonders die hohe Expertise der Bank sowie die Transparenz, Professionalität und Flexibilität in der Betreuung der Investoren. Die

Transaktion der MünchenerHyp habe die breiteste internationale Verteilung einer Covered-Bond-Transaktion seit über einem Jahr aufgewiesen.

Seltene Ehre

„Die Auszeichnung belegt das sehr gute Emissionsstanding der MünchenerHyp im internationalen Kapitalmarkt sowie unsere Position als verlässlicher Pfandbriefemittent“, sagte Klaus Sturm, für das Kapitalmarktgeschäft zuständiges Vorstandsmitglied der Münchener Hypothekbank, anlässlich der Preisverleihung.

Der Preis wird jährlich vom Fachmagazin International Financing Review verliehen. An einen deutschen Pfandbriefemittenten wurde dieser zuletzt im Jahr 2002 vergeben.

S-Finanzgruppe verstärkt Förderung der Schuldnerberatungsstellen

Als einzige kreditwirtschaftliche Gruppe fördert die Sparkassen-Finanzgruppe die Schuldnerberatungsstellen jährlich mit 5,4 Millionen Euro. Diese Unterstützung soll jetzt nochmals ausgebaut werden. Der Beratungsdienst „Geld und Haushalt“ der Sparkassen-Finanzgruppe fördert das erste Online-Beratungsinstrument, hinter dem ein bundesweites Netzwerk von Schuldnerberatungsstellen steht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung hat dieses Online-Beratungsinstrument entwickelt und stellt es ab sofort seinen Mitgliedern zur Verfügung. Damit erleichtern die Schuldnerberatungen überschuldeten Menschen die Kontaktaufnahme und bieten im ersten Schritt anonyme Informationen über das Internet an.

„Die Sparkassen stehen zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und tragen dazu bei, die Kunden vor Überschuldung zu schützen. Dabei sind Sparkassen gemessen an ihrem Marktanteil deutlich seltener als andere Kreditinstitute Gläubiger überschuldeter Haushalte“, sagte Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), bei der Vorstellung der „Schuldnerberatung online“ in Berlin.

Anlass zur Sorge

„Das Angebot seriöser Onlineberatung durch professionelle Schuldnerberatungsstellen ist immer noch unterrepräsentiert. Mit ‚Schuldnerberatung online‘ schließen wir eine Lücke und steigern die Leistungsfähigkeit der Schuldnerberatungsstellen vor Ort“, sagte Werner Sanio, Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung.

Die Überschuldung der privaten Haushalte in Deutschland gibt nach Auskunft des DSGV nach wie vor Anlass zur Sorge, auch wenn die wirtschaftlichen Rahmendaten der zurückliegenden Jahre durchaus positive Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Privathaushalte hatte.

Überschuldete Haushalte

Derzeit profitiert man von der bis zum Herbst 2008 stabilen konjunkturellen Situation, die zu einer deutlichen Zunahme der Beschäftigung geführt habe. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren mehr als 40 Millionen Menschen in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Im Zuge dessen haben die Bundesbürger ihre Schulden im Jahr 2007 um 19 Mrd. Euro zurückgeführt. Nach Aussagen von Experten lag die Zahl der überschuldeten Bundesbürger im Oktober 2008 bei 6,9 Millionen

Bayerische Landessiedlung
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU

Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Thüngersheim, Unterfranken
Flächennutzungsplan und Landschaftsplanung

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Städtebauliche Verträge:

Sicherungsmöglichkeiten für die Gemeinde

Von Rechtsanwalt Diethard Schinzel, Berufsmäßiger Stadtrat a.D., Rosenheim

Städtebauliche Verträge und die Zusammenarbeit mit Privaten haben sich zwischenzeitlich bei vielen Projekten bewährt. Sie stellen für die Gemeinden wirksame Instrumente dar, zusammen mit geeigneten Investoren die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung einer Gemeinde voran zu bringen. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu agieren. Vor allem der vorhabenbezogene Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB eröffnet auf den konkreten Einzelfall zugeschnittene Vorhaben, die je nach Projekt und Rechtslage sogar im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB bzw. beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB realisiert werden können.

Leider mehren sich aber auch die Fälle, in denen die Gemeinden auf Kosten „sitzen bleiben“, weil sie entweder vertraglich oder durch entsprechende Sicherheiten nicht rechtzeitig vorgesorgt haben oder überhaupt einen ungeeigneten Vertragspartner ausgewählt haben.

Klarheit verschaffen

Bei jedem städtebaulichen Vertrag muss sich die Gemeinde also von vornherein, auch aus kommunalrechtlicher Sicht, Klarheit darüber verschaffen, ob der Vertragspartner bereit und in der Lage sein wird, die gesetzlichen und mit ihm vereinbarten vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Wichtig zu klären ist auch die Frage, ob er die privatrechtliche Verfügungsbefug-

nis besitzt bzw. sichergestellt ist, dass er sie bekommen wird.

Bebauungsplan

Beim vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist dies ausdrücklich in § 12 BauGB geregelt. Nach dieser Vorschrift hat die Gemeinde zu prüfen, ob der Vorhabenträger auf der Grundlage eines mit der Gemeinde abgestimmten Plans zur Durchführung des Vorhabens und der Erschließungsmaßnahmen (Vorhaben- und Erschließungsplan) bereit und in der Lage ist und sich zur Durchführung innerhalb einer bestimmten Frist und zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten ganz oder teilweise vor dem Satzungsbeschluss nach § 10 Abs. 1 BauGB verpflichtet (Durchführungsver-

trag). Diese Bestimmungen können, weil rechtlich zulässig und wirtschaftlich sachgerecht, sinngemäß auch bei den städtebaulichen Verträgen gemäß § 11 BauGB Anwendung finden.

Geeignete Instrumente

Die Gemeinde ist auch zur Prüfung der wirtschaftlich-finanziellen Leistungsfähigkeit berechtigt und verpflichtet. Als geeignete Instrumente bieten sich in diesem Zusammenhang z. B. fundierte Selbstauskünfte über die wirtschaftliche Situation des Vertragspartners an, um eine Bonitätsprüfung durchführen zu können, unwiderrufliche und unbedingte Kreditzusagen geeigneter Banken und erfolgreich abgeschlossene Referenzobjekte. Es ist zusätzlich ratsam, sich gleich am Anfang des Verfahrens ein

BAU 2009 in München:

Von Krisenstimmung keine Spur

Rückenwind für die Bauwirtschaft - Besucheransturm sorgt für bestes Ergebnis in der BAU-Geschichte

Mit 211.000 Besuchern stellte die BAU 2009 vom 12. bis 17. Januar auf dem Gelände der Neuen Messe München zum zweiten Mal in Folge einen neuen Rekord auf und ließ somit keine Krisenstimmung aufkommen. Von der Finanz- und Wirtschaftskrise, so der einhellige Tenor der Aussteller, war in den Messehallen nicht viel zu spüren. Die Besucher aus aller Welt, darunter mehr als 36.000 internationale Gäste, kamen aus 151 Ländern. An sechs Messetagen präsentierten sich auf Europas wichtigster Fachmesse für Architektur, Materialien und Systeme 1.924 Aussteller aus 42 Ländern.

Neben Deutschland stellten Österreich, die Schweiz, Italien, Slowenien, die Tschechische Republik, Russland, Polen, der Iran, Frankreich und die Türkei die meisten Besucher. Auch aus außereuropäischen Ländern wie China und Japan kamen überdurchschnittlich viele Interessenten – ein deutliches Indiz für den hohen Stellenwert, den die BAU auch außerhalb Europas genießt. 96 Prozent aller Besucher bewerteten die Messe mit „ausgezeichnet bis gut“.

Leitmessecharakter

Gelobt wurden insbesondere die Vollständigkeit und Breite des Angebots, die Präsenz der Marktführer, die Übersichtlichkeit sowie die Internationalität der Aussteller. Die Bewertung dieser einzelnen Kategorien übertraf noch einmal das ohnehin schon hohe Niveau der BAU 2007. Unbestritten ist der Leitmessecharakter der BAU, den ihr praktisch alle Besucher bescheinigten. Ebenso wurden fast alle Besucher bei der Suche nach Neuheiten fündig. Über 90 Prozent erklärten außerdem, bei der Pflege von Geschäftsbeziehungen und der allgemeinen Marktorientierung erfolgreich gewesen zu sein.

schriftliche Erklärung über die Mitwirkungsbereitschaft einschließlich der Übernahme der noch zu konkretisierenden Kosten geben zu lassen bzw. einen entsprechenden Vorvertrag zu schließen. Erst dann sollte der Einleitungsbeschluss bzw. Bebauungsplanaufstellungsbeschluss gefasst werden.

Schutz vor ungedeckten Kosten

Nachdem im Vorfeld von städtebaulichen Maßnahmen häufig lediglich Projektentwickler tätig sind, sollte sich die Gemeinde vor größeren Aufwendungen für Planer und Gutachter und vor wichtigen Planungsschritten auch bei diesen durch eine schriftliche Vereinbarung vor ungedeckten Kosten in dieser Planungsphase schützen. Solche anfallenden Kosten können z. B. durch Vorauszahlungen, durch Leistungen auf ein Treuhandkonto oder eine geeignete Bürgschaft abgesichert werden. Auch sollte die Gemeinde frühzeitig darauf bestehen, den Investor benannt zu bekommen, evtl. schon diesen vertraglich zu verpflichten und mit diesem dann den endgültigen städtebaulichen Vertrag schließen.

Die Gegenstände eines städtebaulichen Vertrags gemäß § 11 BauGB sind, wie sich aus „insbesondere“ in Abs. 1 S. 2 dieser Vorschrift ergibt, dort nicht abschließend aufgezählt. Die beispielhafte Konkretisierung möglicher Inhalte reichen von der Vorbereitung oder Durchführung städtebaulicher Maßnahmen, die der Vertragspartner ganz oder teilweise auch auf eigene Kosten durchführen kann, über die Planverwirklichung, die Folgekostenregelung bis hin zu Klimaschutz und Energieeinsparung.

Fristen einhalten

Der Durchführungsvertrag gemäß § 12 BauGB beinhaltet zusätzlich vor allem die Realisierung des Vorhabens innerhalb einer bestimmten Frist. Der Durchführungsvertrag ist zwischen dem Vorhabenträger und der Gemeinde vor dem Satzungsbeschluss, also spätestens vor dem Beschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu schließen. Dieser „späteste“ Abschluss von städtebaulichen Verträgen ist im Hinblick auf § 11 Abs. 2 S. 2 BauGB wegen der Wirkung von § 33 BauGB auch bei den sonstigen Bebauungsplänen zu beachten.

Im Rahmen der Projektentwicklung sollte die Gemeinde anstreben, dass ihr bereits vor der Auslegung des Bebauungsplans auch eine verbindliche schriftliche Grundsatzklärung zur Erfüllung der wesentlichen Vertragsinhalte und zur Übernahme der möglichst konkretisierten Kosten seitens des Vertragspartners vorliegt.

Schriftform

Der städtebauliche Vertrag bedarf gemäß § 11 Abs. 3 BauGB der Schriftform, soweit nicht durch Rechtsvorschriften eine andere Form vorgeschrieben ist, wie bei z. B. bei Grundstücksgeschäften notarielle Beurkundung nach § 311 b BGB. Die Vertragsunterzeichnung mit den endgültigen Inhalten hat dann spätestens vor der Beschlussfassung über den Bebauungsplan zu erfolgen. Zusätzlich zur Absicherung der Gemeinde in den einzelnen Verfahrensschritten hat sie zahlreiche weitere Gestaltungsmöglichkeiten, die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen zu sichern und ihr Risiko zu mindern. Vorrangige Bedeutung haben bei der Sicherstellung die im öffentlichen Interesse liegenden Maßnahmen.

Vor allem üblich sind Bankbürgschaften, die unwiderruflich, unbefristet, selbstschuldnerisch und unbedingt ausgestaltet

sentiert, die speziell auf ältere Menschen oder Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen zugeschnitten sind.

Bauen im Bestand

Angesichts stagnierender Bevölkerungszahlen, hinreichender Wohnversorgungs- und einer in vielen Ländern verhaltenen Entwicklung im Wohnungsneubau gewinnt das Thema Bauen im Bestand in ganz Europa immer mehr an Bedeutung. Für die Bauwirtschaft spielt die Modernisierung und Instandsetzung des Gebäudebestandes eine zunehmend größere Rolle. Rund 60 Prozent der gesamten Wohnungsbauinvestitionen werden hierzulande bereits im Bestand erbracht. Ganze Branchen, vom Großkonzern bis zum kleinen Handwerksbetrieb, machen mit Bestandsmaßnahmen mittlerweile den Großteil ihres Umsatzes.

In Deutschland bietet sich hier ein weites Betätigungsfeld, denn etwa zwei Drittel der Wohnungen sind älter als 25

werden können. Eine besondere Ausprägung ist eine „Bürgschaft auf erste Anforderung“, bei der die Gemeinde vom Bürgen bereits nach Erfüllung nur bestimmter formaler Voraussetzungen Zahlung verlangen kann. Der Bürgschaftsbetrag kann je nach Vertragserfüllung reduziert werden. Auch Vertragsstrafen können unter Beachtung des Angemessenheitsgrundsatzes gemäß § 343 BGB vor allem zur Sicherung von Fristen vereinbart werden. Ein weiteres gängiges Sicherungsmittel stellt nach den einschlägigen Bestimmungen der Verwaltungsverfahrensgesetze die Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag dar.

Sicherungsmittel

Rechtzeitige Grundstücksüberreibungen und Bestellung von Dienstbarkeiten für Baulasten, ggf. gesichert durch vorrangige Vormerkungen, müssen ebenfalls bedacht werden. Als Sicherungsmittel kommt auch eine Sicherungsübertragung von Grundstücken in Betracht. Auch Ankaufs-, Wiederkaufs- und Vorkaufsrechte, ggf. limitiert, können sachgerecht und zweckmäßig sein. Grundsätzlich können auch eine Sicherungshypothek oder Sicherungsgrundschuld erwogen werden. Auch in diesen Fällen ist auf eine vorrangige Rangstelle zu achten.

Bankgarantien, auch hier gibt es „Bankgarantien auf erstes Anfordern“, und Patronatserklärungen bei Tochtergesellschaften von Unternehmen mit einer Bandbreite von „weichen“ bis „harten“ Erklärungen runden die Sicherungsmöglichkeiten einer Gemeinde bei den städtebaulichen Verträgen ab. Im städtebaulichen Vertrag sollten auch die Haftungsfragen geregelt und für einen ausreichenden Versicherungsschutz gesorgt werden.

Angemessene Leistungen

Die vereinbarten Leistungen müssen gemäß § 11 Abs. 2 BauGB den gesamten Umständen nach angemessen sein, was auch für die zu erbringenden Sicherheiten gilt. Die Gemeinde hat daher zu prüfen, welches Sicherungsmittel, das individuell ausgehandelt werden muss, im konkreten Fall zweckmäßig und geeignet ist und nicht gegen das Übermaßverbot verstößt bzw. den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit missachtet. Eine wahrhaft nicht immer leichte Aufgabe, denn es gilt ja auch, einen ausgewogenen Interessenausgleich zu finden und den Investor nicht von Beginn an abzuschrecken bzw. zu überfordern. □

Jahre. In Europa liegt der Anteil der Bauleistungen im und am Bestand bei rund 50 Prozent. Insbesondere für mittlere und kleinere Unternehmen und Handwerksbetriebe tut sich damit ein attraktives und zukunfts-trächtiges Geschäfts- und Arbeitsfeld auf. Im speziellen Ausstellungsbereich „Bauen im Bestand“ waren alle Initiativen und Aktivitäten auf nationaler wie auf europäischer Ebene zusammengefasst.

Europaweite Initiativen und Aktivitäten

Themen waren beispielsweise: Gebäuediagnose; Barrierefreies Bauen; Schäden erkennen, Mängel beseitigen; Energieparendes Bauen; Vorschriften und Gesetze der Gebäudemodernisierung; Finanzierung und Förderung.

Unter dem Motto „Marktplatz Bauen im Bestand“ fanden täglich Vorträge, Seminare und Workshops statt. Insgesamt standen – kostenlos und für jeden zugänglich – mehr als 50 Vorträge auf dem Programm. DO

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Auswirkungen eines abgeschlossenen Bausparvertrages der Gemeinde

Aufgrund eines abgeschlossenen Bausparvertrages zahlte eine Gemeinde an die Bausparkasse zunächst 285.000 € als Sparbeiträge. Später berief sich die Gemeinde dann auf die erforderliche, aber fehlende kommunalaufsichtliche Genehmigung und verlangte die Rückzahlung der eingezahlten Sparbeiträge in voller Höhe. Dazu war die Bausparkasse aber nicht bereit; sie kürzte den geltend gemachten Auszahlungsanspruch um die Abschlusskosten in Höhe von 48.000 €. Dies wollte die Gemeinde nicht hinnehmen. Sie machte klageweise einen Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung geltend.

Mit diesem Sachverhalt hat sich das Oberlandesgericht Karlsruhe im Urteil vom 6.5.2008 – 17 U 100/07 – befasst. Es kam darauf an, ob in dem Abschluss des Bausparvertrages eine Kreditaufnahme zu sehen war. Allein die Tatsache, dass der Bausparvertrag mit dem Ziel abgeschlossen worden war, nach vertragsgemäßer Entrichtung des Sparbetrags den zinsgünstigen Baukredit zu erlangen, führte noch nicht zu einer genehmigungspflichtigen Kapitalaufnahme.

Sparvertrag mit Kreditanwartschaft

Bei einem Bausparvertrag handelt es sich nämlich nur um einen Sparvertrag mit einer Kreditanwartschaft. Die spätere Kreditgewährung ist zwar wirtschaftlich gesehen ein wesentlicher Bestandteil des Sparvertrages, doch liegt rein haushaltsrechtlich die Kreditaufnahme erst bei der Annahme der Zuteilung auf Abruf des Sparvertrages vor.

Der Abschluss eines Bauspar-

vertrages durch eine Gemeinde bedarf deshalb keiner Genehmigung der Kommunalaufsicht.

Schutz vor Selbstgefährdung

Zwar ist der Abschluss eines Bausparvertrages – insbesondere bei einer Tarifvariante mit niedrigen Ansparszinsen ohne Inanspruchnahme eines späteren Kredits – wirtschaftlich vielleicht nicht sinnvoll. Sinn und Zweck der in den Gemeindeordnungen enthaltenen Genehmigungspflichtigkeit bei Kreditaufnahmen ist aber nicht der Schutz der Kommunen vor unwirtschaftlichen Geschäften, sondern die Regulierung der Kreditaufnahmen unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft und der Schutz vor finanzieller und wirtschaftlicher Selbstgefährdung.

So war der Abschluss des Sparvertrages ohne kommunalaufsichtliche Genehmigung wirksam, so dass die Bausparkasse nicht verpflichtet war, der Gemeinde die vorgenommenen Einzahlungen in voller Höhe zu erstatten. Dr. O.

ISW

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

ISW-Veranstaltungen im Frühjahr 2009 zu folgenden Themen:

Bebauungsplan, städtebauliche Verträge, Bayerische Bauordnung 2008/2009, Vergaberecht, integrierte Planung, Energiewende, Handlungs- und Kommunikationskompetenz, Flächensparende Siedlungsentwicklung

Bitte informieren Sie sich unter www.isw.de

Ausbau von Truppenübungsplätzen:

Willkommen in „New Town“

Eschenbach (obx) – Eine strategische Neuausrichtung der US-Streitkräfte bringt der Oberpfalz noch bis zum Jahr 2010 einen gigantischen Bauboom: Mit einer Gesamtsumme von 1,2 Milliarden Euro werden auf den Truppenübungsplätzen nahe Grafenwöhr, Vilseck und Hohenfels sowie in der unmittelbaren Nachbarschaft militärische und zivil genutzte Gebäude instand gesetzt und neu gebaut. Das erste große Einzelprojekt ist nun fertig gestellt worden. Auf dem Netzberg am Rand der Stadt Eschenbach wurden 832 Doppel- und Reihenhäuser an die US-Armee übergeben.

Ausgelöst wurde die Milliardeninvestition durch die Militärs der Vereinigten Staaten. Die Planer im Pentagon schlossen zwar eine Reihe von Kasernen in Deutschland, in der nördlichen Oberpfalz wurde die Präsenz der US-Truppen jedoch deutlich erhöht: In Vilseck steht die im Jahr 2006 begonnene Neustationierung einer 3500

ationalen Kampf gegen den Terrorismus“ eingesetzt, insbesondere im Irak.

Unterkünfte und Verwaltungsgebäude

In der Region um Vilseck, Grafenwöhr und Hohenfels unterhält die US-Armee auf einer Gesamtfläche von 37.000 Hek-

Zudem wird die Infrastruktur mit einem Einkaufszentrum von gigantischen Ausmaßen, Sportanlagen und Gemeinschaftseinrichtungen erweitert. Und es müssen insgesamt 1800 Wohnungen für Soldaten und deren Familienangehörige geschaffen werden. Von den Gesamtkosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro stammen 650 Millionen Euro aus dem US-Verteidigungsetat, etwa 580 Millionen Euro steuern private Investoren bei.

Neue Kleinstadt mit über 800 Häusern

So ist nun im Auftrag der dänischen Investorengruppe „Nordica“ die „New Town“ bei Eschenbach entstanden, wahrlich eine neue Kleinstadt mit 832 Häusern, dazu ein Schulkomplex für bis zu 1600 Schüler, ein Kindergarten, ein Jugendzentrum und ein Gebäude für Andachten aller Religionsgemeinschaften. Vor kurzem sind dort die ersten US-Familien in ihre neuen Häuser eingezogen, die zwischen 130 und 180 Quadratmeter Wohnfläche bieten. Das Wohngebiet ist in zwölf kleine Siedlungen unterteilt, die durch viel Grün von-

einander getrennt und mit Straßen verbunden sind, die nach Berühmtheiten der US-Zeitgeschichte benannt sind, unter anderem nach dem früheren Außenminister Henry Kissinger, dem Bürgerrechtler Martin Luther King und dem Präsidenten John F. Kennedy. Gemäß den hohen Sicherheitsstandards des US-Militärs wird die „New Town“ streng bewacht. Rundherum verläuft ein massiver Zaun. Die aus dickem Beton bestehenden Häuser sind mit Alarmanlagen gesichert.

Zweijährige Bauzeit

Innerhalb von zwei Jahren – und damit früher als zunächst geplant – hat das Bauunternehmen Zapf aus Bayreuth das 200 Millionen Euro teure und 60 Hektar riesige Wohngebiet aus dem Boden gestampft – vom Bau der Straßen bis zum Haken an der Garagenwand und dem Aufstellen von Schaukeln auf den Kinderspielplätzen.

Diplomatisches Tauziehen im Vorfeld

Dem gigantischen Projekt ging ein diplomatisches Tauziehen voraus: Die dänischen Investoren verlangten eine 20-jährige Mietgarantie, das US-Verteidigungsministerium wollte sich jedoch nur auf zehn

Jahre festlegen. Das gesamte Projekt drohte zu scheitern. Schließlich sprangen die Bundesregierung und der Freistaat Bayern für weitere zehn Jahre mit einer Vermietungsgarantie ein, deren Gegenwert etwa 166

Millionen Euro beträgt. Unter dessen wird bereits „New Town“ Nummer zwei geplant: Im Grafenwöhrer Stadtteil Hütten sollen nochmals 300 Häuser für Angehörige der US-Streitkräfte entstehen. □



In der nördlichen Oberpfalz investieren die Vereinigten Staaten und private Investoren 1,2 Milliarden Euro in den Ausbau von Truppenübungsplätzen. Eines der ersten Großprojekte ist fertig gestellt: die „New Town“, ein streng bewachtes amerikanisches Wohnviertel mit 832 Häusern. Foto: obx-news

Soldaten starken Brigade kurz vor dem Abschluss. Etwa 5000 Familienangehörige von GI's ziehen ebenfalls in die Oberpfalz um. Das mit 300 Radpanzern des Typs „Stryker“ ausgerüstete Truppenkontingent ist – so die offizielle Darstellung der US-Militärs – „im interna-

tar ihre größten Trainingsmöglichkeiten außerhalb der Vereinigten Staaten. Im Zusammenhang mit der Stationierung der „Stryker“-Brigade wurden vor zwei Jahren zahlreiche Bauarbeiten begonnen: Unterkünfte und Verwaltungsgebäude werden saniert oder neu gebaut.

Schwerpunkte bei der Förderung des ländlichen Raums:

Städtebauliche Entwicklung und Infrastruktur

Tagung der Evangelisch-Lutherischen Landessynode in Bayern in Bischofsheim

„Die Förderung des ländlichen Raums ist ein wichtiges Anliegen der Bayerischen Staatsregierung. Mit unserem 'Aktionsprogramm Bayerns ländlicher Raum' setzen wir wichtige Impulse bei der Siedlungsentwicklung sowie der Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur. Ich bin überzeugt: Das Geld, das wir in den ländlichen Räumen einsetzen, ist gut angelegtes Geld. Es ist eine nachhaltige Zukunftsinvestition und kommt den Menschen in diesen Regionen unmittelbar zu Gute,“ sagte Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß bei der Tagung Ländliche Räume der Evangelischen-Lutherischen Landessynode in Bayern in Bischofsheim.

Dr. Weiß, der Mitglied im Staatssekretärausschuss für den ländlichen Raum ist, betonte die große Bedeutung der ländlichen Räume im Flächenstaat Bayern. Diese würden rund 85 Prozent der Landesfläche mit gut 57 Prozent der bayerischen Bevölkerung umfassen. In den Betrieben der ländlichen Regionen würden mehr als die Hälfte (53 Prozent) des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet.

Der Innenstaatssekretär: „Die ländlichen Räume sind Zukunftsregionen. Sie haben das Potential, um auch große Herausforderungen meistern zu können. Dabei steht ihnen die Bayerische Staatsregierung als verlässlicher Partner zur Seite. Im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums haben wir uns für 2009/2010 folgende Schwerpunkte gesetzt: Wir wollen die städtebauliche Entwicklung weiter unterstützen. Wir wollen, dass Städte, Märkte und Dörfer attraktiv gestaltet werden. Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit stärken und wir wollen ein leistungsfähiges Straßennetz sichern.“

Der Staatssekretär betonte, dass beträchtliche finanzielle Mittel in den ländlichen Raum fließen würden. So seien in den Jahren 2003 bis 2007 in die Gemeinden des ländlichen Raums mit insgesamt über 336 Millionen Euro rund zwei Drittel (65 Prozent) aller für die Städtebauförderung zur Verfügung stehenden Mitteln eingesetzt worden. Dies seien im Durchschnitt 67 Millionen Euro pro Jahr gewesen.

Weiß: „Den 2007 erreichten Spitzenwert beim Förderanteil des ländlichen Raums von fast 71 Prozent bzw. 82 Millionen Euro konnten wir 2008 auf über 73 Prozent noch weiter steigern. In diesem einen Jahr wurden von insgesamt 147 Millionen Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln über 107 Millionen Euro für städtebauliche Erneuerungsmaßnahmen in ländlichen Räumen eingesetzt – das ist ein absoluter Spitzenwert. Mit den Investitionen setzen wir ein wichtiges positives Signal, das die Attraktivität des ländlichen Raums für Wohnen, Einzelhandel und Dienstleistung dauerhaft steigert.“ □

Barrierefreies Eigenheim statt Altersheim

Regiohaus zeigt, wie attraktiv seniorengerechtes Wohnen sein kann

Memmingen/München (jm). Wohnen im Alter wird angesichts der demographischen Entwicklung ein immer wichtigeres Thema, auch wenn es die Baubranche und die Kunden häufig noch unterschätzen. Wie altengerechtes Bauen abseits von Seniorenresidenzen aussehen kann, zeigt die Firma Regiohaus mit einem barrierefreien Privathaus im Münchner Vorort Stockdorf.

Als sich Paul Kubitscheck und seine Frau dazu entschlossen, auf ihrem 1200 Quadratmeter großen Grundstück ein neues Haus zu bauen, stand der Wunsch im Vordergrund, dort auch noch möglichst lange wohnen zu können. „Viele ältere Menschen müssen früher oder später ihre Häuser verkaufen“, hat der 64-Jährige festgestellt. „Weil sie dort wegen der vielen Stufen oder zu enger Türen nicht mehr wohnen können.“ Noch sind Herr und Frau Kubitscheck sehr gut zu Fuß und erfreuen sich bester Gesundheit. „Aber das kann sich schnell ändern“, macht sich der Ingenieur nichts vor. Sein Bruder sei Rollstuhlfahrer, erzählt Paul Kubitscheck. Er wisse daher um die Hindernisse, die das Leben in den eigenen vier Wänden zur täglichen Herausforderung machen können.

Mietwohnungen als Nische

Barrierefrei – so sollte das neue Haus auf dem idyllischen Flecken am Ufer der Würm sein. Und die Kubitschecks entschieden sich für ein Vier-Familienhaus. Eine der vier jeweils 100 Quadratmeter großen Wohnungen wollten sie nach Fertigstellung selbst beziehen, die anderen drei zur Finanzierung des Projekts vermieten – auch an ältere Menschen. „Mit barrierefreien Mietwohnungen hebt man sich vom Angebot anderer Vermieter ab“, meint Paul Kubitscheck. „Das ist eine Nische.“

Generalunternehmer

Als es darum ging, einen geeigneten Generalunternehmer zu engagieren, fiel die Wahl auf Regiohaus. Zum einen, weil der Spezialist für bezugsfertiges Bauen zu 100 Prozent auf Kundenwünsche eingehe, wie Paul

Kubitscheck betont. Außerdem habe man eine Firma gesucht, „die gehobenen Qualitätsanforderungen gerecht wird“.

Inzwischen sind alle vier Wohnungen bewohnt. Jede ist mit einem Aufzug erreichbar. Sämtliche Türen haben eine Breite von einem Meter und liegen damit weit über dem Standard, der lediglich 81 Zentimeter breite Türen vorsieht. Es gibt keine Stufen und die Türgriffe wurden in einer Höhe von 90 Zentimetern angebracht, damit sie auch ein Rollstuhlfahrer problemlos erreichen kann. Und die Bäder wurden ebenfalls behindertengerecht geplant und eingerichtet. Der Hauseingang ist über eine Rampe zu erreichen. Der Bauherr und die Planer achteten auf kleinste Details.

Ungewöhnliches Objekt

Regiohaus-Geschäftsführer Reto Lehmann spricht von einem ungewöhnlichen, deshalb umso interessanteren Objekt. „Wir bauen dem Kunden exakt das Haus, das er sich wünscht – auch in diesem Fall“, erklärt Regiohaus-Geschäftsführer Reto Lehmann. Er ist überzeugt davon, dass sein Unternehmen angesichts der steigenden Zahl von älteren Menschen in naher Zukunft weitere barrierefreie Häuser errichten werde. Noch würden viele Interessenten, die im Alter zwischen 50 und 60 Jahren ein Haus bauen, nicht so weit denken wie die Kubitschecks. „Aber das wird sich ändern“, ist sich Lehmann sicher.

Paul Kubitscheck sieht das genauso. Von allen Seiten wird ihm und seiner Frau große Weitsicht attestiert. Und im Bekannten- und Freundeskreis war das Interesse am neuen Haus vom ersten Tag an groß.

Weitere Informationen unter <http://www.regiohaus.de> □

FACHMESSE 09

FREIRAUM
ERLEBEN ERFAHREN GESTALTEN

Zukunftsorientierte
Freiraumplanung •
Mobilität und Stadtentwicklung • Beton als innovativer Werkstoff • Nachhaltigkeit und Instandhaltung • Klimaschutz und Ökologie • Barrierefreiheit • Öffentlicher Raum und Infrastruktur •

Diese und viele weitere Aspekte der Freiraumgestaltung sind am **23. und 24. April 2009** Themen der **FREIRAUM 09-** Forum für einen praxisnahen, lebendigen Austausch zwischen Planern, Kommunen, Garten- und Landschaftsbauern und Händlern.



GODELMANN
PFLASTERSYSTEME

WWW.FREIRAUM-GODELMANN.DE

BETONWERK GODELMANN KG
Industriestraße 1 · 92269 Högling
Tel. 0 94 38/94 04 - 0 · Fax 0 94 38/94 04 - 70
www.godelmann.de

Nachdenken über Wasser

Veranstaltung des Kreisverbandes Fürstfeldbruck im Bayerischen Gemeindetag

Der Kreisverband Fürstfeldbruck des Bayerischen Gemeindetages hatte seine Mitglieder zum Nachdenken über „Wasser“ eingeladen. Der Verbandsvorsitzende, Bürgermeister Johann Thurner aus Mammendorf und Dr. Klaus Arzet, Leiter des Wasserwirtschaftsamtes München, planten gemeinsam dieses Treffen, um auf die Bedeutung einer gut funktionierenden Wasserversorgung hinzuweisen und auf Chancen zum Qualitätserhalt durch mehr Zusammenarbeit hinzuwirken.

Natürlich ist es allen klar, dass man sich, insbesondere in Oberbayern, auf sehr günstige Wasserressourcen stützen kann. Die Wasserqualität ist überwiegend ausgezeichnet und das verfügbare Dargebot an Trinkwasser auch für die Zukunft gesichert.

Auch im Freistaat besteht Handlungsbedarf

Auch wenn man in Bayern die Auswirkungen des Klimawandels spüren wird, so wird es auch zukünftig nicht an ausreichenden Trinkwasserreserven mangeln. Dennoch sollte nicht verkannt werden, dass selbst im „Wasserland Bayern“, so der Titel einer Broschüre des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit über nachhaltige Wasserwirtschaft in Bayern, Handlungsbedarf zur Sicherung

Würzburger Wasserforum:

Vernetztes Denken und Handeln

Ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit stand das 4. Würzburger Wasserforum der Aktion Grundwasserschutz auf der Festung Marienberg. Titel der Veranstaltung: „Partner gesucht! Vom Grundwasserschutz zur nachhaltigen Regionalentwicklung“. Der Einladung, die sich gezielt an Vertreter von Wasserversorgungsunternehmen und Kommunen, von Handel, Handwerk und Verarbeitungsbetrieben, von Schulen, dem unterfränkischen Schullandheimwerk, aus der Landwirtschaft sowie von Behörden und Verbänden, der Universität Würzburg und kirchliche Einrichtungen richtete, folgten über 130 Gäste.

In seiner Eröffnungsrede machte Regierungspräsident Dr. Peter Beinhofer deutlich, dass die nachhaltige Regionalentwicklung eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist, der man sich in Unterfranken stelle. Ein Paradebeispiel sei dabei die Aktion Grundwasserschutz, die hierfür weitere Partner sucht. Trinkwasser aus sauberem Grundwasser sei die wichtigste Lebensgrundlage. Neben technischen Maßnahmen erfordere dies aber eben auch ein vernetztes Denken und Handeln. Und genau hierfür strebe die Aktion verschiedene regionale Kooperationen an: für Aufklärung und Bildung, für eine nachhaltige Landwirtschaft, für einen Wandel durch bewusstes Einkaufen.

Bayerischer Weg für nachhaltige Zukunft

Bayerns Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, stellte den bayerischen Weg für eine nachhaltige Zukunft vor. Söder bezeichnete Wasser als ein zentrales Thema seines Ministeriums, das die Gratwanderung zwischen Wirtschaftlichkeit und Erhalt des Naturhaushalts meistern müsse. Schließlich würden die Folgen des Klimawandels diejenigen der aktuellen Finanzkrise weit in den Schatten stellen.

Mit der Aktion sei man in Unterfranken auf dem richtigen Weg, was sich auch an der zweifachen Auszeichnung als Dekadeprojekt der Vereinten Nationen zeige. Hier sei ein Kompetenzzentrum entstanden, an dessen Zielen sich möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Bürger aktiv beteiligten sollten, stellte Markus Söder fest.

der Wasserversorgung besteht.

Zunächst erläuterte Dr. Klaus Arzet, dass aufgrund gestiegener Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung jedes, auch das kleinste Wasserversorgungsunternehmen Vorsorge hinsichtlich der Versorgungssicherheit treffen muss. Hierfür bietet der Freistaat seine beratende Unterstützung an. Eine sehr gute Möglichkeit zur Beibehaltung sowohl der Trinkwasserqualität als auch der Steigerung wirtschaftlicher Effizienz bietet die Teilnahme an der Bayern weiten Kampagne einer Effizienz- und Qualitätsuntersuchung der Wasserversorgungsunternehmen (kurz „Eff-WB“).

Von den Besten lernen

Anhand von Kennzahlen wird festgestellt, wie das jeweilige

Versorgungsunternehmen, die jeweilige Gemeinde, im Vergleich zu den anderen Teilnehmern steht. In erster Linie geht es dabei darum, sich einen realistischen Überblick über die eigenen Verhältnisse zu verschaffen mit dem Ziel „von den Besten zu lernen“.

Jede Gemeinde kann sich umfassend orientieren

Jörg Schuchardt und Hans Saller von aquaKomm zeigten anhand von Beispielen auf, dass auch jede Gemeinde selbst sich einer unabhängigen Bestandsauf-



Die Sicherung von Wasserressourcen in ausreichender Menge und guter Qualität gehört zu den wichtigsten Staatsaufgaben. □

nahme unterziehen kann. Sie wird damit in die Lage versetzt, sich durch einen Anlagen- und Gemeindecheck sowie die richtige kaufmännische Zuordnung einzelner Arbeitsgänge umfassend zu orientieren. Hans Saller veranschaulichte an Beispielen aus der Praxis, welche Einsparpotentiale durch eine klare wirtschaftliche Betrachtung möglich sind, wenn Ansatzpunkte zur Qualitätssicherung und zur Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz berücksichtigt werden. Darüber hinaus wurde Unterstützung bei der Datenaufbereitung für die Teilnahme am bayernweiten Benchmarking angeboten.

Technische und wirtschaftliche Potenziale ausschöpfen

In jedem Fall aber, so die Vortragenden, sollte über die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit unter den Wasserversorgern nachgedacht werden, um vorhandene technische und wirtschaftliche Potenziale auszuschöpfen.

für Umwelt und Gesundheit, am Beispiel Wasser heraus. Dies hat in Bayern schon länger Tradition, da die Menge an Wasser nicht geschmälert wird, denn „Wasser wird nicht verbraucht, sondern wird gebraucht es nur“, erklärte Haug. Von daher sei es unbedingt erforderlich, weder Raubbau an der Menge des Lebensmittels Nr. 1 zu betreiben, noch eine Überforderung der natürlichen Reinigungsprozesse zuzulassen.

Es gelte, einen intakten Wasserkreislauf zu wahren; im Großen wie im Kleinen, lokal in Unterfranken und Bayern ebenso wie global. Die Aktion beschreibe hier erfolgreich neue Wege - gerade auch durch ihre gesellschaftlichen Vernetzungen, wie Haug ausführte.

Auch in einer globalisierten Welt ist nicht alles grenzenlos möglich

„Nachhaltige Landwirtschaft - Grundvoraussetzung für regionale Wirtschaftskreisläufe“ lautete schließlich das Thema des Vortrags von Dr. Felix Prinz

Zur Zusammenarbeit bieten sich zahlreiche Möglichkeiten an. Vorteile ergeben sich z. B. aus einer gemeinsamen Störmeldungsannahme, in der gemeinsamen Nutzung von Spezialausrüstung oder einer gemeinsamen Abrechnung. Weitere Beispiele wären möglich.

Noch war aus dem Kreis der Teilnehmer nur eine verhaltene Akzeptanz zu den Vorschlägen zu vernehmen, die Vorteile einer stärkeren Zusammenarbeit sind aber unverkennbar, ohne damit die gemeindliche Souveränität zu verspielen.

Vorbild Amperverband

Dieter Höfl, der ehemalige kaufmännische Leiter des Amperverbandes, wusste aus eigener Erfahrung über Vorzüge einer Zusammenarbeit zu berich-

ten. Das lebende Beispiel ist der auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung äußerst effizient arbeitende Amperverband. Bürgermeister Johann Thurner rief die Anwesenden auf, sich über die dargelegten Zusammenhänge selbst ein Bild zu machen. Er wies ebenfalls insbesondere auf die wirtschaftlichen Vorteile bei mehr Zusammenarbeit hin.

Angebote nutzen

An die Teilnehmer wurde appelliert, die Angebote zur Modernisierung zu nutzen. Die Versammlung schloss mit der Bekundung, die vorgestellten Anregungen zu prüfen und sich in kleineren Gruppen erneut zu treffen.

Bürgermeister Thurner rief die größeren Mitglieder des Kreises, den Amperverband und die Stadtwerke Fürstfeldbruck auf, in dem Prozess des Nachdenkens über mehr Wirtschaftlichkeit bei verbesserter Qualitätssicherung eine unterstützende Rolle zu übernehmen. □

zu Löwenstein. Als Vorstandsvorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft erinnerte er daran, dass früher die Wirtschaftskreisläufe primär innerhalb der Dörfer stattfanden. Auch wenn man sich heute im Zeitalter des world-wide-web befinde und die Globalisierung nicht aufzuhalten sei, zeige es sich, dass auch in einer globalisierten Welt nicht alles grenzenlos möglich sei.

Wirtschaft der kleinen Wege verstärken

Nach Prinz zu Löwensteins Auffassung muss das Ziel verfolgt werden, „eine unsere Ressourcen schonende Wirtschaft der kleinen Wege zu verstärken“. Dabei sei es notwendig, auch in einer globalisierten Welt regionale Wirtschaftskreisläufe zu erhalten, zu verstärken oder wieder in Gang zu bringen. Dabei biete sich natürlich die Landwirtschaft an; nur eine nachhaltige Landwirtschaft könne ihrer Rolle in der Fläche gerecht werden. DO

Regionale Wasserkonferenz der Regierung von Oberfranken:

Klimaentwicklung und Wasserwirtschaft

Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Klimawandels lud die Regierung von Oberfranken zur ersten Wasserkonferenz im Gebiet der Sächsischen Saale an das Bayerische Landesamt für Umwelt in Hof ein. Neben politischen Mandatsträgern und Kommunen war die Veranstaltung auch für Hilfs- und Rettungsdienste aus dem gesamten Landkreis Hof gedacht.

Nach einer thematischen Einführung durch Dr. Richard Fackler, Vizepräsident des Landesamtes für Umwelt, führte Erich Haussele, Sachgebietsleiter Wasserwirtschaft an der Regierung von Oberfranken durch ein interessantes Programm. Themenschwerpunkte waren die Klimaentwicklung und deren Folgen, Hochwasser und Schutz vor Überflutungen sowie Niedrigwasser und davon betroffene Nutzungen. Hier konnten die Zuhörer wichtige Anregungen mit nach Hause nehmen.

Warnungen nicht in den Wind schlagen

Früher regnete es, wenn Petrus mit seinem Schlüssel den Himmel aufschloss. Heute liegt der Schlüssel in unserer Hand: Trockene Sommer und regnerische Winter sagen die Klimamodelle voraus. Darin, so die Wissenschaftler, ist die Handschrift deutlich erkennbar. Diese Warnungen dürfen nicht in den Wind geschlagen werden, denn selten sprechen Wissenschaftler so einmütig - lebt Wissenschaft doch vom produktiven Widerspruch, insbesondere bei einem so komplexen Thema wie dem Klimasystem.

Vielfältig sind auch die Folgen, z. B. Überschwemmung tief gelegener Landgebiete, Wasserknappheit in bereits heute trockenen Gebieten, Änderungen des Lebensraumes von Tieren und Pflanzen, Änderungen der Landwirtschaft. Bedrohlich sind auch die sozialen Auswirkungen, trifft es doch vor allem die ärmeren Länder, die wenig Energie verbrauchen und Gegenstrategien kaum stemmen können.

Der Schlüssel liegt in unserer Hand: Er heißt „Energiesparen“ - je früher, desto besser. Weniger Autofahren und Wärmedämmung bringen besonders viel, auch die Idee der regenerativen Energien scheint einleuchtend: Spirit vom Acker, Strom aus Kuhmist, Heizen mit Holz, Nutzung von Sonnenenergie und Erdwärme.

Technischer Hochwasserschutz

Was den technischen Hochwasserschutz in Bayern anbelangt, so konzentriert sich dieser derzeit entsprechend dem Aktionsprogramm 2020 auf folgenden Aufgaben:

- Hochwasserschutzmaßnahmen für besiedelte Gebiete verbessern
- Nachrüstung bestehender Deiche, die nicht mehr den Regeln der Technik entsprechen
- Neubau von Rückhaltebecken mit überörtlicher oder lokaler Bedeutung (z. B. Drachensee bei Furth im Wald, Goldbergsee bei Coburg)
- Bessere Nutzung vorhandener Talsperren und Rückhaltebecken (z. B. Forggensee bei Füssen)
- Anlage von Flutpoldern mit insgesamt mindestens 30 Millionen Kubikmetern Rückhaltevermögen
- Verstärkter Hochwasserschutz an Wildbächen.

Der örtliche Hochwasserschutz erfordert eine Kombination verschiedener Maßnahmen, die an den hochwassergefährdeten Stellen zusammenwirken. Im Wesentlichen sind das neben Deichen und Mauern das Vergrößern des Flussbetts, das Anlegen von Flutmulden, eine Bin-

nenentwässerung, um Regenwasser und ansteigendes Grundwasser zu sammeln und wegzupumpen sowie der Einsatz mobiler Schutzelemente dort, wo die örtlichen Randbedingungen das zulassen.

Flutpolder

Als große Wasserspeicher mit überregionaler Schutzfunktion dienen Hochwasserrückhaltebecken und Talsperren. Reicht das Stauvolumen der Wasserspeicher bei einem außergewöhnlichen Hochwasser nicht aus, werden die Wassermassen rechtzeitig über eine Hochwasserentlastung direkt in den Flusslauf abgegeben, um einen Dammbrech zu verhindern.

Relativ neu in Bayern ist der Einsatz von so genannten Flutpoldern. Für das Anlegen eines Flutpolders wird das natürlich vorhandene Überschwemmungsgebiet durch einen Damm vom Flusslauf getrennt. Diese Fläche wird über ein steuerbares Einlaufbauwerk gezielt geflutet - im Idealfall kurz bevor die Hochwasserwelle ihre Spitze erreicht. Auf diese Weise lassen sich Hochwasserspitzen effektiv dämpfen. Bei sinkenden Pegeln wird die zurückgehaltene Wassermenge dann wieder in den Fluss abgegeben.

Mehr als 400 Projekte

Derzeit laufen mehr als 400 Hochwasserschutzprojekte in Bayern. Auf der Grundlage des Aktionsprogramms 2020 wurden seit Anfang 2001 Hochwasserschutzmaßnahmen für etwa 122.000 Einwohner fertig gestellt. Seit 1954 hat der Freistaat Bayern insgesamt 23 Wasserspeicher errichtet - davon dienen 21 auch dem Hochwasserschutz. Mittlerweile stellen die Speicher einen Anlagenwert von über 1 Milliarde Euro dar.

NID und „Dürre-Check“

Stichwort Niedrigwasser: Mit dem im September 2008 gestarteten Niedrigwasserinformationssystem (NID) erweitert Bayern sein Vorsorgekonzept gegen Trockenheit und passt sich an die Herausforderungen des Klimawandels an. Der neue, bayernweite „Dürre-Check“ informiert ab sofort online über Niederschläge, Grundwasserstände, Wassertemperaturen und Wasserstände an Flüssen und Seen. So erhalten Wasserversorger, Landwirtschaft, Wirtschaft oder Tourismus besser aufbereitete Informationen als bisher über eine bevorstehende Wasserverknappung und können schneller Vorsorgemaßnahmen einleiten. Kommunen können beispielsweise frühzeitig Rasensprengen einschränken, Landwirte ihre Bewässerung anpassen und wasserintensive Industriebetriebe ihre Produktion umstellen.

Knapp die Hälfte der 23 staatlichen Talsperren verbessert bei Trockenheit den Abfluss der Bäche und Flüsse. Und mit den mittelfränkischen Speicherseen im Überleitungssystem wird Wasser aus dem wasserreichen Donaugebiet über die Wasserscheide in das wasserärmere Maingebiet gepumpt. Insgesamt stehen derzeit 150 Millionen Kubikmeter Wasser für die Niedrigwasseraufhöhung zur Verfügung. DK

Wasserwirtschaft im Wandel:

„Wasser - ein Kulturgut“

Fachtagung in Berlin – Soziale Aspekte im Vordergrund

Trinkwasser in bester Qualität - immer und überall. Welch technischer Aufwand dahinter steht, ist vielen gar nicht bewusst. Alle wissen zwar, dass Wasser weltweit knapp und sparsam zu verwenden ist. Undifferenzierter sind jedoch die Kenntnisse zum wahren Wert des Wassers: Frei Haus geliefertes Trinkwasser wird für überverteuert gehalten, obwohl die Wenigsten die tatsächlichen Preise kennen. Die Verbraucherpreise für Flaschenwasser, obwohl um ein Vielfaches höher, werden hingegen kaum in Frage gestellt.

Wie kommen solche Widersprüche zustande? Stammt unser Verhältnis zum Wasser aus Zeiten, als noch ein direkter Umgang mit Wasser überlebenswichtig war? Was bedeutet dieses Wissen für unseren modernen Alltag, insbesondere aber für die naturwissenschaftlich geprägte Welt der Wasserwirtschaft? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, trafen sich Experten und Kommunalpolitiker zum dritten Mal im Rahmen der Fachtagung Wasserwirtschaft im Wandel. Dabei galt das Hauptaugenmerk unter dem Titel „Wasser - ein Kulturgut“ dieses Mal den sozialen Aspekten.

Prof. Dr. Hartmut Böhme von der Berliner Humboldt-Universität gab einen Einblick zur Geburt der Kultur aus dem Wasser. Von der Entstehung der Kultur als Auseinandersetzung mit der Natur, über die Machtentfaltung durch Technik, in dem sie die Natur beherrscht, über die globale

Dimension des Wasserkreislaufes, in dem Wasser Voraussetzung für Leben und Entwicklung von Intelligenz ist und die daraus entstehende Kultur Ordnungen schafft, in der sich die Gesellschaft entwickelt. Der Vortrag kumulierte in der Erkenntnis, dass der Mensch den Gesellschaftsvertrag durch einen Naturvertrag ergänzen muss.

Lebensinnbilder

Dr. Matthias Blum von der Freien Universität Berlin führte die Gäste in die mit dem Wasser verbundenen Lebensinnbilder der jüdisch-christlichen Religion mit den Einflüssen aus Mesopotamien und Ägypten ein. Die Taufe als Akt der Menschwerdung durch den Geist Gottes, die Waschung nach getaner Arbeit und vor dem Essen als Ritual sei heute zu bewerten als Wissen um die hygienische Vorsorge. Letz-

lich führte Blum hin zum globalen Anspruch, dass sich das Menschenrecht auf Wasser aus der jüdisch-christlichen Religion unmittelbar ableitet.

Dr. Sven Titz führte vor Augen, dass alle große emotionale Betrof-



Die naturnahen Wege tragen zur Steigerung der innerstädtischen Attraktivität bei.

Landesgartenschau Bamberg:

Neue Planungen zu den Uferwegen

Die Landesgartenschau Bamberg GmbH hat in der Vollsitzung des Bamberger Stadtrates die veränderten Planungen zu dem Projekt „Uferwege zwischen Markus- und Friedensbrücke“ vorgestellt. Bei den neuen Planungen wurden sowohl die Änderungswünsche der Anwohner eingearbeitet als auch den Bedenken der Denkmalpflege Rechnung getragen.

Bis 2012 soll ein durchgängiger Spazier-Rundweg entlang der Regnitz und dem Main-Donau-Kanal entstehen, der fast lückenlos unmittelbar am Wasser entlang geführt werden kann. Ausgenommen sind Klein Venedig und das Hainbad. „Entsprechend dem Ergebnis der verschiedenen Abstimmungsgespräche, die im vergangenen Jahr stattgefunden haben, sollen die Gartenbesitzer einen Zugang zum Wasser erhalten“, so Landesgartenschau-Geschäftsführer Harald Lang. Die Uferwege werden auf öffentlichen Grund ausgeführt, die Beleuchtung der Wege soll stimmungsvoll entsprechend den Vorgaben des Lichtmasterplans erfolgen.

Die anfänglich geplante Stegkonstruktion soll zugunsten eines schmalen, naturnahen Wegs ersetzt werden, der sich sanft am Ufer entlang schlängelt. Auf die geplanten Aussichtsplattformen mit Blick auf Klein Venedig und St. Michael wird komplett verzichtet. Damit reagiert die Gartenschau-Gesellschaft auch auf eine Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, laut der die Uferwege in

ihren ursprünglich geplanten Form zu einer optischen Beeinträchtigung des Flusslaufs geführt hätten. Der geplante Uferweg schließt an einen bereits bestehenden öffentlichen Weg entlang der Konzert- und Kongresshalle an und befindet sich auf der Sonnenseite der Regnitz. Insbesondere der Bereich Schiffbauplatz birgt einzigartige Blickbeziehungen zum Bamberger Dom und der ehemaligen Benediktinerabtei St. Michael.

Zentrales Ziel

Bereits bei der Bewerbung für die Landesgartenschau Bamberg 2012 wurde neben der Errichtung des Nordparks auf dem Erba-Gelände die Weiterentwicklung der bisher wenig ausgeprägten Grünverbindungen entlang der Uferwege sowie des Main-Donau-Kanals und eine verbesserte Vernetzung zwischen Nord- und Südspitze der Inselstadt als zentrales Ziel zur Steigerung der innerstädtischen Attraktivität festgesetzt. Das Erschließungskonzept bildet dabei das Rückgrat einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung.

und den daraus gewachsenen gesellschaftlichen Versorgungsauftrag der Wasserwirtschaft.

Gabriele Stieg, Kundenmanagerin der Berliner Wasserbetriebe, zeigte auf, welche Antworten der Kunde - zur Wertschätzung des Trinkwassers befragt - an die Wasserbetriebe zurück gibt. Hauptausagen waren: Die Wasserqualität ist gut bis sehr gut, Wasserverschwendung ist nicht opportun, nur der Preis stimmt nicht.

Als Kulturgut zurückgedrängt

Tägliche Versorgung und Entsorgung werde als selbstverständlich, als „staatliche Daseinsvorsorge“ wahrgenommen, hob Stieg hervor. Dadurch sei Wasser im Bewusstsein der Menschen als Kulturgut zurückgedrängt worden. Sein existenzieller Wert werde erst dann sichtbar, wenn es nicht mehr verfügbar ist. Welche Leistungen im Hintergrund dafür Voraussetzung sind, werde genauso wenig bemerkt, wie die Qualität beim Kauf von Flaschenwasser berücksichtigt wird.

Stieg leitete aus den Ergebnissen ab, dass die Verantwortung für dieses Ergebnis auf der Unternehmensseite liegt: „An dieser Entwicklung haben wir selbst mitgewirkt.“ Es habe zu wenig Vermittlung von Informationen „über die Leistungen, die wir im Hinter- und Untergrund erbringen“ gegeben.

Erfreulicherweise arbeiteten jedoch schon sehr viele Unternehmen an diesen Punkten, fuhr die Managerin fort - sei es durch die Definition der Kundenzufriedenheit als Unternehmensziel oder aber durch Informationen, die speziell auf die Bedürfnisse der einzelnen Zielgruppen (Mieter, Eigentümer, Schüler, Lehrer, Architekten etc.) zugeschnitten sind. Stiegs Fazit: „Es ist erkennbar, dass deutliche Veränderungen stattgefunden haben und weiterhin stattfinden werden. Dennoch ist es noch ein weiter Weg, jedem Kunden nahe zu bringen, mit welchem Aufwand wir täglich die Qualität und Versorgungssicherheit gewährleisten und die Wasserversorgung der nächsten 20 Jahre planen.“



Kooperation zwischen Daimler AG und PURI tech

Waldshut-Tiengen. Die Daimler AG und die PURI tech GmbH & Co.KG haben eine Kooperation über die Nachrüstung von Mercedes-Benz Nutzfahrzeugen mit Dieselpartikelfiltern (auf unserem Bild der Mercedes-Benz Econic) geschlossen. PURI tech beliefert seit Januar 2009 alle Mercedes-Benz Betriebe exklusiv mit Filter-Nachrüstungen. Die Nachrüstung erstreckt sich auf Fahrzeuge der Schadstoffklasse EURO 2 und EURO 3 und führt zu einer Verbesserung der Mautklassifizierung und der PlakettenEinstufung für Umweltzonen.

Das Fahrzeug steigt anschließend in die nächst höhere (günstigere) Mautklassifizierung und bei der PlakettenEinstufung maximal von der roten auf die grüne Feinstaubplakette um. Die Fahrzeuge haben damit freie Fahrt in den Umweltzonen. PURI tech bietet ausschließlich „geschlossene“ Filtersysteme an, die eine Russpartikelminderung von über 99 % erreichen. Durch die Nachrüstung wird die Abgasnorm des Motors nicht verändert. PURI tech Dieselpartikelfilter-Systeme sind seit vielen Jahren bei Nutzfahrzeugen im harten Dauereinsatz. Die Filtersysteme haben störungsfrei bereits viele tausend Betriebsstunden bzw. Fahrleistungen von über 500.000 km hinter sich. Die Nachrüstfilter eignen sich für nahezu jeden Einsatzzweck und sind modular aufgebaut. Es wird in drei Varianten unterschieden: 1. DPFN Standardsystem / Einsatzzweck: vorwiegend Überlandverkehr; 2. DPFN+ Standardsystem mit Vorfilter / Einsatzzweck: vorwiegend Stadtverkehr; 3. DPFN++ Standardsystem mit Vorfilter und Kraftstoffeinspritzung (aktive Regeneration) / Einsatzzweck: nur für Stadtverkehr mit Stop-and-go.

Hochwasserschutz Bayreuth:

Erster Spatenstich

Mit einem Kostenvolumen von fast 7 Millionen Euro ist der Hochwasserschutz für Bayreuth die derzeit größte Maßnahme an Gewässern zweiter Ordnung in Bayern. Der Bezirk Oberfranken, als Träger mit knapp 1,7 Millionen Euro an der Baumaßnahme beteiligt, hat mit einem ersten Spatenstich die nun letzte Hochwasserschutzmaßnahme in seiner Zuständigkeit für Gewässer zweiter Ordnung auf den Weg gebracht.

Die neue „Einschöpfung“ ist erster Baustein zur Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes der Stadt Bayreuth; sie befindet sich oberhalb der Kleingartenanlage am östlichen Stadtrand. Im Rahmen des ersten Bauabschnittes wird ein Hochwasserrückhaltebecken mit einem Volumen von 750.000 Kubikmetern, einer Dammhöhe von maximal 4,5 Metern und einem Dammvolumen von 50.000 Kubikmetern errichtet.

„Die Zuständigkeit für die Gewässer zweiter Ordnung war bei den Bezirken gut aufgehoben“, hob Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler beim ersten Spatenstich in Bayreuth hervor. Er dankte allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit und ergänzte: „Ich freue mich, dass die letzte Maßnahme, die unter unserer Trägerschaft verwirklicht wird, eine so große und bedeutende für die Stadt Bayreuth ist.“

Staatssekretärin Melanie Huml versprach, dass die Planung und Genehmigung der weiteren Bauabschnitte zügig weitergeführt werden sollen. Mit dem 1. Januar 2009 ging die Zuständigkeit für die Gewässer zweiter Ordnung an den Freistaat Bayern über. Bereits begonnene Maßnahmen führt der Bezirk in seiner Trägerschaft weiter. DK



Seine Größe: Kleine Gassen.

Der Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit bis zu 9,3 t zulässiges Gesamtgewicht, einem Radstand von nur 2,70 m und einem Wendekreis von nur 12,60 m macht der Unimog U 20 jeden Weg frei. Eine Räumbreite von 2,50 m und Feuchtsalztechnik mit 1,4 m³ Streuvolumen ermöglichen große Räumschleifen. Jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Produkte der Fliegl Bau- und Kommunaltechnik GmbH/Töging:

Flexibel und wirtschaftlich

Der Einsatz des Fliegl Schwergut-Abschiebewagens „ASW Stone“ lohnt für alle Bau-, Abbruch-, Erdbewegungs- und Bodenstabilisierungsarbeiten. Aufgrund der robusten Ausführung in Hardox-Stahl ist er vielseitig einsetzbar zum Transport und Abladen von unterschiedlichstem rauem Ladegut wie Steine, Kies, Erdaushub und Sand. Die originale, verschleißarme, rasch arbeitende Fliegl Abschiebetechnik hat gegenüber anderen Abladesystemen wesentliche Vorteile. Ihr Einsatz bringt beim Transport und Entladen hohe Stundenleistungen und besonders hohe Einspareffekte bei den Kosten. Das liegt unter anderem am vergleichsweise niedrigeren Eigengewicht durch selbsttragenden Aufbau sowie am geringeren Öl- und Kraftbedarf durch Verzicht auf öl- und kraftzehrende Teleskopzylinder.

Neben Spitzenplätzen bei Leistung und Wirtschaftlichkeit kann der Fliegl Abschiebewagen mit weiteren Vorteilen aufwarten. Er

eignet sich hervorragend für Einsätze unter schwierigen Verhältnissen, bei denen Muldenkipper an ihre Grenzen stoßen, so beim Abkippen auf hängigem Gelände und von klebrigem Ladegut. Nichts verklebt mehr, auch bauen sich keine Rückstände von klebrigen Materialien wie beispielsweise feuchter Tonboden auf. Er schiebt das Ladegut einfach auf Ladehöhe vollständig ab.

Besonders in niedrigen Gebäuden wie Gewerbehallen, im Tunnelbau und Untertage, also überall dort, wo die Abladehöhe begrenzt ist, ist das Einsatzgebiet des ASW Stone unbegrenzt.

Desweiteren ist ein bevorzugter Einsatzbereich beim Beschicken von Industrieanlagen und Fertiggut, wie z.B. Beton oder Teerfertiger, wo durch die Möglichkeit des dosierten Zuführens von Material die Problematik des ruckartigen „runterdonnern“ von 25 Tonnen Material gelöst ist.

Überdies bietet der „ASW Stone“ aufgrund des niedrigen Schwerpunkts mehr Kippsicherheit. Wo Kipper in der rauen Praxis beim Entladen des Öfteren umkippen, stehen Abschiebewagen noch sicher auf den Reifen.

Herausragende Abschiebetechnik

Außerdem zeichnet sich die Abschiebetechnik des ASW Stone gegenüber anderen Systemen durch folgende Eigenschaften aus:

- Robustheit des Abschiebesystems - es eignet sich besonders für Schwergüter;
- höhere Abladegeschwindigkeit, damit kürzere Abladezeiten;
- höhere Ladekapazität bei geringerem Kraftbedarf;
- zusätzliche Ladekapazität durch niedrigere Plattform;
- Zuverlässigkeit durch weniger Verschleißteile sowie
- Flexibilität im Einsatz durch Anbau unterschiedlicher Streu-, Verteil- und Abladeaggregate.

Mit dem elektronisch gesteuerten Zement-Profistreugerät für Bodenstabilisierung kann der ASW Stone genau dosiert Kalk, Zement und andere Bindemittel zur Bodenstabilisierung ausbringen. Desweiteren kann damit auch dosiert „aufgesandet oder aufgesplittet“ werden wie z. B. beim Wege- und Straßenbau, beim Reitplatz, Garten- u. Landschaftsbau. Durch die modulare Bauweise des ASW Stone lässt sich das Zement-Profistreugerät an jeden Abschiebewagen nachrüsten. Damit ersetzt der ASW teure SpezialstreuFahrzeuge, die anderweitig nicht genutzt werden können und somit nur eine sehr geringe Auslastung haben.

Die Bodenstabilisierung mit Kalk, Zement und anderen Bindemitteln ist eine Technik zur Verstärkung und Verbesserung der Tragfähigkeit von Böden. Diese hat sich bestens bewährt beim Bau von Straßen, Autobahnen, ICE-Trassen, Flughäfen, Container- und Industrieparkplätzen, Dämmen im Wasserbau, usw. Die Technik von Fliegl hilft Böden vor Ort kostengünstig zu stabilisieren statt teuer zu deponieren.

Der ASW Stone ist mit einem Standard-Ladevolumen von 14,5 bis 24 m³ erhältlich als Anhänger, als Sattelaufleger, aufgebaut auf

Lkws oder anderen Fahrzeugen. Sondergrößen fertigt Fliegl auf Wunsch. Ein drehbar gelagerter Zugholm erlaubt das Fahren des ASW Stone sowohl in Untenanhängung per Kugelkopf am Traktor als auch oben mit einem Zugmaul an Lkws.

Der ASW Stone verfügt über ein verschiebbares Achsaggregat, womit die Stützlast auf das Zugfahrzeug den örtlichen Gegebenheiten optimal angepasst und somit beste Traktion und Zugkraft auch im schwierigsten Gelände erreicht wird. Zudem bietet das Breitspurfahrzeug des ASW mit Spurbreiten von 2,05 oder 2,15 m und meist den stabilen 15 Tonner Achsen, neben niedriger Abladehöhe, auf schlechten Untergrund zusätzlich festen und sicheren Stand, sowie Kippsicherheit. Für unterschiedliche Einsatzverhältnisse bietet Fliegl eine Vielzahl



Der Duplex-Mischer „DMA“ ist ein komplettes, mobiles Betonmischwerk, das sehr kompakt und modular aufgebaut ist. □

von Bereifungsvarianten an. Der ASW Stone kann geordert werden mit Zulassungen für Fahrgeschwindigkeiten von 40, 60, 65 oder 80 km/h.

Schwergut-Muldenkipper

Falls gewünscht, liefert Fliegl für den harten Einsatz auf Baustellen den Schwergut-Muldenkipper der Baureihe „Stone Master“ mit Tandem- oder Tridemachse, deren Mulden 13, 15 oder 17 m³ fassen. Ihre robuste Konstruktion basiert auf dem Knowhow der Fliegl Nutzfahrzeugfertigung, deren Produkte sich zu tausenden in der Praxis bewähren.

Alle Muldenkipper der Baureihe sind ausgestattet mit einer Halbrund-Mulde, so dass selbst klumpende Ladung leicht abwärts rutscht. Unterstützt wird dabei der große Kippwinkel. Er wird möglich durch einen kardanisch gelagerten hydraulischen Front-Kippzylinder.

Der Fahrzeugrahmen besteht aus verwindungssteifen, extra stark ausgeführten Hohlraumträgerprofilen und keinesfalls aus zusammengeschweißten U-Profilen. Durch das zig-tausendfach bewährte Titanachsaggregat bietet der Stone Master beste Bodenadaptation und Leichtzugigkeit im Gelände. Er wird mit einer Pendelklappe oder hydraulisch zu betätigender Rückwand angeboten.

Abrollkipper mit Hakenlift

Gleichgut für den Einsatz auf Baustellen und im Landschaftsbau eignen sich die vielseitigen Abrollkipper mit Hakenlift. Mit nur einem Hakenlift-Fahrgestell transportieren sie eine Vielzahl von Containern, unter anderem auch die originalen Fliegl Abschiebecontainer, sowie voluminöse Wasser- und Abwasserfässer.

Fliegl fertigt Duplex-Mischer in jeder gewünschten Größenordnung für den Einsatz im Hoch- und Tiefbau sowie im Baustoffhandel, sowohl stationär als auch angebaut in Front an Radladern.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Mischsystemen arbeiten die „Mischmeister Duplex“ auch bei großkörnigen, rauen Mischgütern extrem verschleißarm. Selbst erdfeuchtes Mischgut wird in kürzester Zeit sehr intensiv durchmisch.

Duplex-Mischer

Der Duplex-Mischer „DMA“ ist ein komplettes, mobiles Betonmischwerk, das sehr kompakt und modular aufgebaut ist. Es kann per Lkw in kürzester Zeit auf andere Baustellen umgesetzt werden, und das ohne jegliche Fundamentarbeiten. Für den professionellen Einsatz ist er ausgestattet mit einer funkfern gesteuerten dosierenden Wiegeeinrichtung, die bis zu 100 Rezepturen bzw. Betongüten mit je neun Komponenten verarbeitet. Ein robuster Drucker dient zum Erstellen rechtlich relevanter Dokumente über Mengen und Mischungsverhältnisse, die kennzeichnend sind für die Betongüte. Von Vorteil ist, dass die Wiege-

einrichtung sowohl an einem stationären, als auch an einem transportablen Mischer (Radlader oder Stapler) angebracht werden kann. Per Funksteuerung initialisiert, errechnet und regelt der Bordcomputer das Mischverhältnis und die Zufuhr der weiteren Komponenten, nachdem die Anlage mit der Hauptkomponente befüllt ist. Es wird automatisch die eingefüllte Menge an Sand oder Kies gewogen und die erforderliche Menge an Zement ebenfalls automatisch über eine Zementschnecke zugeführt. Gleiches gilt für Wasser, Zuschlagstoffe usw., die per Magnetventil gesteuert, zugeführt werden.

Reagieren auf den individuellen Bedarf

Der Duplex-Mischer ermöglicht Firmen flexibel und kostengünstig auf den individuellen Bedarf an Mischgut zu reagieren, da diese Maschinen äußerst universell und mobil eingesetzt werden können. Er mischt nämlich nicht nur die üblichen Zutaten für Güte- oder Magerbeton exzellent, sondern aufgrund seiner Konstruktion kann er nahezu jedes mischbare Material sehr gut aufbereiten. Er mischt beispielsweise auch Schotter mit Epoxiharz sowie Recycling- und Abfallstoffe mit Bindemitteln uvm.. Selbst zur Bodenverflüssigung bei der Kanalrohrverlegung (Kronenberger Verfahren) wird er eingesetzt.

Fasswagen

Besonders zweckdienlich ausgestattet für den Transport von Wasser und anderen Flüssigkeiten sind die Fliegl Fasswagen mit Füllvolumen zwischen 1.500 und 28.000 l. Diese können als reine Transportfässer, aber auch mit kardanisch oder hydraulisch angetriebenen Vakuumpumpe, Turbopumpe, Hochdruckkreiselpumpe, Exzenterschneckenpumpe sowie einer vom Zugfahrzeug unabhängigen arbeitenden Benzinpumpe ausgestattet werden. Fahrgeschwindigkeiten bis 80 km/h sind möglich. Sie können, an-



Das Bokimobil HY 1351: kompakt, leistungsstark und wendig. □

Bokimobil Kommunalfahrzeug:

Universell einsetzbar

Seit langem stellt die Kiefer GmbH in Dorfen Kommunalfahrzeuge für den Einsatz zu jeder Jahreszeit her. Die Hydrostaten Bokimobil Kommunalfahrzeug HY 1251 und HY 1351 verbinden kompakte Abmessungen, totale Wendigkeit und starke Leistung.

Das Schmalspurfahrzeug eignet sich besonders für Arbeiten auf engstem Raum wie Reinigung und Instandhaltung von Altstadtbereichen und Fußgängerzonen, aber auch für den Winterdienst und ganz besonders für den Mähensatz. Das schaltgetriebene Bokimobil 1151 ergänzt die Bokimobil-Familie.

Bei den Geräteträgern wird großer Wert auf die Bedienfreundlichkeit gelegt. Deshalb sind die Fahrzeuge serienmäßig mit Joy-Stick-Steuerung ausgestattet. Das auf den Fahrer zugeschnittene Armaturenbrett mit Multifunktionsanzeige besticht durch die Lage der Bedienelemente um den Fahrer herum. Die Anordnung der Pedale und die Sitzposition sind ergonomisch, die Lenksäule ist ausziehbar und neigungsverstellbar.

Die verschiedenen Typen HY 1351, HY 1251 und 1151 gibt es mit einer Außenbreite zwischen 1,20 m und 1,70 m. Sie verfügen über eine Allrad-Lenkung und 4 Lenkungsarten (Vorderrad-, Hinterrad, Rundgang- und Hunde-

ganglenkung), was z. B. den Kehr- und Mähensatz erheblich erleichtert. Das Schnellwechselsystem sorgt dafür, dass eine Reihe von Anbaugeräten in kürzester Zeit mit dem Bokimobil zum Einsatz kommt.

Es stehen verschiedene Anbaugeräte für die kommunale Landschaftspflege zur Auswahl, vom Sichelmäherwerk mit Gras- und Laubsaug-Container über Doppelmesser-Balkenmäherwerk bis hin zur Wildkrautbürste.

In der Straßenreinigung hat der Geräteträger ebenfalls breite Einsatzmöglichkeiten. Es steht eine Kehrsaugmaschine zum Anbau bereit, die kombiniert mit dem Gras- und Laubsaug-Container in der Straßen- und Gehwegpflege hervorragende Dienste leistet. Für den Fußgängerbereich seien noch die Gieß- und Bewässerungsanlage erwähnt.

Auch für den Winterdienst ist das Bokimobil bestens gerüstet. Dort kommen Schneefräse und -pflug sowie Walzenstreuer mit zuschaltbarem Streuteller zum Einsatz. □

50. Gründungsjubiläum Landtechnischer Verein in Bayern:

Landtechnik im Höhenflug

Der Landtechnische Verein in Bayern e. V. hat im Rahmen einer Festveranstaltung im Haus der Bayerischen Landwirtschaft in Herrsching sein 50. Gründungsjubiläum gefeiert. Zu diesem Anlass hatten sich zahlreiche Ehrengäste sowie (ehemalige) Mitarbeiter des Landtechnischen Vereins, der Landesanstalt für Landtechnik und des Lehrstuhl für Landtechnik der TU München sowie Freunde und Gönner versammelt.

Die Arbeitsgemeinschaft Landtechnik und Bauen in Bayern e.V. versteht sich als Anwaltin der landwirtschaftlichen Praxis. Dieser Auftrag wurde bereits 1959 in der ersten Satzung formuliert und hat nichts an Aktualität verloren. Wie Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner erläuterte, gebe es kaum ein Thema zu Arbeitserledigung, Landmaschinentechnik oder Energieproduktion und -verwertung, das in den zurückliegenden 50 Jahren von den Mitarbeitern des LTV nicht aufgegriffen und zum Gegenstand für innovative Entwicklungsarbeit wurde.

Hermann Merschroth, Vorsitzender VDMA Fachverband Landtechnik, stellte fest, dass der LTV als entscheidendes und erfolgreiches Bindeglied zwischen Verwaltung, Wissenschaft, Industrie, Gewerbe und Agrarwirtschaft einen bedeutenden Anteil an der Entwicklung der Landtechnik hat. Die deutsche Landtechnikindustrie stehe heute so gut da wie seit Jahren nicht mehr.

gehängt, aufgebaut auf LKWs oder aufgesattelt auf Wechsel-fahrgestellen, vielseitig im Hoch- und Tiefbau genutzt werden. So z. B. zum Bewässern von Bäumen, Sträuchern und Grünflächen, zur Bodenstabilisierung, Staubbinden sowie als Vorratsbehälter zum Beschicken

Die Hersteller von Landmaschinen befänden sich momentan in einem äußerst positiven Marktumfeld, das von einem zunehmenden Bedarf an moderner, schlagkräftiger Landtechnik gekennzeichnet sei. Mit einer Exportquote von durchschnittlich 75 Prozent fungiere die deutsche Landtechnik weltweit als Innovations- und Qualitätstreiber der Branche.

Akuter Handlungsbedarf

Die Zeiten, in denen Landwirtschaft und Landtechnik in ihrer Eigenschaft als Schlüssel- und Zukunftsbranchen für die gesellschaftliche Daseinsvorsorge unterschätzt wurden, gehörten heute glücklicherweise der Vergangenheit an, sagte Merschroth. Gegenwärtige Entwicklungen in der Welt zeigten vielmehr akuten Handlungsbedarf mit Blick auf Nahrungsmittel, Energie und Klimaschutz. Wissensgenerierung und Wissenstransfer gewinnen in der Landtechnik daher weiter an Bedeutung. DK

von Mischanlagen und Hochdruckreinigern. **Ansprechpartner: Fliegl Bau- und Kommunaltechnik, Martin Fliegl, Söderbergstr. 5, 84513 Töging, Tel.: 08631/307-198, Mail: martin.fliegl@fliegl.com, www.fliegl.com** □

Fliegl
Bau- & Kommunaltechnik

Leistung steigern!

Profi-Technik für den Bau- und kommunalen Einsatz - tausendfach bewährt.

Ihr Ansprechpartner:
Martin Fliegl, Telefon 0 86 31 307 198
Telefon 01 78 2 00 88 44

www.fliegl.com

Fliegl Bau- & Kommunaltechnik GmbH
Söderbergstraße 5, D-84513 Töging

Kostengünstige Lösung von Paul Wolff:

Trauerhallen mit Urnenkammern ausgestattet

Um im Wettbewerb mit konfessionellen und privaten Bestattungsanbietern auch langfristig bestehen zu können, hat die Stadt Essen jetzt in zwei Trauerhallen modular aufgebaute Urnenkammer-Systeme eingerichtet. Wie richtig diese Maßnahme war, wird durch die sehr kurzfristig erfolgte Nachfrage eindeutig demonstriert.

Platzprobleme gibt es weder auf dem über 42 ha großen Parkfriedhof noch auf dem Friedhof Überuhr mit 5,5 ha. Im Gegenteil: Es könnten durchaus noch neue Flächen ausgewiesen werden. Der Abteilungsleiter Friedhöfe des Geschäftsbereiches Grün und Gruga der Stadt Essen Werner Thomsen hat frühzeitig den aktuellen Bedarf im Bereich der Friedhofskultur erkannt und konsequent daran gearbeitet, alternative Arten der Bestattung auszuweisen.

Nach eingehender Analyse – Berücksichtigung fand auch die Tatsache, dass im Erzbistum Essen etwa 90 Kirchen geschlossen werden – entschied er sich für Kolumbarien im Innenbereich. Es ist eine Bestattungsform, die in Deutschland auf zunehmend größer werdende Nachfrage trifft.

Orientierung am Preis

Thomsen, der seit 1983 zunächst als stellvertretender Abteilungsleiter Friedhöfe und seit

1994 als Leiter ein ausgewiesener Experte ist, musste erkennen, dass die Friedhofskultur heute reinen Marktgesetzen folgt und sie mehr und mehr in den Hintergrund rückt. Satzungen sind weitgehend liberalisiert worden, was geblieben ist, sind oft ausschließlich ökonomisch begründete Wünsche und Anforderungen der Kunden. Diese Orientierung am Preis lässt alte Wahlgräber mehr und mehr verschwinden zugunsten von anonymen und teilanonymen Gräbern und Urnenbestattungen.

Urnentürme im Innenbereich

Diese marktliberalen Entwicklungen führten zu dem Entschluss, auf den beiden genannten Friedhöfen jeweils eine Trauerhalle mit Urnenkammern zu versehen. Um witterungsbedingte Schäden vorzubeugen und Folgekosten zu vermeiden, wurden die Urnentürme im Innenbereich errichtet. Dazu musste ein Anbieter gefunden werden, der ein in Form und Farbe passendes System entwickeln und zu wirtschaftlichen Preisen anbieten konnte. Zu Transport und Montage durfte außerdem kein schweres Gerät eingesetzt werden.

Überlegungen zur ästhetischen Gestaltung

Besonders wichtig waren für den Diplom-Ingenieur auch Überlegungen zur ästhetischen Gestaltung. Um die Urnenkammern den unterschiedlich gestalteten Trauerhallen anzupassen, sollten die Oberflächen mit adäquaten Farben und Materialien versehen sein. In der 1965 erbauten sogenannten Neuen Trauerhalle hatte man Klinkersteine und eine etwa 2 Meter hohe Lichtleiste eingebaut.

In der 1970 in Überuhr errichteten Halle waren helle Betonwände in einem lichtdurchfluteten Raum gestalterische Elemente. Bei so unterschiedlichen Vorgaben war auch eine individuelle Umsetzung geboten. Es galt außerdem, einer Besonderheit der Essener Friedhofsatzung zu entsprechen: Es mussten auch Kammern angeboten werden, die bis zu 4 Überurnen aufnehmen konnten.

Öffentlicher Wettbewerb

Zur Bestückung der beiden Trauerhallen schrieb die Abteilung Friedhöfe des Geschäftsbereichs Grün und Gruga 2007 ei-

nen öffentlichen Wettbewerb aus. Die sowohl wirtschaftlichste als auch ästhetisch überzeugendste Lösung war auch bei der Qualität der Materialien führend. Sie war vom bei Grün und Gruga Essen bereits bekannten Unternehmen Paul Wolff (www.paulwolff.de) entwickelt worden. Der Fertiger aus Mönchengladbach hatte zuvor bereits seit 25 Jahren unter anderem mit Wasserschöpfstelen und Pflanzenkübeln zur kreativen Friedhofsgestaltung in Essen beigetragen.

Produkt-Besonderheiten

Für den Wettbewerb kamen der Paul Wolff GmbH zwei Besonderheiten ihres Produkts zugute. Die Urnenkammern aus dem Baukastensystem sind außerordentlich leicht und sie eignen sich besonders gut zum Einbau in bestehende Gebäude. Als modular aufgebautes System werden die einzelnen Kammern ohne großen technischen Aufwand transportiert und von Hand zusammengestellt. Bei einem Leergewicht bis 60 kg pro Standard-Kammer können zwei Personen mühelos auch ohne Zuhilfenahme schwerer Geräte und auch bei schmalen und unbefestigten Wegen, wie sie auf Friedhöfen oft anzutreffen sind, transportiert und platziert werden.

Bei einer Tiefe von 38 cm könnten die Standardmodule nur 2 Aschekapseln aufnehmen. Um die Kapazität auf 4 Kapseln zu erhöhen, wurden die Module auf eine Tiefe von 58 cm modifiziert. Um die Kammerverschlussplatte vor einer Zusatzbelegung leicht mit einem Spezialwerkzeug entfernen und wieder einsetzen zu können, werden die Abdeckungen mit einer speziellen Verschlussmechanik ausgestattet.

Attraktiver Preis

Wie marktgerecht die Neuentwicklungen der Paul Wolff GmbH sind, machen die nachfolgenden Zahlen klar: In den 16 Urnentürmen mit insgesamt 72 Kammern, die Platz für 192 Urnen bieten, sind auf dem Parkfriedhof in nur 2 Monaten bereits 12 Kammern belegt worden. Nicht zuletzt auch wegen des attraktiven Preises liegen bereits zahlreiche Anfragen vor. Die Kosten für die Belegung einer Urnenkammer mit bis zu zwei Urnen betragen 1.840 €, eine Urnenkammer mit bis zu 4 Urnenplätzen kostet 2.450 €, für einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren. Diese sehr preiswerte Bestattungsform mit anschließender anonymer Beisetzung – es sei denn, es ist anderes gewünscht – ist nach Aussage der Stadt dennoch kostendeckend.

Auf dem Friedhof in Überuhr kann auch noch erweitert werden. So ist geplant, wenn die Nachfra-



Der neue Unitrac ist unter anderem als Geräteträger für den kommunalen Winterdienst konzipiert.

Mit Geotrac und Unitrac gegen Eis und Schnee

Vor kurzem wurden zwei nagelneue UNITRAC an die Stadt Innsbruck übergeben. Die Stadt Wien hat heuer 4 neue Unitrac im Einsatz. Die Gemeinde Bad Ischl ist mit Geotrac und Unitrac unterwegs. Derzeit setzen europaweit mehr als 600 Gemeinden auf Winterdienst mit dem Unitrac.

Wendig und leistungsstark sollten die Fahrzeuge für den Winterdienst der Gemeinde Bad Ischl sein. „Sie sollten sowohl in engen Gassen, als auch auf Bergstraßen eingesetzt werden können“, erklärt Fuhrparkleiter Nussbaumer. „Wendigkeit und Übersicht sprachen schließlich für die Firma Lindner.“ Eis und Schnee sagen die Bad Ischler im kommenden Winter mit einem Geotrac 103 und einem Unitrac 102 den Kampf an.

Die Stadt Wien hat sich im heurigen Sommer für 4 neue Unitrac 102 mit Kehrmaschine entschieden. Seit der Fußball WM im Juni sorgen die leistungsstarken Geräteträger für saubere Straßen rund um den Stephansdom. Im Winter werden die Fahrzeuge für Schneeräumung und Splittstreuung verwendet.

Leistungsstarke Geräteträger

Auch die Stadt Innsbruck konnte sich während der EM 2008 von den Vorzügen des Unitrac überzeugen. Leihweise wurde ein Unitrac 102 für die Instandhaltung der Fan-Zone

ge weiter steigt, einen komplett abgetrennten Raum zu errichten – aus weiteren modularen Urnenkammern.

Bereits 65% der insgesamt 4.800 Beerdigungen in Essen im Jahr 2007 waren Urnenbeisetzungen, 30% davon erfolgten anonym. Abteilungsleiter Werner Thomsen hofft, diesen Anteil mit den geschilderten Maßnahmen begrenzen zu können. Ein erster Schritt in die gewünschte Richtung ist vollzogen.

zur Verfügung gestellt. Die Fahrer und Fuhrparkleiter waren voll überzeugt und haben daraufhin zwei Fahrzeuge für Kommunaleinsatz und Forstverwaltung bestellt, die vor kurzem übergeben werden konnten.

Perfekte Ergänzung

„Mehr als 600 Gemeinden setzen europaweit bereits auf den Unitrac im Winterdienst“, erklärt Firmenchef Hermann Lindner. „Außerhalb von Österreich sind Deutschland und Frankreich wichtige Märkte.“ Der neue Geotrac 124 ist die perfekte Ergänzung für den Unitrac im professionellen Kommunaleinsatz. Kraft und Wendigkeit der beiden Fahrzeuge machen den Schneetransport zum Vergnügen.

Exzellente Technik

Ein technisches Highlight der Unitrac 2er-Serie ist die Komfortkabine, die ohne Werkzeugensatz seitlich um 50 Grad gekippt werden kann. Weitere Unitrac-Spezialitäten sind das gefederte Hochleistungsfahrwerk mit optionaler 4-Rad-Lenkung sowie die leistungsstarken Perkins-Turbodieselmotoren mit 4,4 Litern Hubraum.

Bei der neuen Geotrac Serie 4 macht sich das Frontlader-Freischicht-Fenster und die beheizte Frontscheibe im Winterdienst bezahlt. Die 50km/h-Ausführung eignet sich perfekt für Transportarbeiten. Die gefederte Vorderachse und die pneumatische Kabinenfederung sorgen für angenehmen Arbeitskomfort. Informationen unter www.lindner-traktoren.at.

Messe Freizeit - Touristik + Garten in Nürnberg:

Einstimmung auf den Frühling

Vom 28. Februar bis 8. März stimmt die 40. Messe Freizeit - Touristik + Garten in der Messe Nürnberg auf den Frühling, die Gartensaison und den nächsten Urlaub ein. Über 600 Aussteller der freizeitorientierten Branchen präsentieren in sechs Hallen ihre Angebote und werden darüber hinaus wertvolle Anregungen für die Freizeitgestaltung liefern.

Die GARTEN 2009 ist die größte Gartenmesse dieser Art in Nordbayern und jedes Jahr vor Beginn der Gartensaison ein gefragtes Forum für alle Hobbygärtner, Blumen- und Pflanzenliebhaber. Rechtzeitig vor Beginn der neuen Gartensaison liefert dieser wichtige Messebereich der Freizeit - Touristik + Garten viele Anregungen für die Gestaltung des ganz persönlichen Gartenparadieses.

Neueste Gartentrends

Die neuesten Gartentrends und ein breites fachliches Angebotsspektrum zeigen die Aussteller in den neuen und attraktiv gestalteten „Gartenwelten“. Das Angebot der GARTEN 2009 umfasst u. a. Pflanzen und Sämereien, Gartengeräte und Gartengrills, Garten-Accessoires, automatische Beregnungsanlagen, Gartenmöbel und Wintergärten sowie Baustoffe. Ergänzt wird das Gartenangebot um die Bereiche Wasser im Garten (Teiche und Schwimmteiche, Wasserläufe, Springbrunnen), Terrassen und Wintergärten sowie Baustoffe aus Stein und Holz. Wie diese zur Verschönerung des Gartens beitragen können, zeigen konkrete Gestaltungsbeispiele.

Das grüne Garten-Infozentrum mit Info- und Beratungsständen

einschlägiger Verbände und Organisationen ergänzt das fachliche Angebot und wer Fragen zur Blumen- und Pflanzenpflege, zur Düngung, zum Gehölzschnitt, zur Bekämpfung von Ungeziefer im Garten oder zu anderen Gartenthemen hat, erhält hier die Antworten und kostenlose Tipps.

Vor dem Hintergrund steigender Energiekosten greift die Messe auch das Thema Energieeinsparung rund um Haus und Wohnung auf und die Aussteller werden aufgezeigt, wie sich durch moderne Energietechnik und intelligente Lösungen Einsparungen der Energiekosten realisieren lassen.

„Premium Shopping“

Im Bereich der „Freizeit Sélection“ präsentieren sorgfältig ausgewählte Ausstellerangebote aus den Bereichen Freizeit, Urlaub, Wellness & Gesundheit, Garten sowie Sport und Outdoor, die sich an einem gehobenen Lebensstil orientieren. Mit der „Freizeit Sélection“ greifen die veranstaltenden AFAG Messen und Ausstellungen das Konzept der erfolgreichen „LebensLust“ im Rahmen der Nürnberger Verbrauchermesse Consumenta auf und übertragen die Idee des „Premium Shoppings“ auf die Frühlingsthemen der Messe Freizeit - Touristik + Garten. DK

DER STARKE TIROLER PARTNER



FRONTHYDRAULIK
KOSTENLOS*
+ 2 JAHRE GARANTIE

*Original Lindner-Fronthydraulik für alle GEOTRAC-Modelle kostenlos. Aktion gültig in Verbindung mit der Preisliste 2009 von 24.01. bis 05.07.2009.

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
6250 Kundl/Tirol, Tel. +43 5338 74 20-0, Fax-DW 333
www.lindner-traktoren.at

Pressegespräch zur „Wirtschaftslage in der Oberpfalz“:

Gut aufgestellt in der Rezession

Positive Stimmung bei Kammern und Agentur für Arbeit

Die momentane wirtschaftliche Situation sei weniger eine große Krise als vielmehr eine Rezession, die normal bei den regelmäßigen Auf- und Abwärtsentwicklungen sei. Das war der verbindende Grundton der Beteiligten beim kürzlich von der Regierungspräsidentin Brigitta Brunner einberufenen Pressegespräch zur „Wirtschaftslage in der Oberpfalz“, an dem die Spitzen der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Agentur für Arbeit Regensburg teilnahmen und ihre Eindrücke schilderten.

Die Oberpfalz könne sich „nicht von der weltweiten Konjunkturabschwächung und den Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten abkoppeln“, stelle Brunner in ihrer Begrüßung fest. Sie verwies auf die relativ hohe Exportquote und auf 115 Förderanträge (447 Mio. Euro) bei der Regierung aus den

Bereichen Industrie, Handwerk und Tourismus, die meist bis in die Jahre 2010/11 dauern werden und „erst in Zukunft ihre positiven Wirkungen entfalten“. Zudem stellte sie fest, dass die Unternehmer den letzten Aufschwung gut genutzt und „Krisenpolster“ angelegt hätten. Zudem würden die staatlichen Bau-

programme stabilisierend wirken mit voraussichtlich 271 Mio. Euro im Jahr 2009 an Baumaßnahmen (Hoch- und Straßenbau), 72 Mio. Euro für Projekte im Straßenbau, der Städtebauförderung und dem Wohnungswesen. Für den Bau von Schulen, Kindergärten und weiterer Einrichtungen werde es, so Brunner, Gelder geben - 2008 waren dies 75 Mio. Euro. Sie wies ferner auf die Zwischenbilanz in der flächendeckenden Breitbandversorgung hin. Vieles dreite darauf hin, „dass wir besser dastehen als manch Andere. Wir können durchaus verhalten optimistisch nach vorne schauen. Wir sind gut aufgestellt und gerüstet“, schloss die Regierungspräsidentin ihr Statement.

Keine strukturelle Krise

„In der Oberpfalz und im Kammerbezirk sehen wir keine strukturelle Krise, sondern einen konjunkturellen Abschwung“, beschrieb IHK-Präsident Peter Esser die Lage. Viele Firmen seien durch Innovationen, Effizienzprogramme und Investition in die Exportorientierung international wettbewerbsfähig. Die stärker betroffenen Unternehmen (Autofirmen und Zulieferer, Maschinenbau) lobte er für die flexiblen Arbeitszeitmodelle, die aber im traditionellen Mittelstand zum Teil noch fehlen würden.

Intensivierte Beratung

Für die IHK zog er die Konsequenz, noch mehr Workshops etc. anzubieten und die Beratung der Kammer in den Themen Finanzen, Export und Politik (Kontakte und Beratung) zu intensivieren. An die Banken und Sparkassen appellierte er, Kreditanträge rasch zu bearbeiten und Ermessensspielräume zu nutzen. Positiv würdigte er die Kurzarbeit - auch zur Mitarbeiterqualifizierung.

Solides Handwerk

Während im vierten Quartal die Betriebe ausgelastet gewesen seien, würden nun einige Bereiche „die Tendenz nach unten“ feststellen. So charakterisierte

mehr psychisch kranke Kinder gebe. Dabei häuften sich schwere Erkrankungen und Störungen, die es früher kaum gab. Selbstverletzungen und Selbsttötungsabsichten im Kindesalter sind für Andreas Warnke die Kehrseite einer Gesellschaft, in der Ehescheidungen der Normalfall und das Schicksal Alleinerziehender inzwischen eher die Regel ist.

Alarmierende Entwicklung

Obwohl 30 Prozent weniger Kinder geboren werden, so Warnke, sei die Zahl der psychisch schwer erkrankten jungen Patienten gestiegen. Über 95 Prozent dieser Kinder habe n vor der Einweisung nicht mehr in einer Ursprungsfamilie gelebt. Auch Eltern seien zunehmend selbst betroffen. Eltern in stationärer psychiatrischer Behandlung machten inzwischen 36 Prozent aller Fälle aus. Diese Zahl habe vor 15 Jahren bei 26 Prozent gelegen. Mehr und mehr seien ganze Familien reif für eine psychiatrische Behandlung, stellt Warnke fest, „weil Familie zusammenbricht“.

Überbelegte Planbetten

In Unterfranken seien alle kinderpsychiatrischen Planbetten überbelegt. Trotz einer

Hans Stark, der Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz die Situation: Fehlende Auftragspolster, Rückgang bei den Aufträgen. „Ich weiß nicht, wie es uns in den nächsten Monaten gehen wird - aber nicht so schlecht, wie es prognostiziert wird“, gab der Handwerkerchef zu. Er sprach aber auch von Flexibilität, der Vorbereitung des Handwerks auf schwierigere Zeiten. „Das Handwerk steht schlagkräftig und solide da, es kann von den guten Jahren in den nächsten Wochen und Monaten noch zehren“, fasste er zusammen, sprach aber dennoch von einer schwierigen Lage, in der die Maßnahmen des zweiten Konjunkturpakets schnell greifen müssten - in Form von Aufträgen durch die Kommunen usw. Den Mitgliedern der Kammer bietet er Beratung in Finanzierungsfragen, von den Banken wünscht er eine rasche Bewilligung von Krediten.

Licht am Ende des Tunnels

Die Vereinfachung beim Kurzarbeitergeld („schnell und unbürokratisch“) hob Gabriele Anderlik, die Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Regensburg, hervor. „Wir wollen die Beschäftigung sichern und Arbeitslosigkeit vermeiden“, gab sie als Maxime aus.

Die Förderung und Qualifizierung gelte auch für Arbeitslose. Die Arbeitslosenrate in den ersten Monaten 2009 prognostizierte sie „zwischen 300 und 500 höher als im letzten Jahr“, was aber kein Grund für Beunruhigung sei, zumal „Licht am Ende des Tunnels“ zu sehen sei. „Beschäftigung sichern, Arbeitslosigkeit vermeiden durch Qualifizierung“, sind für Anderlik die Eckpunkte der Agentur für Arbeit.

Blaues Auge

Mit differenzierten Erfahrungen wartete Abteilungsleiter Gerold Eger, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Regierung der Oberpfalz, auf. Branchen wie die Solar- oder Medizintechnik bräuchten sich keine Sorgen zu machen. „Den einen oder anderen wird es hart treffen“, gab er zugleich zu. Doch für 2010/11 sieht er für viele Bereiche einen Aufwärtstrend. „Mit Schrammen und einem blauen Auge werden wir aus dieser Krise hervorgehen“, fasste Eger zusammen. □

durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 30 bis 35 Tagen, die unter dem Bundesdurchschnitt liegt, seien inzwischen Wartezeiten für psychisch kranke Kinder und Jugendliche in Unterfranken entstanden. Warnke benennt die Dauer für die stationäre Aufnahme von bis zu sechs Monaten, mit Ausnahme akuter Fälle. Für eine teilstationäre Aufnahme müsse man bis zu neun Monate einplanen, auf ambulante Behandlung gar bis zu einem Jahr warten.

Gefahr der Konkurrenz

Für problematisch halten einige Mitglieder des Bezirkstags die Situation, dass mehrere jugendpsychiatrische Einrichtungen in Unterfranken gleichzeitig Erweiterungen planen. Wenn man Prioritäten setze, bestehe die Gefahr einer Konkurrenzsituation, was man auf jeden Fall vermeiden wolle.

Um die Situation in Unterfranken genauer zu beleuchten und die Möglichkeiten der Prävention und der ambulanten Hilfe zu erörtern, soll ein Psychiatriekongress alle Fachleute der Region noch im ersten Halbjahr 2009 an einen Tisch bringen. Diese Initiative erging von Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel aus. **wkn**

Kultur soll nicht mehr „wuchern“

Schlechte Ertragslage für unterfränkische Kulturstiftung prognostiziert

Würzburg. Angesichts der prekären Ertragslage der Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken wurde bei der jüngsten Kulturausschusssitzung des Bezirkstags zäher denn je um die zahlreichen Anträge von Kulturschaffenden und Institutionen aus Unterfranken gerungen. Die Botschaft des Ausschusses war eindeutig: Unterfränkische Kreative müssen in diesem und voraussichtlich auch noch im kommenden Jahr den Gürtel enger schnallen.

Nicht einmal mehr acht Millionen Euro stehen der Kunst- und Kulturszene in diesem Jahr aus Erlösen der 208 Millionen Euro schweren Kulturstiftung zur Verfügung. Die Finanzinstitute, bei denen die Stiftungsgelder angelegt wurden, prognostizierten eine Jahresrendite von nur noch 3,72 Prozent. Selbst dies ist laut Kämmerer Rainer Klingert wegen der Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und den weltweiten Zinssenkungen allerdings unsicher.

Bei nur 20 Prozent der gesamten Stiftungsmittel handelt es sich um Festgeldanlagen. 80 Prozent des angelegten Vermögens ist potenziellen Schwankungen ausgesetzt. Weil die finanzielle Entwicklung nicht absehbar ist, werden die Kulturgelder heuer „stark verzögert“ an die Theatermacher, Musiker und Museumsleiter ausbezahlt. Erst wenn absehbar sei, dass die dem Kulturhaushalt zugrunde gelegten Prognosen eintreffen, können die Zuschüsse fließen.

Der Ausschuss stand vor der Herausforderung, die gesunkenen Erlöse so zu verteilen, dass kulturell Bewährtes in Unterfranken nicht gefährdet und neue Kulturprojekte nicht verunmöglicht werden. Unter Berücksichtigung dieser Prämisse wurden die Haushaltsansätze der Verwaltung auf Antrag der CSU-Fraktion zum Teil stark gekürzt. Vor allem die Denkmalpflege wurde „entwuchert“. So sollen ab 2009 jährlich nur noch sechs mit je 25.000 Euro dotierte Denkmal-Förderpreise an die Kommunen vergeben werden. Bislang erhielt jede der zwölf unterfränkischen Kommunen in jedem Jahr einen Preis.

Auswucherndes Antragsverhalten stellte die CSU auch bezüglich der Bezirkszuschüsse für die Sanierung denkmalgeschützter Gebäude fest. Statt 1,55 Millionen Euro, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, soll es 2009 deshalb nur 1,25 Millionen Euro hierfür geben.

Um die Förderung der unterfränkischen Kultur zu flexibilisieren, wurde ein „Deckungsring“ beschlossen. Dies bedeutet, dass künftig nicht abgerufene Gelder unbürokratisch in bereits ausgeschöpfte Fördertöpfe umgeschichtet werden können.

Trotz der schwierigen Ertragslage wollen die Bezirksräte an der großzügigen Unterstützung des überregional bedeutsamen Archäologischen Spessartprojekts festhalten. Wie im abgelaufenen Jahr, sollen auch heuer wieder 130.000 Euro in das Projekt fließen.

Streit gab es nicht zum ersten Mal über die Unterstützung des „Kissinger Sommers“. Die Opposition im Kulturausschuss war dagegen, die exklusive Veranstaltungsreihe 2009 wieder mit 50.000 Euro zu fördern. Dies vor allem deshalb, weil sich „kein Normalsterblicher“ mehr die hohen Eintrittspreise leisten könne, so die Freie Wählerin Tamara Bischof. Die CSU setzte dennoch die Fördersumme durch.

Einmütig beschlossen wurde, im Silvaner-Jahr 2009 rund 23.000 Euro in eine Silvaner-Ausstellung fließen zu lassen. Die Schau soll von Mitarbeitern des Kulturreferats in Kooperation mit dem Fränkischen Weinbauverband kopiert und den unterfränkischen Museen zur Verfü-

gung gestellt werden. In Zukunft gefördert werden soll das geplante Main-Limes-Entdeckerzentrum in Obernburg (Kreis Miltenberg). In ihrer Empfehlung an den Bezirkstag beschlossen die Ausschussmitglieder einstimmig, den Museumsneubau mit einer Million Euro zu unterstützen.

Umstrittener als die Beteiligung an den nach derzeitiger Planung rund zehn Millionen Euro teuren Investitionskosten war im Ausschuss die künftige Beteiligung an den Betriebskosten. Der Vorschlag der CSU-Fraktion, das erwartete jährliche Betriebskostendefizit in Höhe von 240.000 Euro voraussichtlich ab 2011 mit bis zu 60.000 Euro im Jahr auszugleichen, stieß auf Unmut in der Opposition. **Pat Christ**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Von links: Dr. Jürgen Helmes (Hauptgeschäftsführer der IHK Regensburg), Peter Esser (Präsident der IHK Regensburg), Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, Gabriele Anderlik (Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Regensburg), Hans Stark, (Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz). Bild und Text: Markus Bauer

„Weil Familie zusammenbricht“

Immer mehr psychisch erkrankte Kinder
Bezirkstagspräsident initiiert Psychiatriekongress

Würzburg. Der Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Würzburg, Prof. Dr. Andreas Warnke, weist seit Jahren auf einen Notstand hin, von dem die Gesellschaft nichts hören will: „Immer mehr schwere und lebensbedrohliche Störungen bei Kindern“. Seinem neuerlichen Anliegen, der Schaffung einer Spezialambulanz der Kinder- und Jugendpsychiatrie für schwer und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche, räumte der Bezirkstag von Unterfranken in seiner jüngsten Sitzung absolute Priorität ein. Zusätzlich schlug der Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel einen Psychiatriekongress vor, zu dem alle Fachleute aus Unterfranken zusammenkommen sollen.

„Wir brauchen drei Pflegekräfte, um ein Kind festzuhalten, damit wir es mit Zwangsernährung vor dem Tod bewahren“, berichtet Prof. Dr. Andreas Warnke. Auch Kinder, die nicht sehen, hören, sprechen oder laufen können, seien gegen psychische Störungen nicht immun oder vielleicht sogar besonders anfällig dafür.

Empfehlung

Eine Lösung des Problems, die ihm schon mehrfach unterbreitet wurde: „Früher haben wir die eines natürlichen Todes sterben lassen“, hält er in einem demokratischen Staat für absolut nicht zielführend. Seine Vorstellungen, wie man den ärgsten Problemen begegnen müsse, unterbreitete er dem Bezirkstag von Unterfranken. Warnke empfiehlt eine Erweiterung der bestehenden Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Unterfranken. Was ihm besonders am Herzen liegt, ist die Schaffung einer Spezialambulanz der Kinder- und Jugendpsychiatrie für schwer und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche.

Es gibt auch schon konkrete Planungen dafür. Auf dem Gelände der Blindeninstitutstiftung in Würzburg soll das Modellprojekt für Nordbayern mit 15 Betten entstehen. Im

ganzen Freistaat gibt es laut Warnke bisher noch kein einziges Bett für psychisch kranke Menschen mit Behinderung.

Projekt hat Vorrang

Der Bezirkstag fasste einen einstimmigen Beschluss. Darin heißt es unter anderem, dass „das Projekt einer Spezialambulanz der Kinder- und Jugendpsychiatrie für schwer und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche für das Versorgungsgebiet Nordbayern absolute Priorität“ habe. „Eine finanzielle Absicherung im Jahreskrankenhausbauprogramm des Freistaates erscheint dringend geboten“.

Großer Bedarf

Auch wurde die Bezirksverwaltung beauftragt, Möglichkeiten der Erweiterung der bezirksweiten Intensivstation für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Uni-Klinik Würzburg zu überprüfen. Auch die Erweiterungsbestrebungen der Träger der Einrichtungen für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Aschaffenburg und Schweinfurt werden vom Bezirk Unterfranken mitgetragen und unterstützt.

Wie groß der Bedarf in den nächsten Jahren tatsächlich sein wird, kann Warnke nicht sagen. Sicher sei nur, dass es immer

Vom „Eisernen Vorhang“ zur Modell-Europaregion

Niederbayern, Südböhmen und Oberösterreich wollen die erste Europaregion an der Nahtstelle des alten und des neuen Europas auf den Weg bringen

Passau/Linz/Budweis (obx) - Niederbayern, Südböhmen und Oberösterreich haben eine große Vision: Sie wollen das Dreiländer-Eck zwischen Donau und Moldau zur ersten Europaregion an der Nahtstelle des alten und des neuen Europas machen. Dort, wo noch vor zwanzig Jahren der „Eiserne Vorhang“ die Menschen diesseits und jenseits der Grenze trennte, ist in den vergangenen Jahren eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Modellcharakter entstanden. Neben der Euregio Egressis, Bayerischer Wald/Böhmerwald/Unterer Inn, sind es vor allem die Wirtschaftskammern in den drei Ländern, die gemeinsam an einem Strang ziehen und die Kooperation tagtäglich vorantreiben.

Peter Sonnleitner, der Geschäftsführer für das internationale Business bei der Industrie- und Handelskammer Nieder-

Ländern zum ersten bayerisch-tschechischen Forum der jungen Wirtschaft in Deggendorf. Die Teilnehmer diskutierten dort



Auf Initiative der IHK Niederbayern trafen sich Unternehmer und Manager zum ersten bayerisch-tschechischen Forum der jungen Wirtschaft in Deggendorf. Foto: obx-news

bayern in Passau, kann sich noch genau erinnern. Im Jahr 1989 wagten sich niederbayerische Unternehmer und Kammervertreter zum ersten Mal in großem Stil über die Grenze nach Tschechien. „Bei der ersten Unternehmerrreise waren wir uns noch ziemlich fremd“, erinnert sich Sonnleitner.

Neue Dynamik

Dem ersten Beschneppern folgten viele weitere Treffen, Kooperationsvereinbarungen und schließlich erste gemeinsame Projekte. In den letzten Jahren hat die grenzüberschreitende Partnerschaft der IHK Niederbayern mit der Wirtschaftskammer Südböhmen eine ganz neue Dynamik erreicht. Einer der Höhepunkte: Jetzt trafen sich auf Initiative der IHK Niederbayern rund 300 Unternehmer und Manager aus beiden

– gemeinsam und zweisprachig – über das Alterwerden der Gesellschaft als große gemeinsame Zukunftsherausforderung beider Länder und namhafte bayerische und tschechische Unternehmen wie Skoda Auto mit Sitz in Mlada Boleslav, Katrein KG in Rosenheim sowie die BMW Group stellten ihre Konzepte zur demografischen Entwicklung vor.

Betriebsbesichtigungen

Ein weiterer Austausch erfolgte in gemeinsamen Betriebsbesichtigungen wie zum Beispiel von BMW Dingolfing und Regensburg, MD Papier in Plattling sowie MAN DWE in Deggendorf. Beide Seiten waren voll des Lobes über diese neue grenzüberschreitende Plattform und wollen die neuen Impulse und Kontakte zum weiteren Zusammenwachsen des

Gartenhallenbad Leipheim:

Rekordverdächtige Besucherzahl in 2008

Über 147.000 Badegäste strömten ins Landkreisbad

Das Gartenhallenbad Leipheim konnte im abgelaufenen Kalenderjahr 2008 insgesamt 147.139 Besucher begrüßen und stellt eines der besten bislang erzielten Ergebnisse dar. Dies entspricht einer Steigerung von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Landrat Hubert Hafner freut sich über diese hervorragende Entwicklung. Es zeigt sich, dass das gepflegte Bad nach wie vor besonders bei den Familien, aber auch bei den Vereinen und Schulen beliebt ist.

„Auch der Wellnessbereich boomt“, so der Landrat. Bei 31.178 Saunabesuchern gegenüber 21.322 Gästen im Vergleich zum Jahr 2007 gibt es kaum mehr Steigerungspotential.

Positive Effekte

Aufgrund der in den vergangenen Jahren optimierten Badtechnik war es 2008 erstmals möglich, die jährliche Revision ohne mehrwöchige Schließung abzuwickeln. Dies wirkte sich nicht nur steigend auf die Besucherzahlen aus, sondern brachte auch den positiven Nebeneffekt, dass

über 1.000 m³ Frischwasser sowie die hierfür notwendigen Aufheizkosten eingespart und damit gleichzeitig auch ein Beitrag für die Umwelt geleistet werden konnte.

Befragung

Der Betriebsleitung des Gartenhallenbades liegt weiterhin die Zufriedenheit der Gäste besonders am Herzen. Daher wurde jüngst eine Besucherbefragung durchgeführt, die derzeit ausgewertet wird. Es zeichnet sich dabei unter anderem der Wunsch nach weiteren Attrak-

gemeinsamen Wirtschaftsraumes und als Standortvorteil gegenüber den Metropolregionen nutzen.

Kooperation statt Konkurrenz

Die Diskussion der neunziger Jahre um die Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Tschechien ist in Niederbayern einem Geist der Zusammenarbeit gewichen. „Im weltweiten Wettbewerb haben wir nur gemeinsam eine Chance“, betont Peter Sonnleitner. Inzwischen hätten viele verstanden, dass Niederlassungen im Ausland oft unumgänglich seien – zum Erhalt von Arbeitsplätzen daheim in Deutschland und um neue Märkte zu erschließen.

Motor der Zusammenarbeit

„Wir sehen uns als Motor dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“, sagt Dr. Josef Dachs, der Präsident der IHK Niederbayern. „Wir wollen die Verbindungen in den tschechischen und oberösterreichischen Raum noch weiter stärken“, betont er. Davon würde Niederbayern ganz besonders profitieren. „Schon heute haben viele Unternehmen aus Passau, Straubing oder Landshut Niederlassungen in Tschechien und Österreich“, sagt der Präsident. Gemeinsam könne man die Herausforderungen der Zukunft besser lösen.

Klare Vision

Die Vision für die Zukunft ist klar: In der aktuellen EU-Förderperiode, die bis 2013 dauert, will die IHK Niederbayern ein starker Motor sein für die Gründung einer Europaregion im Dreiländer-Eck. Es wäre die erste an der deutsch-tschechischen Grenze überhaupt. Die Modellregion könnte ab 2014 offiziell ihre Arbeit aufnehmen und die Vision vom grenzenlosen Wirtschafts- und Lebensraum Wirklichkeit werden lassen.

Wohlstand sichern

Diesen Gedanken teilt auch die Politik: „Eine Europaregion aus Ostbayern, Südböhmen und Oberösterreich mit drei bis vier Millionen Menschen kann sich im Wettbewerb der Metropolregionen gut behaupten“, sagt der niederbayerische Europaabgeordnete Manfred Weber (CSU). Auch er glaubt an den Gedanken der Kooperation: Wenn der Mittelstand weiterhin bessere und vor allem innovativere Produkte als die Konkurrenz anbietet, dann könnten Bayern und Tschechien trotz demografischer Probleme den Wohlstand weiterhin sichern.

Auf einem guten Weg

Gemeinsam wollen Niederbayern, Südböhmen und Oberösterreich auch den Fachkräftemangel in der Zukunft angehen – und zusammen zum starken Player im Wettbewerb der europäischen Großstädte und Metropolen werden. „Wir wollen uns ergänzen“, sagt IHK-Geschäftsführer Peter Sonnleitner. „Und da sind wir auf einem guten Weg.“

tionen für das Bad ab. Die Anregungen der Badegäste werden in den nächsten Wochen auf Realisierbarkeit geprüft. HJ

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Was hat mir meine Familie da nur für eine Eier legende Wollmilchsau geschenkt. Wie kann ich den ganzen Firlefanz überhaupt gleichzeitig nutzen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, war nicht gerade glücklich über das Smartphone, das ihm seine Frau zu Weihnachten geschenkt hatte. Da er bockig war und sich strikt weigerte, ein solch unverzichtbares Handwerkszeug des modernen Managements auf Kosten der Stadt zu kaufen, hat die Bürgermeisters-Gattin kurz entschlossen die Initiative ergriffen und ihm eines der neuesten Modelle dieser Kreuzung aus Mobiltelefon und PDA (Personal Digital Assistant) unter den Christbaum gelegt.

Heute, nach gut einem Monat Testphase, ist der Chef irgendetwas zwischen total begeistert und fast schon abhängig von dem kleinen Ding,



die Hosentasche passen und mp3-Player so mini sind, dass man sie in den schrillsten Farben lackiert, damit man sie vor lauter Winzigkeit noch erkennt? Kulturkritiker geben gerne zur Antwort, dass so ein Smartphone die Illusion von Omnipräsenz und Multitasking gebe. Zu Deutsch: Den Nutzer wichtiger mache, als er ist.

Das sind auch die Leute, die Smartphones als Totengräber der Privatheit, der Freizeit und der persönlichen Freiräume geißeln, weil man damit überall auch per eMail erreichbar sei. So ein Quatsch! Privatheit, Freizeit und Freiräume gehen dann verloren, wenn man vergisst, wo am Gerät der Ausschaltknopf sitzt, egal ob es sich um ein Smartphone, ein stinknormales Handy oder den Computer handelt.

Nein, das Smartphone, dessen Möglichkeiten ja noch nicht einmal annähernd ausgeschöpft sind, macht schlicht deutlich, welche technischen Innovationen möglich sind. Allein der Wettstreit der Betriebssysteme, die Miniaturisierung und die verschiedenen Ansätze zur Stärkung der Benutzerfreundlichkeit sind faszinierend.

Natürlich ist es auch Ausdruck des Lebensgefühls unserer vernetzten, kommunikativen Zeit. Manchmal hat man ja das Gefühl, dass nicht existiert, wer nicht mailt oder simst. Jedenfalls hat der neue US-Präsident Obama jetzt durchgesetzt, dass er als erster Staatschef der größten Technologiemation der Erde sein - kanadisches - Smartphone weiter benutzen darf. Der Siegeszug ist nicht mehr aufzuhalten.

Mein Chef, der Bürgermeister ist jetzt auch ein treuer Jünger der Smartphone-Gemeinde. Allerdings hat er die Phase des hektischen Griffs zum Gerät, sobald ein akustisches Signal den Eingang einer neuen eMail oder SMS anzeigt, schon überwunden. Auch der Ausschaltknopf wird betätigt, wenn er Zeit für seine Familie haben will oder Muße braucht, um eine Frage zu durchdenken. Nicht umsonst liegt auf seinem Schreibtisch ein Kalenderblatt mit dem Satz von Romano Guardini: „Die Ruhe ist für das Werk, was die stille Erde für die Pflanzen ist. Sie gibt Kraft und Fülle und Dauer.“

Smartphones Siegeszug

das in die Hemdtasche passt und dennoch fast alles ermöglicht, was man so braucht. Er kann neben SMS auch eMails empfangen und senden, Internetseiten aufrufen, mit GPS navigieren, einen Terminkalender führen, Notizen machen, Aufgaben eintragen, Word-, Excel- oder PowerPoint-Dateien bearbeiten, Musik hören, Dank einer Erweiterungsspeicherkarte sich bei langen Bahnfahrten auch mal ein Video reinziehen, fotografieren, Bildergalerien verwalten und – als ob das nicht reichte – sogar telefonieren.

Naja, um ehrlich zu sein, ist das Telefonieren eigentlich das, was man mit dem Smartphone am Besten kann. Die Kamera hat keine so besonders brillante Auflösung, eMails oder Texte schreiben ist auf der kleinen Tastatur ebenso mühsam wie das Lesen von Web-Seiten auf dem Display und beim Navigieren oder Musik hören zieht das Ding Strom „wie Sau“ aus dem Akku, so dass das Gerät praktisch alle Tage an die Steckdose muss.

Warum also packt man diese verschiedenen Funktionen in ein Gerät, obwohl gute Notebooks, mit denen man im Akkubetrieb stundenlang schreiben und surfen kann, heute kleiner als ein DIN-A 4-Blatt sind, Digitalkameras in

Ihre Sabina

Neue Stadthalle Deggendorf:

Völkerverbindende Wirkung

Für die Stadt Deggendorf hat das neue Jahr mit einem Paukenschlag begonnen: Gemeinsam mit hunderten Ehrengästen aus Bayern und Böhmen wurde mit einem Galakonzert die neue Stadthalle eingeweiht, die mehr als 4.000 Menschen Platz bietet. Das 5,9 Millionen Euro teure hyper-moderne, multifunktionale Gebäude, das direkt neben der alten Stadthalle liegt, war innerhalb eines Jahres erbaut worden. Um Zuweisungen in Höhe von knapp 2,7 Millionen Euro aus der Gemeinschaftsinitiative Interreg IIIA für den bayerisch-tschechischen Grenzraum zu bekommen, musste der Bau bis Ende 2008 fertig gestellt werden.

Die Bandbreite der geplanten Veranstaltungen in der mächtigen Halle ist groß: Konzerte, Opern, Chorgesang, Messen, Tanzabende, Tagungen oder gar Boxkämpfe sind denkbar. Weder die Bestuhlung noch der Bühnenaufbau sind fix, so dass sich die Halle variabel gestalten lässt: Mal sitzen Zuhörer auf der Tribüne, dann wieder wird diese zum Podium. Architekt Lehner setzte neben Flexibilität, Ästhetik und Funktionalität großen Wert auf Robustheit und Widerstandsfähigkeit der Materialien. Die Stadt als Bauherr hatte dies auch so gefordert.

Bayerisch-Böhmischer Markttag

Der Einweihungs-Festakt war eingebettet in einen Bayerisch-Böhmischen Markttag. Das neue Gebäude verwandelte sich für einen Tag in eine gewaltige Markthalle, in der Künstler, Handwerker und Gastronomen aus Bayern und Tschechien ihre Waren anboten - ganz im Sinne des völkerverbindenden, europäischen Gedankens, der hin-

ter dem Großprojekt steckt.

Oberbürgermeisterin Anna Eder verwies in ihrer Ansprache auf einen weiteren Aspekt der Veranstaltung: Man wolle damit uralte Handelsbeziehungen wiederaufleben lassen. Wie Eder hervorhob, hätten sich Stadt und Landkreis bereits neue Welten eröffnet, als 1984 die „alte“ Stadthalle ihrer Bestimmung übergeben wurde. Große Konzerte, Operetten, Kongresse, Tagungen und Messen hielten in der Donaustadt Einzug. Man traf sich hier zum Neujahrskonzert und zum Archäologentag, zu Theateraufführungen, zur Lebensmittelmesse und zum Starkbieranstich.

Deutliche Veränderung

Doch seitdem hat sich Deggendorf verändert: Es gibt viele neue Betriebe, und Lehre sowie Forschung an der boomenden Fachhochschule ziehen immer mehr Studenten und Wissenschaftler nach Deggendorf. Und nicht zuletzt die Landesgartenschau 2014 habe den Ausschlag für die Erweiterung der Deg-

gendorfer Stadthalle gegeben, betonte die Rathauschefin.

Europaabgeordneter Manfred Weber gratulierte in seiner Festrede der Stadt zu der neuen Halle. Die Einweihung sei das beste Zeichen dafür, dass man als Niederbayer nicht mit gesenktem Haupt durch die Gegend laufen müsse. Die Stadt habe über die Landesgrenzen hinaus bewiesen, dass sie Einzigartiges leisten könne.

Partnerschaft stärken

Weber setzt vor allem auf die grenzüberschreitende und völkerverbindende Wirkung der neuen Stadthalle. Sie könne dazu dienen, die Partnerschaft zwischen Bayern und Böhmen zu stärken. In diese Richtung zielt auch die neue Städtepartnerschaft Deggendorfs zu der tschechischen Stadt Pisek. Ohne offene Grenzen wäre der Wohlstandsaufschwung in Niederbayern nicht möglich gewesen, meinte Weber. Er plädierte für eine „Europa-Region“ im Dreiländereck zwischen Bayern, Österreich und Tschechien.

Den ganzen Tag lang feierten die Deggendorfer mit ihren tschechischen Gästen, wobei Blaskapellen aus Deggendorf und Pisek für Stimmung sorgten. Der Deggendorfer Trachtenverein präsentierte seine Kindertanzgruppen und böhmische Zuckerbäcker verteilten an die Besucher tausend Hochzeits-Kolatschen. DK

Zum 60. Geburtstag von Josef Mederer:

Politik mit Herz und Verstand

Am 26. Januar feierte der oberbayerische Bezirkstagspräsident und Bürgermeister von Schwabhausen, Josef Mederer, seinen 60. Geburtstag. Aufgrund seines vielseitigen politischen und ehrenamtlichen Engagements durfte sich der Jubilar über zahlreiche Glückwünsche freuen.

Josef Mederer ist nicht nur Mitglied des Bezirkstages, dem er seit der konstituierenden Sitzung am 23. Oktober 2008 als Präsident vorsteht; zuvor war Mederer acht Jahre stellvertretender Bezirkstagspräsident. Der gebürtige Altmünsterer ist außerdem seit 1993 Erster Bürgermeister der Gemeinde Schwabhausen, Mitglied des Kreistags Dachau, stellvertretender Kreisvorsitzender im Bayerischen Gemeindetag sowie Mitglied in vielen Verbänden und Vereinigungen wie z. B. im Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU oder aber im Landesdenkmalrat. Hervorzuheben ist sein jahrzehntelanges Wirken beim Bayerischen Roten Kreuz (BRK). Mederer fungiert als stellvertretender Vorsitzender des BRK in Dachau und Oberbayern sowie als Mitglied im BRK-Landesvorstand.

wichtige und engagierte Arbeit. In einem persönlichen Gespräch berichtete Bezirkstags-



Josef Mederer.

Mederer engen Kontakt zu halten und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Als Bürgermeister der Gemeinde Schwabhausen konnte der Jubilar bereits über viele Jahre eindrucksvoll demonstrieren, dass er seine Versprechen auch hält. Stets hat er sich mit ganzer Kraft für eine lebens- und lebenswerte Gemeinde sowie für eine Ortsentwicklung mit Herz und Verstand eingesetzt.

Zahlreiche Vorhaben konnten durch Mederers unermüdliches Engagement realisiert werden. Beispiele sind ein gesundes und organisches Wachstum der Gemeinde, die Schaffung von Bauland für Einheimische, die Ansiedlung neuer Betriebe und Stärkung der Wirtschaftskraft, familiengerechter Wohnraum, Schaffung von Hort- und Krippenplätzen, Neubau von Rat-

haus, Wohn- und Geschäftshaus und Bücherei, Stärkung des Personennahverkehrs, Bau von P&R-Plätzen, kindgerechte Spielplätze, eine bürgernahe Verwaltung sowie die Förderung kultureller Angebote.

„Gemeinde-Manager“

Einen Schwerpunkt seiner Arbeit legte Josef Mederer auf die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort. Dieses Ziel erreichte er souverän. Zu Beginn seiner Amtszeit im Jahre 1993 gab es 371 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Gemeinde Schwabhausen - mittlerweile ist die Zahl auf über 500 gestiegen.

Der Jubilar sieht sich nach eigenem Bekunden als moderner „Gemeinde-Manager“. Für seine tägliche Verwaltungsarbeit sei die Zukunftsplanung unabdingbar. Ideen und Visionen zur Entwicklung der Gemeinde bildeten die Grundlage für eine optimale Infrastruktur sowie ein lebens- und liebenswertes Umfeld. KI

Breitbandversorgung in Oberfranken:

Keine Patentrezepte

Arbeitstagung mit kommunalen Repräsentanten und Breitbandanbietern

„Breitband“, die schnelle Datenübertragung im Internet, gewinnt ständig an Bedeutung. Onlinebanking, Reisebuchungen oder ebay sind für viele selbstverständlich geworden. Ein handfester Wettbewerbsfaktor ist es aber vor allem für viele gewerbliche Nutzer, die ein leistungsfähiges Internet benötigen. Vielen Oberfranken steht bereits ein ausreichendes breitbandiges Netz zur Verfügung. In einigen ländlichen Regionen erscheint den Anbietern aber der Ausbau eines Breitbands für nur wenige Nutzer zu teuer. Genau diese Lücke will das Förderprogramm des Freistaates Bayern schließen.

Eine erst kürzlich gestartete Fragebogenaktion der Regierung von Oberfranken zeigt, dass schon viele Gemeinden Breitbandpaten als Ansprechpartner bestellt, Bedarfsanalysen erstellt oder Markterkundungen durchgeführt haben. Mit vier Förderbescheiden für Machbarkeitsstudien wurde vergangenes Jahr bereits ein Anfang gemacht.

auch die Breitbandanbieter zum Erfahrungsaustausch ein. Vertreter der Regierung, des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und der vom Ministerium beauftragten RZ-Beratung informierten über Einzelheiten.

Förderungen nutzen

Eine gute Infrastruktur umfasst heute auch ein leistungsfähiges Breitbandnetz. Wenning forderte die Gemeindevertreter auf, das Thema Breitband zu forcieren und die angebotenen Hilfen und Förderungen zu nutzen. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich die kommunalen Spitzenvertreter bereits intensiv mit dem Thema Breitband auseinandersetzen. Erörtert wurde auch die Ankündigung der Bundesregierung, im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets den Ausbau der Breitband-Internetanschlüsse voranzutreiben.

Konsens

Insgesamt bestand Konsens darüber, dass das Warten auf eine perfekte Lösung keine vernünftige Strategie ist. Ein Patentrezept, das für alle Gemeinden gerade im Hinblick auf die technischen Lösungen gleichermaßen gilt, gibt es nicht. Die jeweiligen Lösungen hängen letztlich von den individuellen Gegebenheiten in der Gemeinde ab. DO



Wilhelm Wenning.

Innovation als aktuelle Chance

Die IHK Niederbayern hat den DIHK-Innovationsreport 2008/2009 vorgestellt. Die Studie der IHK-Organisation untersucht erstmals die Innovationstätigkeit deutscher Unternehmen. Grundlage für die aktuellen DIHK-Ergebnisse sind Befragungen der IHKs bei 500 innovationstätigen Unternehmen im Zeitraum von Mitte Oktober bis Ende November 2008.

Die Ergebnisse sind auch für Niederbayern aussagekräftig. Die Unternehmen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, äußern sich von der Tendenz her genauso wie der Bundesdurchschnitt.

Die drei Innovationsberater der IHK Niederbayern, die 2008 alleine über 600 ausführliche Beratungen der regionalen Unternehmen durchgeführt haben, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Innovationsfähigkeit der niederbayerischen Wirtschaft. So wird auch die Kooperation mit regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiterhin im Fokus der Innovationsberater der IHK Niederbayern liegen. Die wichtigsten Ergebnisse des DIHK-Innovationsreports sind:

- Die innovationsstarken deutschen Unternehmen wappnen

sich für die Zeit nach der konjunkturellen Delle. Auch wenn sich die Geschäftserwartungen zuletzt deutlich eingetrübt haben, setzen die Unternehmen auch im neuen Jahr auf Innovationen. 47 Prozent geben an, ihre Innovationsfähigkeit steigern zu wollen - lediglich fünf Prozent planen eine Verringerung. Damit wird sich die Dynamik des Jahres 2008 im nächsten Jahr nur leicht abschwächen. Die innovativen Unternehmen nutzen folglich die aktuelle Wirtschaftskrise, um ihre Wettbewerbsposition mittel- bis langfristig behaupten beziehungsweise ausbauen zu können.

- Zu dem absehbar weiteren Ausbau an Innovationsaktivitäten gehört die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE).

Treffen mit Seehofer

Der studierte Betriebswirt und Vater zweier erwachsener Kinder wurde im Oktober vergangenen Jahres auf der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Bezirkstages von Oberbayern zum Bezirkstagspräsidenten und damit zum Nachfolger von Franz Jungwirth gewählt. Bei seinem Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Horst Seehofer kurz vor Weihnachten gab dieser eine uneingeschränkte Erklärung „pro Bezirke“ ab und lobte deren

präsident Josef Mederer dem Ministerpräsidenten, dass die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe von den Landkreisen auf den Bezirk mit rund 23.000 Fällen allein in Oberbayern die größte Herausforderung der Bezirke war und bisher zu keinerlei größeren Problemen geführt hat.

Weitere Themen des Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten waren die politische Arbeit im Bezirk, die ambulante und stationäre Pflege, das Thema Integrationshelfer und die Forderung nach einem Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen. Seehofer versprach, mit Bezirkstagspräsident

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 12. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Abfallwirtschaft und Recycling
- Kommunaler Umweltschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen



Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrrometer.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de



Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/6905-0 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de